

Eurostat Jahrbuch 2004

Der statistische Wegweiser durch Europa

Daten aus den Jahren 1992-2002

Kapitel 2



EUROPÄISCHE
KOMMISSION



THEMENKREIS 1
Allgemeine
Statistik

1

Europe Direct soll Ihnen helfen, Antworten auf Ihre Fragen zur Europäischen Union zu finden

Neue gebührenfreie Telefonnummer:

00 800 6 7 8 9 10 11

Zahlreiche weitere Informationen zur Europäischen Union sind verfügbar unter
<http://www.europa.eu.int/comm/eurostat/>

Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 2004

ISBN 92-894-4962-4

ISSN 1681-4770

© Europäische Gemeinschaften, 2004

DANKSAGUNG

Die Verfasser des Eurostat Jahrbuchs 2004 danken allen, die zu seiner Verwirklichung beigetragen haben. Das Jahrbuch konnte dank der Hilfe und Unterstützung folgender Kollegen veröffentlicht werden:

EUROSTAT, DAS STATISTISCHE AMT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Referat A5: Information und Verbreitung

M. Copers, V. Guillemet, A. Johansson-Augier, G. Kyj, M. Radulescu

Mit Unterstützung durch die folgenden Direktionen von Eurostat:

Direktion B – Statistische Methoden und Instrumente

B1 Koordinierung der Methoden (M. Hahn, M. Léonard, M. Mietzner, L. Sproge, H. Strandell)

B2 Rechnergestützte Verwaltung, Informationssysteme (V. Dreux)

B4 Referenzdatenbanken (D. Groenez, M. Loos, S. Paganoni, A. Pasqui, O. Stembert)

B5 Forschung (S. Frank, G. Strack)

Direktion C – Wirtschafts- und Währungsstatistik

C2 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (J.-P. Arnotte, R. Barcellan, I. Kuhnert)

C3 Öffentliche Finanzen und Steuern (G. Amerini, P. Borges, G. Thouvenin)

C4 Zahlungsbilanzen (L. Biedma, D. Comini, P. Passerini)

C5 Preise (L. Viglino)

Direktion D – Statistik des Binnenmarktes, der Beschäftigung und Sozialstatistik

D1 Arbeitsmarkt (A. Franco Lopez, W. Grünewald, A. Paternoster, A. Persenaire)

D2 Lebensbedingungen und Sozialschutz (G. Abramovici, I. Dennis, A. Melis, J. Piirto)

D3 Unternehmen (P. Feuvrier, M. Hult)

D4 Energie und Verkehr (A. Gikas, H. Strelow)

D5 Bildung und Kultur (B. André, E. Kailis, K. Nestler)

D6 Gesundheit und Ernährungssicherheit (B. De Norre, D. Dupre, A. Karjalainen)

D7 Informationsgesellschaft und Dienstleistungen (M. Lumio, H.-W. Schmidt)

Direktion E – Agrar-, Fischerei-, Strukturfonds- und Umweltstatistik

E1 Strukturelle Agrarstatistik (K. Duchateau)

E2 Statistik der Agrarerzeugnisse (G. Mahon)

E3 Fischerei, Entwicklung des ländlichen Raums und Forstwirtschaft (P. Boday, D. Cross)

E4 Strukturfonds (T. Carlquist)

E5 Umwelt und nachhaltige Entwicklung (C. Garland, J. Klein, P. Wolff)

Direktion F – Statistik der Außenbeziehungen

F1 Demographie, Wanderung (F. Bovagnet, D. Thorogood)

F2 Internationaler Handel (A. Berthomieu, C. Corsini)

EFTA (R. Ragnarson)

Geonomenklatur (E. Jouangrand)

ÜBERSETZUNG

Generaldirektion Übersetzung der Europäischen Kommission, Luxemburg

AMT FÜR AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Statistiker im Dienst Europas

Der Eurostat-Service	9	Im Blickpunkt: Nachhaltige Entwicklung	25
Die Europäische Union und ihre Stellung in der Welt	15		

1

Menschen in Europa

Bevölkerung	39	Arbeitsmarkt	85
Gesundheit	57	Haushalte und Wohlfahrt	93
Aus- und Weiterbildung	73		

2

Wirtschaft

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	117	Zahlungsbilanz	149
Preise und Löhne	137	Internationaler Warenhandel	161

3

Umwelt

Umwelt	167
------------------	-----

4

Wissenschaft und Technik

Forschung und Entwicklung	181
Die Informationsgesellschaft	189

5

Wirtschaftszweige und Unternehmen

Unternehmensstrukturen auf einen Blick	199	Verkehr	211
Industrie und Baugewerbe	203	Tourismus	219
Handel	205	Energie	223
Finanzmarkt	207		

6

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Landwirtschaft	233	Fischerei	247
Forstwirtschaft	245		

7

Anhänge

Glossar	253	Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel, SITC Rev. 3	271
Geonomenklatur 2004	268	Abkürzungen und Akronyme	273
Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften, NACE Rev. 1.1	270	Hinweise zur CD-ROM	280

8

Das Eurostat-Jahrbuch als Kombiprodukt

Das Eurostat-Jahrbuch 2004 ist ein Kombiprodukt, bestehend aus einem Buch und einer CD-ROM. Die CD-ROM enthält die vollständigen statistischen Informationen des Eurostat-Jahrbuchs 2004, von denen im Buch eine Auswahl abgedruckt ist.

Die CD-ROM enthält drei Sprachfassungen (englisch, französisch, deutsch) und enthält:

- die PDF-Dateien der Papierfassung;
- über 1 000 statistische Tabellen und Schaubilder. Alle Daten lassen sich problemlos aus den Tabellen extrahieren. Die Schaubilder können nach dem Bedarf des Lesers dynamisch generiert werden;
- alle statistischen Hintergrundinformationen zum Abschnitt „Im Blickpunkt: Nachhaltige Entwicklung“;
- Links zur Website von Eurostat mit weiteren Informationen, z. B. über weitere Veröffentlichungen oder aktuellere Daten. Die Eurostat-Website bietet Zugang zu einer Reihe statistischer Informationen, die online eingesehen bzw. kostenlos heruntergeladen werden können.

Das Eurostat-Jahrbuch ist benutzerfreundlich

- Jeder Abschnitt beginnt mit Erläuterungen zu den wesentlichen Merkmalen sowie zur Relevanz der dargebotenen Informationen. Außerdem wird kurz geschildert, welche weiteren Daten Eurostat zum jeweiligen Thema anbieten kann.
- Die verwendeten statistischen Begriffe und Konzepte werden in einem Glossar erläutert.
- Das Jahrbuch enthält ein umfassendes Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen.

Zeitpunkt der Datenextraktion

Die Datenauszüge für alle im Jahrbuch enthaltenen Statistiken wurden am 10. Mai 2004 erstellt; die Angaben entsprechen somit dem zu diesem Zeitpunkt verfügbaren Datenbestand.

Reihenfolge und Codierung der Länder

Im Eurostat-Jahrbuch erfolgt die Nennung der EU-Mitgliedstaaten in protokollarischer Reihenfolge. Dabei wird der alphabetischen Reihenfolge der Kurznamen in ihrer jeweiligen Muttersprache gefolgt.

Im Eurostat-Jahrbuch 2004 wird grundsätzlich die jeweils kürzeste offizielle Bezeichnung eines Landes verwendet. Wo eine Codierung verwendet wird, erfolgt sie anhand der zweistelligen ISO-Codes, mit Ausnahme von Griechenland und dem Vereinigten Königreich, für die die Kürzel EL bzw. UK verwendet werden.

Eine vollständige Liste der ISO-Codes kann gefunden werden unter:

<http://www.iso.org/iso/en/prods-services/iso3166ma/index.html>

Symbole und Codes

- nicht zutreffend oder „reale Null“ oder „automatisch Null“
- 0 weniger als die Hälfte der verwendeten Einheit
- : nicht verfügbar
- p vorläufiger Wert
- e geschätzter Wert
- s Eurostat Schätzung
- r revidierter Wert
- f Prognose
- u unzuverlässige oder ungewisse Daten (siehe Erklärungstexte)
- :u äußerst unzuverlässige Daten
- :c vertraulich
- :n unbedeutend
- b Reihenunterbrechung (siehe Erklärungstexte)
- i siehe Fußnote

€-zone steht für Eurozone. Das nicht offizielle Symbol „€-zone“ wird hier aus praktischen Gründen verwendet.



Menschen in Europa

Bevölkerung 39-56

Gesundheit 57-71

Aus- und Weiterbildung 73-83

Arbeitsmarkt 85-92

Haushalte und Wohlfahrt 93-114

2

Die Bevölkerung in der EU

Daten von Eurostat

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Bevölkerung nach Geschlecht und Alter am 1. Januar eines jeden Jahres
- Bevölkerung nach Familienstand
- Indikatoren der Bevölkerungsstruktur am 1. Januar
- Bevölkerungsentwicklung (absolute Zahlen und rohe Ziffern)
- Bevölkerung auf regionaler Ebene (Ebenen NUTS 2 und NUTS 3)
- Vorausberechnungen

2

Demografische Daten

Eurostat produziert eine Vielzahl demografischer Daten auf regionaler und nationaler Ebene. Anhand der jährlich von 37 Ländern Europas gelieferten Informationen über Bevölkerung, Geburten, Sterbefälle sowie Eheschließungen und Ehescheidungen kann Eurostat Berechnungen auf vergleichbarer Grundlage vornehmen und zahlreiche demografische Indikatoren erstellen. Darüber hinaus erstellt Eurostat alle drei Jahre demografische Modellhypothesen (bis hin zum Jahr 2070).

Diese Daten werden von den europäischen Institutionen und Regierungen für eine Reihe wichtiger politischer Maßnahmen genutzt, insbesondere im sozialen und wirtschaftlichen Bereich. So sind die bisherigen und zukünftigen Entwicklungstendenzen der Bevölkerungsstruktur und des Fertilitätsverhaltens sowie die steigende Lebenserwartung ein wichtiges Kriterium für die Planung und Ausgestaltung der Sozialpolitik wie etwa der Rentensysteme. Ein weiteres Beispiel ist die Nutzung regionaler Bevölkerungsdaten zur Berechnung des Pro-Kopf-BIP für die Zuweisung von Mitteln der Strukturfonds. Auch Bildungseinrichtungen, Forschungsinstitute und die Medien nutzen diese Daten.



Die Bevölkerung in der EU-15

In den vergangenen 50 Jahren nahm die Bevölkerung der EU-15 von 295 Mio. auf fast 380 Mio. zu. 1953 hatte die EU mehr als 300 Millionen Einwohner. Danach dauerte es 10, 13 und 22 Jahre, bis die Bevölkerung jeweils um 25 Millionen Einwohner zunahm. Somit hat in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten eine Verlangsamung des Bevölkerungswachstums eingesetzt.

Gesamtbevölkerung

Am 1. Januar; in 1 000

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
EU-25	445 624,2	446 808,1	447 862,7	448 894,5	449 759,1	450 677,5	451 841,2	453 316,2(b)	453 023,7(b)	454 552,3(b)
EU-15	370 421,1	371 605,4	372 715,2	373 799,7	374 719,9	375 719,5	376 956,3	378 529,1	378 354,2(b)	380 351,4(e)
Eurozone	298 186,4	299 073,1	299 923,1	300 775	301 487,8	302 160,5	303 141,5	304 434,3	304 936,8(b)	306 698,2(e)
Belgien	10 100,6	10 130,6	10 143	10 170,2	10 192,3	10 213,8	10 239,1	10 263,4	10 309,7	10 355,8
Tschechische Republik	10 334	10 333,2	10 321,3	10 309,1	10 299,1	10 289,6	10 278,1	10 266,5	10 206,4(b)	10 203,3
Dänemark	5 196,6	5 215,7	5 251	5 275,1	5 294,9	5 313,6	5 330	5 349,2	5 368,4	5 383,5
Deutschland	81 338,1	81 538,6	81 817,5	82 012,2	82 057,4	82 037	82 163,5	82 259,5	82 440,3	82 536,7(e)
Estland	1477	1 448,1	1 425,2	1 406	1 393,1	1 379,2	1 372,1	1 367	1 361,2	1356
Griechenland	10 511	10 595,1	10 673,7	10 744,6	10 808,3	10 861,4	10 903,7	10 931,1	10 988,0(b)	11 018,4(e)
Spanien	39 218,8	39 305,4	39 383,1	39 467,8	39 570,9	39 724,4	39 960,7	40 376,4	4 0850,5	41 550,6(p)
Frankreich	57 565	57 752,5	57 936	58 116	58 299	58 496,6	58 748,7	59 042,7	5 9342,1	59 630,1(p)
Irland	3 583,2	3 597,6	3 620,1	3 652,2	3 694	3 734,9	3 776,6	3826,2	3 899,9(b)	3 963,6
Italien	57 138,5	57 268,6	57 333	57 461	57 563,4	57 612,6	57 679,9	57 844	56 993,7(b)	57 321,0(e)
Zypern	632,9	645,4	656,3	666,3	675,2	682,9	690,5	697,5	705,5	715,1
Lettland	2 540,9	2 500,6	2 469,5	2 444,9	2 420,8	2 399,2	2 381,7	2 364,3	2 345,8	2 331,5
Litauen	3 671,3	3643	3 615,2	3 588	3 562,3	3 536,4	3 512,1	3 487	3 475,6	3 462,6
Luxemburg	400,2	405,7	411,6	416,9	422,1	427,4	433,6	439	444,1	448,3
Ungarn	10 350	10 336,7	10 321,2	10 301,2	10 279,7	10 253,4	10 221,6	10 200,3	10 174,9	10 142,4
Malta	366,4	369,5	371,2	374	376,5	378,5	388,8	391,4	394,6	397,3
Niederlande	15 341,6	15 424,1	15 493,9	15 567,1	15 654,2	15 760,2	1 5864	15 987,1	16 105,3	16 192,6
Österreich	7 928,7	7 943,5	7953,1	7 965	7 971,1	7 982,5	8 002,2	8 020,9	8 038,9	8 067,3
Polen	38 504,7	38 580,6	38 609,4	38 639,3	38 660	38 667	38 653,6	38 644,2	38 632,5	38 218,5(b)
Portugal	9 982,8	10 012,8	10 041,4	10 069,8	10 107,9	10 150,1	10 198,2	10 262,9	10 329,3	10 407,5
Slowenien	1 989,4	1 989,5	1 990,3	1 987	1 984,9	1 978,3	1 987,8	1 990,1	1 994	1 995
Slowakei	5 336,5	5 356,2	5 367,8	5 378,9	5 387,7	5 393,4	5 398,7	5 378,8(b)	5 379	5 379,2
Finnland	5 077,9	5 098,8	5 116,8	5 132,3	5 147,3	5 159,6	5 171,3	5 181,1	5 194,9	5 206,3
Schweden	8 745,1	8 816,4	8 837,5	8 844,5	8 847,6	8 854,3	8 861,4	8 882,8	8 909,1	8 940,8
Vereinigtes Königreich	58 292,9	58 500,2	58 703,7	58 905,1	59 089,6	59 391,1	59 623,4	59 862,8	59 139,9(b)	59 328,9(e)
Island	265,1	267	268	269,9	272,4	275,7	279	283,4	286,6	288,5
Liechtenstein	30,3	30,6	30,9	31,1	31,3	32	32,4	32,9	33,5	33,9
Norwegen	4 324,8	4 348,4	4370	4 392,7	4 417,6	4 445,3	4 478,5	4 503,4	4 524,1	4 552,3
Kanada	29 076,9	29 437	29 789	30 110,7	30 425,3	:	:	:	:	:
Japan	125 033,5	125 570	125 503,8	124 645,2	126 109,7	126 056,8	126 550	126 771,7	:	:
Vereinigte Staaten	259 159	261 687	264 162,2	266 490,1	269 106,3	271 626	275 562,7	278 058,9	:	:

Die Einwohner eines bestimmten Gebietes am 1. Januar des betreffenden Jahres (oder in einigen Fällen am 31. Dezember des vorangegangenen Jahres). Die Einwohnerzahl basiert auf den Daten der jüngsten Volkszählung, bereinigt unter Berücksichtigung der Komponenten des Bevölkerungswachstums seit der letzten Volkszählung, oder auf den Daten der Bevölkerungsregister.

2002 liegt durchaus in diesem allgemeinen Trend. Wenngleich in der zweiten Hälfte der 90er Jahre geringere Zuwächse verzeichnet wurden, fiel dieser Anstieg doch deutlich niedriger aus als in den 60er Jahren (im Durchschnitt 2,5 Millionen pro Jahr).

Die Bevölkerung in der EU-25

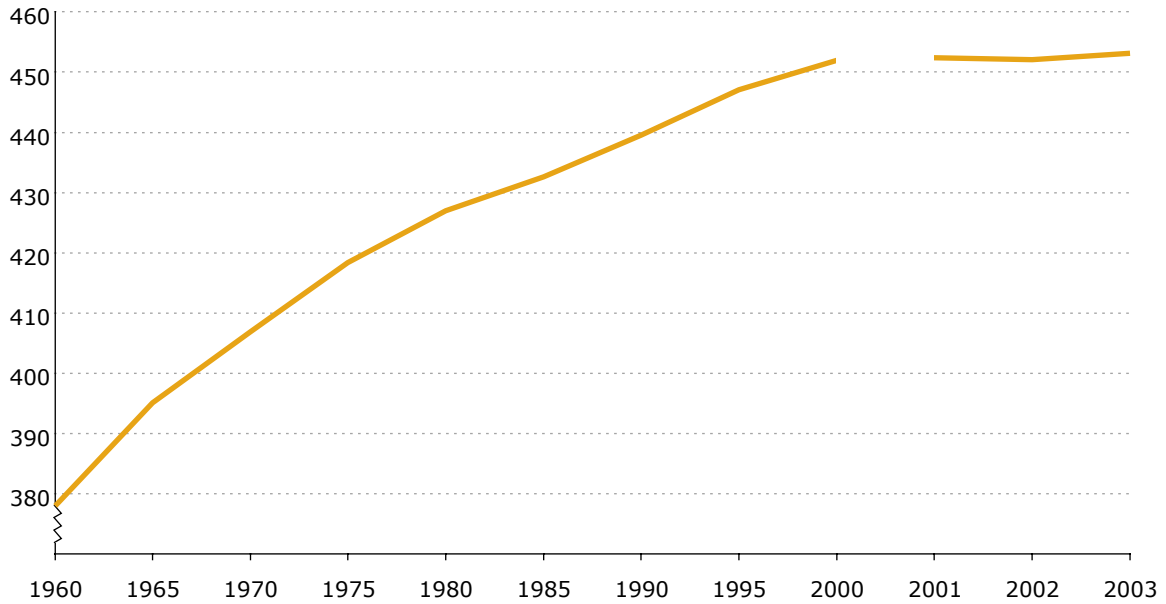
In den vergangenen 40 Jahren ist die Bevölkerung der 25 heutigen EU-Mitgliedstaaten von 378 Millionen (1960) auf mehr als 453 Millionen (2002) angewachsen. In den letzten drei Jahr-

zehnten hat sich das Bevölkerungswachstum verlangsamt. 2003 dürfte das Wachstum der Bevölkerung von EU-25 bei 0,3 % liegen; dies ist erneut nur ein bescheidener Anstieg.

Von den 25 Ländern, die die heutige EU bilden, hatte Deutschland 2003 mit mehr als 18 % der EU-Gesamtbevölkerung die größte Bevölkerungszahl zu verzeichnen, gefolgt von Frankreich, dem Vereinigten Königreich und Italien mit jeweils rund 13 %. In diesen vier Ländern zusammen leben 57 % sämtlicher Einwohner der heutigen Europäischen Union. Auf die neuen Mitgliedstaaten entfallen knapp 16 % der Gesamtbevölkerung (74,2 Millionen).

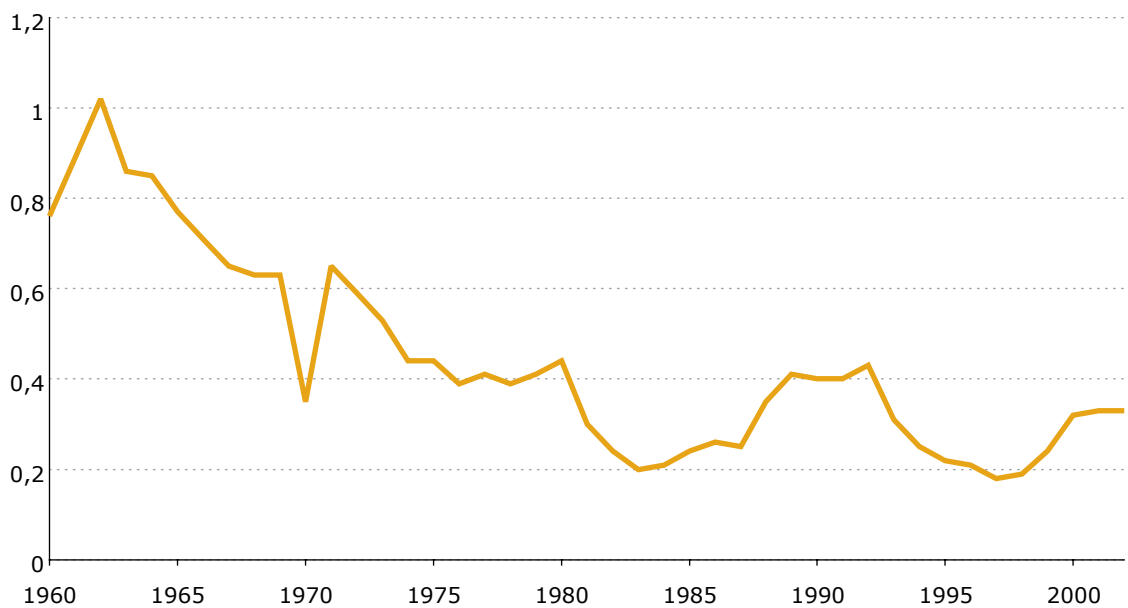


Die Bevölkerung der EU-25
In Millionen Personen



2

Wachstum der Bevölkerung in EU-25
Pro 1 000 Einwohner

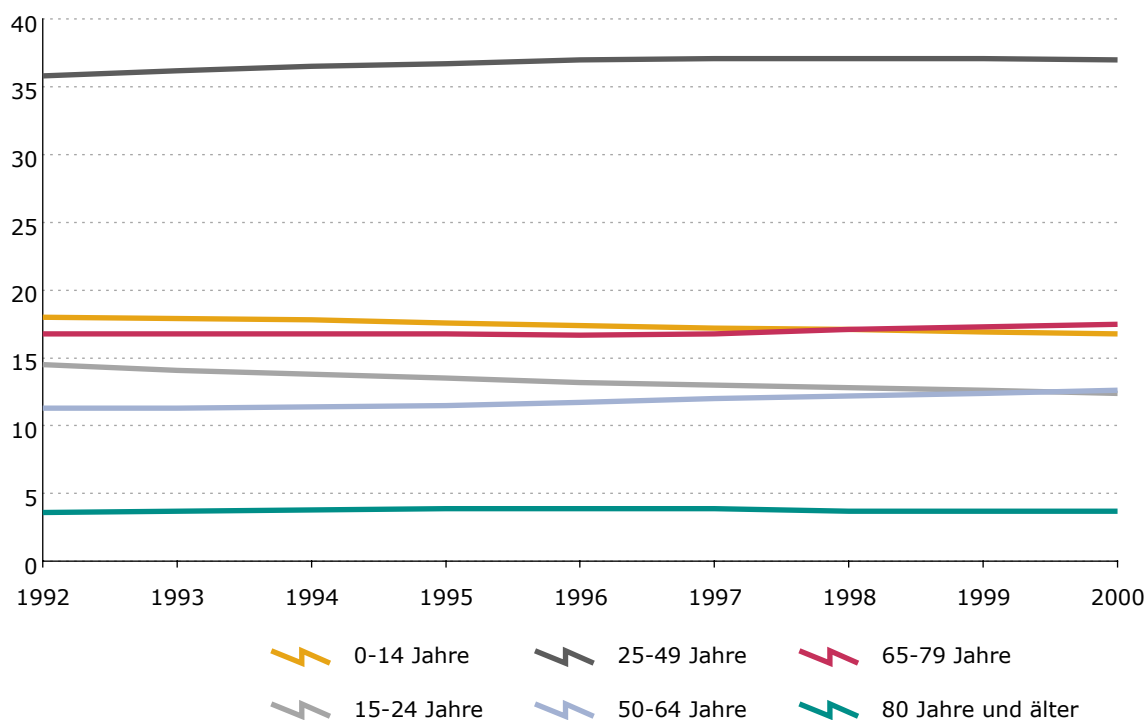




2

Bevölkerung der EU-15 nach Altersgruppen

Anteil an der Gesamtbevölkerung in %



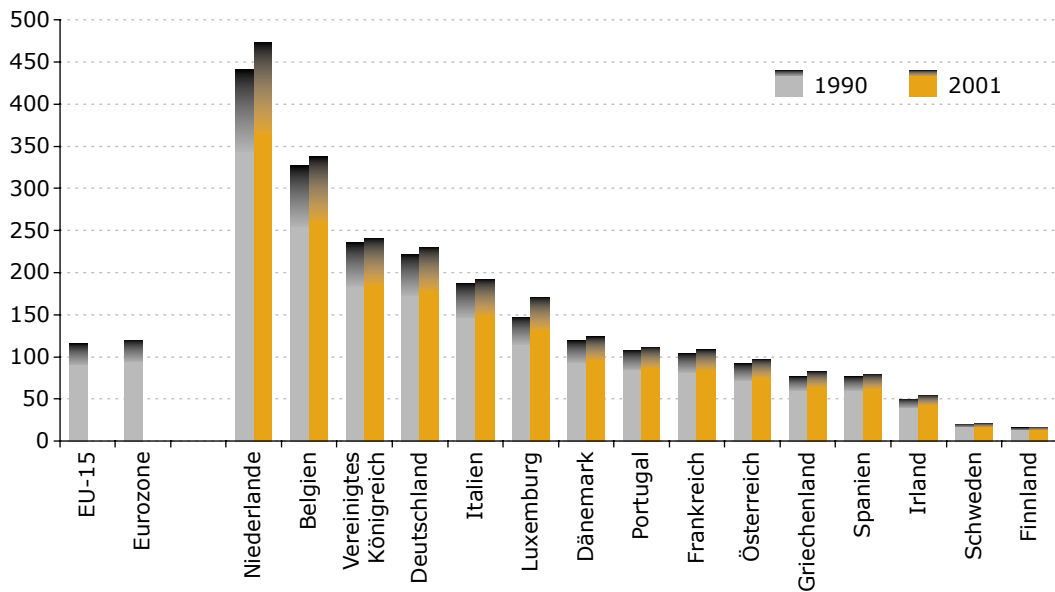
Der Anteil der jungen Bevölkerung ist rückläufig: Im Jahr 2000 machte die Bevölkerung im Alter bis 14 Jahre nur noch 16,8 % der Gesamtbevölkerung aus, gegenüber 18 % im Jahr 1992. Die Bevölkerung im Alter von 15 bis 24 Jahren hatte einen Anteil von 12,4 % (2000) gegenüber 14,5 % (1992).

Die Bevölkerung der Altersgruppe 25-49 Jahre stellt mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung der EU (2000: 37 %). Zwischen 1992 und 2000 ist der Anteil der Bevölkerung über 50 Jahre in der gesamten EU gestiegen. Der Anteil der Altersgruppe 65-79 Jahre erhöhte sich von 11,3 % der Gesamtbevölkerung im Jahr 1992 auf 12,6 % im Jahr 2000. In dieser Altersgruppe gibt es ausgeprägte Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern.



Bevölkerungsdichte

In Einwohner je 1 km²

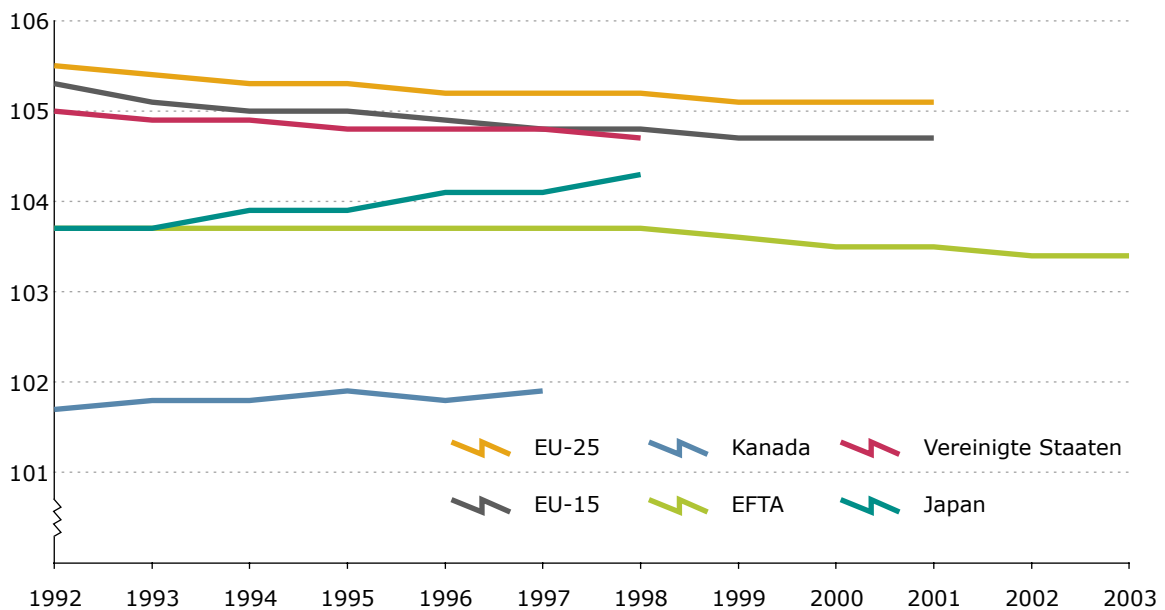


Verhältnis zwischen der Bevölkerungszahl einer geografischen Region zur Jahresmitte zu einem bestimmten Datum und der Gebietsfläche.

Es bestehen erhebliche Unterschiede in der Bevölkerungsdichte: In den Niederlanden (474 Einwohner je km²) und in Belgien (337 Ein-

wohner) ist sie wesentlich höher als in einigen nordischen Ländern wie Finnland (17) und Schweden (22).

Frauen je 100 Männer

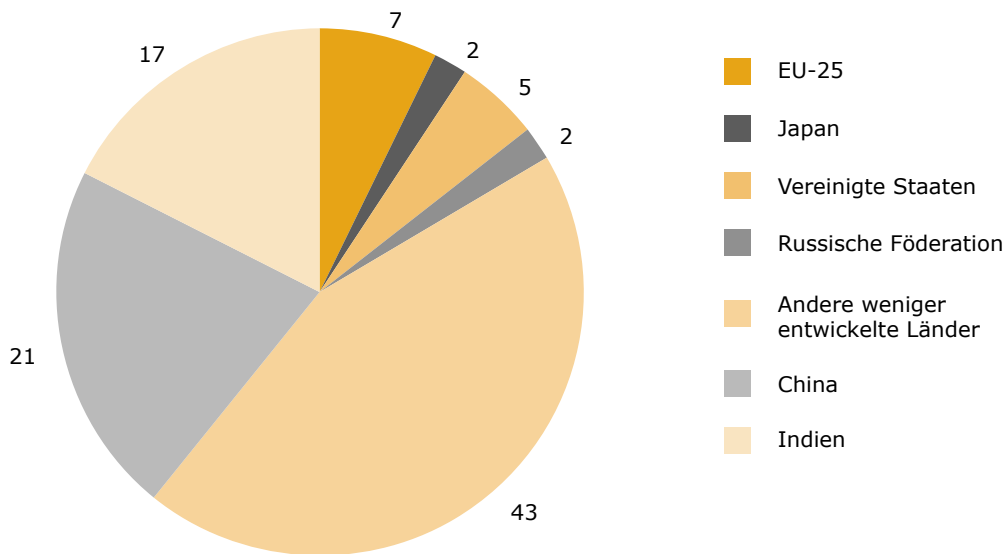


2



Weltbevölkerung im Jahr 2002

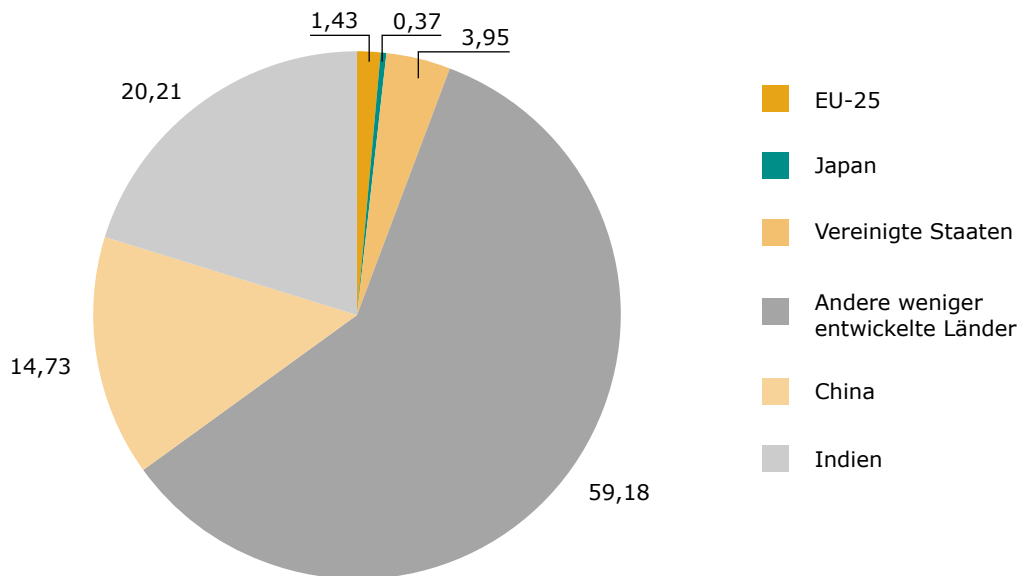
In %



2

Anteil am Wachstum der Weltbevölkerung, 2002 gegenüber 1990

In %



Die Russische Föderation trug - 0,32 % zur Entwicklung der Weltbevölkerung bei.

Familien und Geburten

Daten von Eurostat

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Eheschließung der Ledigen nach Geschlecht und Alter
- Eheschließung nach vorherigem Familienstand und Geschlecht
- Scheidungen nach erreichter Ehedauer
- Eheschließungs- und Ehescheidungsziﬀern
- Eheschließung und Lebendgeburten nach Monat
- Lebendgeburten nach Familienstand und Alter der Mutter
- Lebendgeburten nach Folge
- Fruchtbarkeitsziﬀern nach Alter
- Fruchtbarkeitsziﬀern
- Schwangerschaftsabbrüche

Weniger und spätere Eheschließungen; mehr Ehescheidungen

Im Jahr 2002 wurden nur fünf Ehen je 1 000 Einwohner in der EU geschlossen, 1970 waren es noch fast acht. Das Durchschnittsalter bei der ersten Eheschließung ist für Männer von 26 Jahren (1980) auf über 30 Jahre, bei Frauen von 23 auf 28 Jahre angestiegen. Bei den 1960 geschlossenen Ehen liegt der geschätzte Anteil der Ehescheidungen bei 15 %, bei den 1985 geschlossenen Ehen bei 30 %.

Weniger und später im Leben geborene Kinder

Seit Mitte der 60er Jahre ist die endgültige Kinderzahl der Nachkriegsgenerationen kontinuierlich gesunken; die Gesamtgeburtensziffer hingegen ist mit fast 1,5 stabil geblieben. Die endgültige Kinderzahl verändert sich im Lauf der Zeit sehr viel langsamer und liegt mit zurzeit 1,7 noch immer deutlich unter der Reproduktionsrate (2,1 Kinder).

Anstieg der außerehelichen Geburten

Die steigende Beliebtheit nichtehelicher Lebensgemeinschaften spiegelt sich unter anderem auch im Anteil der außerehelichen Ge-



burten, der im Zeitraum 1970-2002 von 6 % auf über 30 % angestiegen ist. In Schweden hatten sogar 56 % der im Jahr 2002 geborenen Kinder nicht verheiratete Eltern.

Eheschließungen

Je 1 000 Personen

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
EU-25	5,77	5,63	5,38	5,24	5,17	5,08	5,09	:	5,15	5,14	:	:
EU-15	5,64	5,54	5,33	5,2	5,14	5,07	5,08	:	5,12	5,13	:	:
Eurozone	5,59	5,45	5,25	5,12	5,08	5,03	5,06	:	5,13	5,11	4,85	:
Belgien	6,07	5,79	5,37	5,14	5,07	4,98	4,69	4,35	4,32	4,4	4,09	:
Tschechische Republik	6,96	7,18	6,39	5,66	5,32	5,22	5,61	5,35	5,2	5,39	5,12	:
Dänemark	6,03	6,22	6,1	6,78	6,64	6,83	6,48	6,55	6,66	7,19	6,82	:
Deutschland	5,68	5,62	5,45	5,41	5,27	5,22	5,15	5,09	5,25	5,09	4,72	:
Estland	6,59	5,79	5,18	5,04	4,88	3,9	3,99	3,92	4,06	4,01	4,14	:
Griechenland	6,39	4,69	5,94	5,38	6,02	4,24	5,62	5,12	5,62	4,48	5,2	:
Spanien	5,6	5,57	5,14	5,09	5,1	4,92	4,97	5,22	5,22	5,39	5,08	:
Frankreich	4,92	4,74	4,44	4,4	4,4	4,83	4,88	4,65	4,88	5,18	5,13	:
Irland	4,93	4,68	4,7	4,63	4,32	4,45	4,26	:	4,93	5,04	4,98	:
Italien	5,5	5,49	5,3	5,1	5,06	4,85	4,83	4,86	4,86	4,86	4,54	:
Zypern	10,46	8,04	9,71	9,7	10,25	8,71	10,71	11,4	13,22	13,37	15,07	14,48
Lettland	8,43	7,23	5,69	4,59	4,46	3,92	3,98	4	3,93	3,88	3,93	:
Litauen	9,24	8,14	6,44	6,38	6,1	5,67	5,26	5,21	5,07	4,83	4,53	:
Luxemburg	6,7	6,4	5,98	5,84	5,08	5,08	4,78	4,8	4,85	4,92	4,49	:
Ungarn	5,9	5,5	5,22	5,23	5,18	4,75	4,56	4,37	4,44	4,71	4,28	:
Malta	7,1	6,58	6,79	6,75	6,26	6,36	6,43	6,51	6,28	6,52	5,58	:
Niederlande	6,3	6,17	5,77	5,39	5,27	5,48	5,45	5,54	5,66	5,53	4,97	:
Österreich	5,69	5,83	5,69	5,45	5,4	5,31	5,2	4,91	4,94	4,9	4,26	:
Polen	6,1	5,66	5,4	5,39	5,37	5,27	5,3	5,42	5,68	5,46	5,05	:
Portugal	7,24	7,01	6,84	6,6	6,56	6,33	6,52	6,57	6,75	6,23	5,67	:
Slowenien	4,09	4,57	4,53	4,18	4,14	3,8	3,78	3,8	3,89	3,62	3,48	:
Slowakei	6,19	6,39	5,78	5,27	5,13	5,11	5,19	5,1	5,07	4,81	4,42	:
Finnland	4,93	4,67	4,87	4,89	4,65	4,77	4,56	4,66	4,7	5,05	4,79	:
Schweden	4,27	4,29	3,9	3,9	3,81	3,79	3,65	3,57	4,03	4,5	4,02	:
Vereinigtes Königreich	6,05	6,14	5,87	5,67	5,5	5,33	5,26	5,15	5,06	5,12	:	:
Island	4,79	4,75	4,62	4,92	4,63	5,02	5,46	5,58	5,62	6,32	5,21	:
Liechtenstein	6,27	14,19	7,48	12,98	13,18	14,16	12,56	:	:	:	:	:
Norwegen	4,66	4,49	4,51	4,75	4,97	5,29	5,41	5,27	5,26	5,65	5,09	:
Vereinigte Staaten	:	:	:	:	:	:	:	:	8,38	:	:	:

Quelle: Eurostat/US Bureau of the Census.

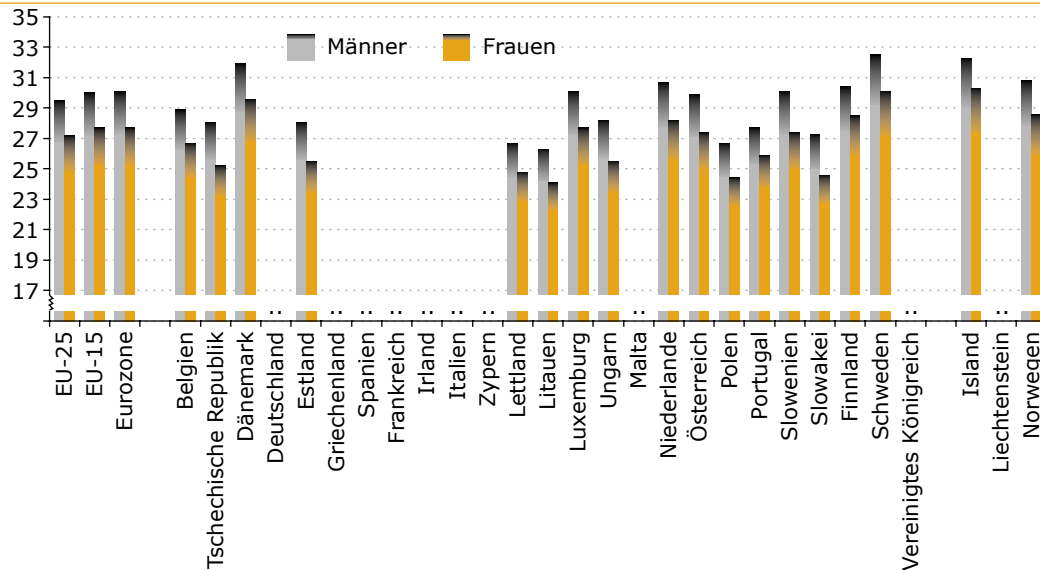
In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Heiratsziffer je 1 000 Einwohner in EU-15 von knapp 8 zu Beginn der 80er Jahre auf rund 6 am Ende dieses Jahrzehnts verringert, bis 2001 ging sie auf fast 5 zurück. Diese Entwicklung könnte zum Teil auf die Zunahme nicht ehelicher Lebensgemeinschaften zurückzuführen sein. Niedrige Heiratsziffern melden Slowenien,

Lettland, Schweden und Belgien (rund 4). In Zypern liegt die Heiratsziffer dagegen bei 15.

Neben dem Rückgang der Heiratsziffern ist der Anstieg des durchschnittlichen Erstheiratsalters ein weiteres Merkmal des demografischen Wandels. 2002 waren sowohl Männer als auch Frauen bei der Eheschließung durchschnittlich zwei Jahre älter als 1991.


Durchschnittsalter bei der ersten Eheschließung im Jahr 2002

Jahre


Scheidungen

Je 1 000 Personen

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
EU-25	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
EU-15	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	1,9	:
Eurozone	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	1,7	:
Belgien	2,1	2,2	2,1	2,2	3,5	2,8	2,6	2,6	2,6	2,6	2,8	3
Tschechische Republik	2,8	2,8	2,9	3	3	3,2	3,2	3,1	2,3	2,9	3,1	3,1
Dänemark	2,5	2,5	2,5	2,6	2,5	2,4	2,4	2,5	2,5	2,7	2,7	2,8
Deutschland	1,7	1,7	1,9	2	2,1	2,1	2,3	2,3	2,3	2,4	2,4	:
Estland	3,7	4,3	3,9	3,8	5,2	4	3,8	3,2	3,3	3,1	3,2	3
Griechenland	0,6	0,6	0,7	0,7	1	1	1,1	0,7	0,9	1	1	1,1
Spanien	0,7	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,9	:	:	1	0,9	:
Frankreich	1,9	1,9	1,9	2	2,1	2	2	2	2	:	1,9	:
Irland	:	:	:	:	:	:	:	:	:	0,7	0,7	:
Italien	0,5	0,5	0,4	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6	0,7	0,7	0,7
Zypern	0,5	0,7	0,8	0,9	1,2	1,1	1,3	1,3	1,7	1,7	1,7	1,9
Lettland	4,2	5,6	4	3,3	3,1	2,5	2,5	2,6	2,5	2,6	2,4	2,5
Litauen	4,1	3,8	3,8	3	2,8	3,1	3,2	3,3	3,2	3,1	3,2	3
Luxemburg	2	1,8	1,9	1,7	1,8	2	2,4	2,4	2,4	2,4	2,3	2,4
Ungarn	2,4	2,1	2,2	2,3	2,4	2,2	2,4	2,5	2,5	2,3	2,4	2,5
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Niederlande	1,9	2	2	2,4	2,2	2,2	2,2	2,1	2,1	2,2	2,3	2,1
Österreich	2,1	2,1	2,1	2,1	2,3	2,3	2,3	2,2	2,3	2,4	2,6	2,4
Polen	0,9	0,8	0,7	0,8	1	1	1,1	1,2	1,1	1,1	1,2	1,2
Portugal	1,1	1,2	1,2	1,4	1,2	1,3	1,4	1,5	1,7	1,9	1,8	2,6
Slowenien	0,9	1	1	1	0,8	1	1	1	1	1,1	1,1	1,2
Slowakei	1,5	1,5	1,5	1,6	1,7	1,7	1,7	1,7	1,8	1,7	1,8	2
Finnland	2,6	2,6	2,5	2,7	2,7	2,7	2,6	2,7	2,7	2,7	2,6	2,6
Schweden	2,3	2,5	2,5	2,5	2,6	2,4	2,4	2,3	2,4	2,4	2,4	2,4
Vereinigtes Königreich	3	3	3,1	3	2,9	2,9	2,7	2,7	2,7	2,6	2,6	:
Island	2,1	2	2	1,8	1,8	2	1,9	1,8	1,7	1,9	1,9	1,8
Liechtenstein	1,2	1,1	1,3	1,3	1,2	1,4	2,1	:	:	:	2,8	3
Norwegen	2,4	2,4	2,5	2,5	2,4	2,3	2,3	2,1	2	2,2	2,3	:
Japan	:	:	:	:	1,6	1,6	:	:	:	:	:	:
Vereinigte Staaten	:	:	:	:	:	:	:	:	4,2	:	:	:

Endgültige Kinderzahl
 Nach Generation

	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971
EU-15	1,77	1,74	1,7	:	:	:	:	:	:	:	:
Eurozone	1,73	1,7	1,66	:	:	:	:	:	:	:	:
Belgien	1,85	1,82	1,81	1,79	:	:	:	:	:	:	:
Tschechische Republik	2,01	1,99	1,96	1,94	1,93	1,91	1,88	1,86	1,82	1,78	1,73
Dänemark	1,91	1,92	1,92	1,93	1,92	1,92	1,92	:	:	:	:
Deutschland	1,63	1,61	1,58	1,56	1,53	1,49	1,46	:	:	:	:
Estland	1,98	1,94	1,91	1,9	1,87	1,84	1,83	1,8	1,76	:	:
Griechenland	1,89	1,83	1,8	1,76	1,72	1,7	:	:	:	:	:
Spanien	1,71	1,66	1,66	1,64	1,59	:	:	:	:	:	:
Frankreich	2,1	2,08	2,06	2,04	2,02	2	:	:	:	:	:
Irland	2,35	2,31	2,27	2,23	2,18	2,14	:	:	:	:	:
Italien	1,63	1,6	1,57	1,52	1,49	:	:	:	:	:	:
Lettland	1,92	1,88	1,83	1,79	1,77	1,77	1,76	1,73	1,69	1,62	:
Litauen	1,83	1,78	1,74	1,72	1,72	1,71	1,71	1,72	1,72	1,69	1,64
Luxemburg	1,77	1,79	1,81	1,81	1,82	1,85	1,82	:	:	:	:
Ungarn	2,03	2,02	2	1,98	1,97	1,96	1,93	1,89	1,84	1,8	:
Malta	2,08	2,07	2,06	2,03	2	1,95	1,89	1,81	:	:	:
Niederlande	1,84	1,82	1,81	1,79	1,77	1,76	1,75	:	:	:	:
Österreich	1,68	1,67	1,66	1,65	1,64	1,62	1,6	1,57	:	:	:
Polen	2,14	2,11	2,07	2,03	2	1,98	1,96	1,91	1,85	1,79	:
Portugal	1,87	1,86	1,84	1,82	1,82	1,81	1,78	1,74	:	:	:
Slowenien	1,85	1,84	1,81	1,79	1,77	1,75	1,73	1,7	1,67	:	:
Slowakei	2,17	2,14	2,11	2,07	2,04	2,01	1,99	1,95	1,91	1,85	1,79
Finnland	1,95	1,94	1,93	1,92	1,91	1,89	1,87	:	:	:	:
Schweden	2,03	2,02	2,01	2	1,98	1,96	1,94	:	:	:	:
Vereinigtes Königreich	1,94	1,92	1,9	1,89	1,87	1,86	:	:	:	:	:
Island	2,43	2,4	2,38	2,4	2,36	2,34	2,32	:	:	:	:
Norwegen	2,1	2,09	2,08	2,07	2,06	2,05	2,04	2,02	:	:	:
Japan	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Vereinigte Staaten	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:

Quelle: Eurostat/US Bureau of the Census.

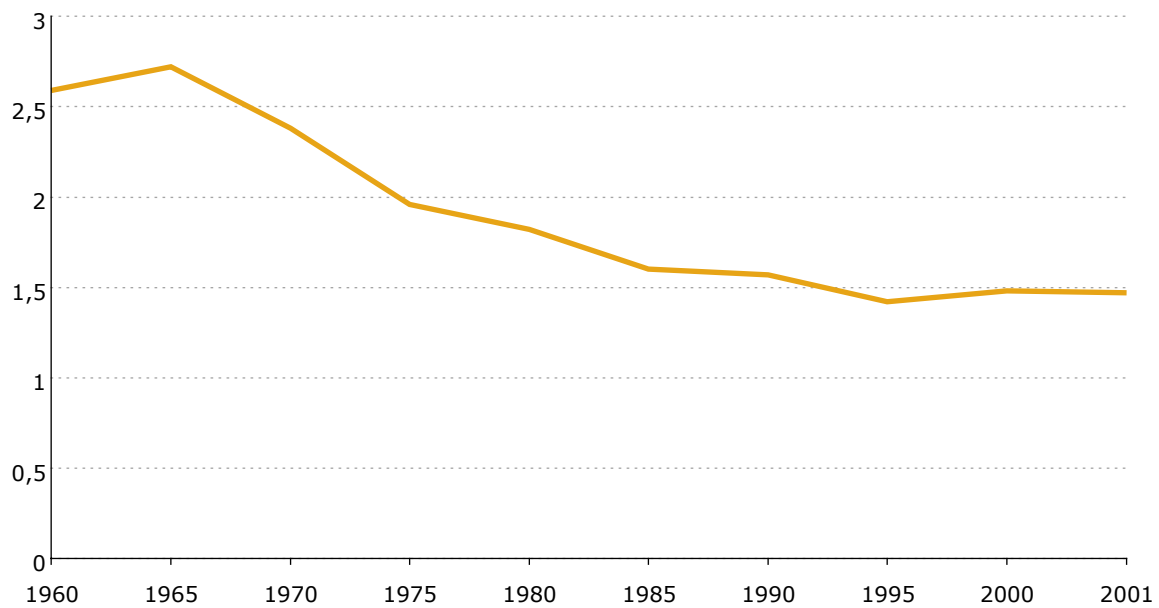
Mittlere Zahl der Kinder, die von Frauen einer bestimmten Geburtskohorte bis zum Ende ihres Gebärfähigkeitsalters geboren wurden. Errechnet wird dies durch Addition der in aufeinander folgenden Jahren zu verzeichnenden altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern der Mutter, wenn die Kohorte das betreffende Alter erreicht hat (im Allgemeinen wird lediglich ein Alter von 15-49 Jahren berücksichtigt). In der Praxis können die Fruchtbarkeitsziffern für ältere Frauen unter Verwendung der Ziffern geschätzt werden, die bei den vorangegangenen Geburtskohorten verzeichnet wurden, ohne dass man warten müsste, bis die betreffende Kohorte das Ende des fortpflanzungsfähigen Alters erreicht hat.



In EU-15 lag die endgültige Kinderzahl der zu Beginn der 60er Jahre geborenen Frauen bei 1,8, also deutlich unter der Reproduktionsrate. Die zusammengefasste Geburtenziffer, die einen Vergleich der Fruchtbarkeit einer Bevölkerung in unterschiedlichen Meldejahren ermöglicht, ist von 2,7 im Jahr 1965 auf unter 1,5 im Jahr 1995 gesunken und seither unverändert geblieben.



Gesamfruchtbarkeitsrate in EU-15



Die mittlere Anzahl lebend geborener Kinder, die eine Frau im Verlauf ihres Lebens gebären würde, wenn sie im Laufe ihres Gebärfähigkeitsalters den altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern der betreffenden Jahre entsprechen würde. Es handelt sich somit um die endgültige Kinderzahl einer hypothetischen Geburtskohorte, die sich durch die Addition der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern eines bestimmten Jahres ermitteln lässt (dabei geht man davon aus, dass die Zahl der Frauen in den verschiedenen Altersgruppen gleich groß ist). Die Gesamfruchtbarkeitsrate wird auch als Reproduktionsmaß verwendet; es wird davon ausgegangen, dass in den Industrieländern bei 2,1 Kindern je Frau der Erhalt der Bevölkerung gesichert ist.



Durchschnittliches Gebäralter der Frauen

Jahre

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
EU-25	:	:	:	:	:	:	:	:	:	29	29,1	29,2
EU-15	28,3	28,46	28,59	28,75	28,9	28,98	:	:	:	29,4	29,4	29,4
Eurozone	28,46	28,63	28,76	28,92	29,09	29,16	:	:	:	29,5	29,5	29,6
Belgien	27,95	28,09	28,2	28,34	28,47(e)	28,50(e)	28,6	:	:	:	:	:
Tschechische Republik	24,72	24,82	25,05	25,4	25,77	26,1	26,38	26,64	26,9	27,2	27,6	27,8
Dänemark	28,63	28,77	28,94	29,08	29,21	29,28	29,42p	29,52	29,62	29,7	29,7	29,9
Deutschland	27,79	27,93	28,07	28,19	28,31	28,37	28,52	28,58	28,7	28,7	28,8	:
Estland	25,3	25,3	25,3	25,4	25,6	25,9	26,2	26,4	26,6	27	27,2	27,5
Griechenland	27,38	27,55	27,84	28,01	28,19	28,37	28,58	28,7	28,9	:	:	:
Spanien	29,04	29,25	29,47	29,74	29,98	30,2	30,4	30,55	30,7	30,7	:	:
Frankreich	28,4	28,55	28,67	28,83	28,99	29,12	29,21	29,32	29,3	29,4	29,4	29,5
Irland	29,88	30,01	30,05	30,12	30,24	30,20(p)	30,40(p)	30,3	30,3	30,4	30,5	30,6
Italien	29,01	29,21	29,29	29,48	29,72	30	:	:	30,3	30,3	30,3	:
Zypern	27,3	27,5	27,8	28	28,2	28,2	28,4	28,4	28,6	28,7	28,9	29,1
Lettland	25,5	25,4	25,4	25,8	25,8	26	26,4	26,6	26,8	27,2	27,4	27,6
Litauen	25,7	25,6	25,6	25,5	25,6	25,7	25,9	26,2	26,4	26,6	26,8	26,9
Luxemburg	28,43	28,58	28,6	28,73	28,93	29,16	29,18	29,25	29,36	29,3	29,3	29,5
Ungarn	25,68	25,8	26	26,22	26,35	26,51	26,69	26,86	27,07	27,3	27,6	27,8
Malta	28,8	28,83	28,81	28,9	29,06	28,8	28,68	28,87	29	28,6	28,9	29,2
Niederlande	29,47	29,67	29,82	29,9	30,04	30,15	30,18	30,25	30,27	30,3	30,3	30,4
Österreich	27,2	27,3	27,3	27,5	27,7	27,8	27,9	28	28,1	28,2	28,4	28,6
Polen	26,25	26,38	26,61	26,82	26,89	27,02	27,12	27,19	27,31	27,4	27,6	27,8
Portugal	27,5	27,6	27,7	27,8	28	28,1	28,3	28,4	28,5	28,6	28,7	28,8
Slowenien	26,12	26,18	26,55	26,78	27,04	27,27	27,53	27,81	27,97	28,2	28,5	28,8
Slowakei	24,99	25,13	25,26	25,45	25,63	25,82	:	:	26,39	26,6	26,8	27
Finnland	28,87	28,95	29,02	29,13	29,3	29,35	29,45	29,55	29,58	29,6	29,7	29,7
Schweden	28,74	28,87	28,99	29,15	29,24	29,38	29,48	29,73	29,81	29,9	30	30,1
Vereinigtes Königreich	27,72	27,84	27,94	28,11	28,16	28,17	28,26	28,32	28,4	28,5	28,6	28,7
Island	27,98	28,52	28,62	28,61	28,66	28,8	28,61	28,77	28,72	28,9	29,1	29,3
Liechtenstein	29,8	28,6	29,3	29,8	30	30	30	:	:	30,1	29,9	30
Norwegen	28,3	28,43	28,6	28,74	28,85	28,95	29,08	29,16	29,26	29,3	29,4	29,5
Kanada	28,2	28,4	28,5	28,7	28,8	29	:	:	:	:	:	:
Japan	28,9	28,9	29	29	:	:	:	:	:	29,7	29,7	:
Vereinigte Staaten	27	:	:	:	:	:	:	:	:	27,4	:	:

Mittlere Zahl der Kinder, die von Frauen einer bestimmten Geburtskohorte bis zum Ende ihres Gebärfähigkeitsalters geboren wurden. Errechnet wird dies durch Addition der in aufeinander folgenden Jahren zu verzeichnenden altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern der Mutter, wenn die Kohorte das betreffende Alter erreicht hat (im Allgemeinen wird lediglich ein Alter von 15-49 Jahren berücksichtigt). In der Praxis können die Fruchtbarkeitsziffern für ältere Frauen unter Verwendung der Ziffern geschätzt werden, die bei den vorangegangenen Geburtskohorten verzeichnet wurden, ohne dass man warten müsste, bis die betreffende Kohorte das Ende des fortpflanzungsfähigen Alters erreicht hat.

Migration und Asyl

Daten von Eurostat

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Abwanderung aus und Zuwanderung in die EU
- In der EU wohnhafte Nicht-EU-Bürger
- EU-Bürger, die in einem anderen Mitgliedstaat leben
- Einbürgerungen in einen EU-Mitgliedstaat
- Asylanträge
- Anerkennung des Flüchtlingsstatus und andere Formen des internationalen Schutzes

Migration: ein wichtiges Element des Bevölkerungswandels

Der Themenbereich Migration und Asyl ist von großer politischer Bedeutung. Diese Statistiken dienen der Kommission zur Erarbeitung und Überwachung einer gemeinsamen Asylpolitik und einer harmonisierten Einwanderungspolitik der Union.

Diese Informationen sind auch für andere wichtige Bereiche der Sozial- und Wirtschaftspolitik von großer Bedeutung. In vielen Mitgliedstaaten stellt die Migration die wichtigste Komponente der Bevölkerungsentwicklung dar. Dieser Aspekt ist wichtig für die Betrachtung der Auswirkungen, die der demografische Alterungsprozess z. B. auf die zukünftige Nachhaltigkeit der Gesundheits- und Sozialschutzsysteme mit sich bringt. Des Weiteren spielen Migrationsstatistiken bei Untersuchungen zur sozioökonomischen Eingliederung von Migranten und zum Erfolg von Antidiskriminierungsmaßnahmen eine wichtige Rolle.

Messung der Migration

Eurostat produziert eine ganze Reihe von Statistiken zu Fragestellungen im Zusammenhang mit Migration und Asyl. Die zugrunde liegenden Daten werden auf monatlicher, vierteljährlicher und jährlicher Basis von den nationalen statistischen Ämtern und den Justiz- und Innenministerien geliefert. Ein großer Teil dieser Daten wird Eurostat im Rahmen der gemeinsamen Datenerfassung zur Migration übermittelt, die Eurostat in Kooperation mit der statistischen Abteilung der UN, der UN-Wirtschaftskommission für Europa, dem Europarat und dem International Labour Office organisiert.

Wie Wanderungsstatistiken erstellt werden und wer als Migrant betrachtet wird, ist in den einzelnen Ländern unterschiedlich. In einigen Ländern basieren Wanderungsstatistiken auf Verwaltungsdaten, die beispielsweise dem System für die Aufenthaltsgenehmigung oder einem Bevölkerungsregister entnommen sind. Andere Länder verwenden Daten aus Erhebungen. Diese Unterschiede in den Datenquellen und Definitionen führen zu Problemen, wenn man die Zahl der Migranten in den einzelnen Ländern vergleichen möchte.

Die Europäische Union bleibt für Einwanderer attraktiv

Wanderungsbewegungen werden durch das Zusammenspiel wirtschaftlicher, politischer und sozialer Faktoren beeinflusst. Diese Faktoren können im Herkunftsland oder im Zielland wirken („Push-Faktoren“ und „Pull-Faktoren“). Wichtige Pull-Faktoren sind der relativ hohe wirtschaftliche Wohlstand und die politische Stabilität der Europäischen Union. Darüber hinaus werden Wanderungsströme in vielen Teilen der Welt nach wie vor in erheblichem Maße durch Push-Faktoren bestimmt.

Staatsangehörigkeit

Der Erwerb der Staatsbürgerschaft wird manchmal als Maß der formalen Integration der Zuwanderer im Aufnahmeland angesehen und ist oft daran gebunden, dass sich die Person seit einer bestimmten Zeit legal im Land aufhält. Außerdem spielen andere Kriterien wie die Beherrschung der Landessprache eine Rolle.

Nettowanderung, einschließlich Korrekturen
 Pro 1 000 Einwohner

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
EU-25	2,5	2,9	2,2	1,7	1,8	1,7	1,2	1,5	2,1	2,6	3,0(p)	3,7(e)
EU-15	3,2	3,7	2,9	2,2	2,2	2,1	1,5	1,9	2,5	3,1	3,6(p)	4,4(e)
Eurozone	3,6	4,4	3,1	2,2	2,3	2,2	1,5	1,6	2,5	3,2	3,8(p)	5,0(e)
Belgien	1,3	2,6	1,8	1,7	0,2	1,5	1	1,1	1,6	1,3	3,5	3,9
Tschechische Republik	-5,5	1,1	0,5	1	1	1	1,2	0,9	0,9	0,6	-0,8	1,2
Dänemark	2,1	2,2	2,2	2	5,5	3,3	2,3	2,1	1,8	1,9	2,2	1,8
Deutschland	7,5	9,6	5,7	3,9	4,9	3,4	1,1	0,6	2,5	2	3,3	2,7(p)
Estland	-8,1	-27,1	-19	-14,3	-10,8	-9,5	-4,9	-4,7	-0,8	0,2	0,1	0,1
Griechenland	11,7	9,1	8,3	7,4	7,3	6,6	5,7	5,1	4,1	2,7	3,1	2,9(e)
Spanien	1,6	1,4	1,5	1,4	1,5	1,9	2,1	3,8	5,7	9,4	10,6(p)	15,8(e)
Frankreich	0,6	0,6	0,3	-0,1	-0,3	-0,3	-0,2	-0,1	0,8	0,8	1	1,1(e)
Irland	1,4	0,5	-0,9	-0,8	1,6	3,6	5,6	5	5,4	6,9	11,8	8,3(p)
Italien	0,1	3,2	3,2	2,7	1,7	2,7	2,2	1,9	1,7	3,1	2,2	6,1(e)
Zypern	19,1	17,7	13,9	11	10,3	9,1	8,2	6,2	6,1	5,7	6,6	9,7
Lettland	-5,7	-20,5	-12,6	-9,1	-5,5	-4,1	-3,9	-2,4	-1,7	-2,3	-2,2	-0,8
Litauen	-2,9	-6,6	-6,5	-6,6	-6,5	-6,5	-6,3	-6,2	-5,9	-5,8	-0,7	-0,6
Luxemburg	10,2	10,3	10,1	9,4	10,6	8,3	8,6	9	10,4	7,9	7,5	5,9
Ungarn	1,7	1,8	1,8	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7	1,6	1,6	1	0,3
Malta	3,4	2,4	2,7	2,4	-0,5	1,6	1,6	1,1	23,7	3,4	5,9	4,7(p)
Niederlande	3,3	2,8	2,9	1,3	1	1,4	1,9	2,8	2,8	3,6	3,5	1,7
Österreich	9,9	9,1	4,2	0,4	0,3	0,5	0,2	1,1	2,5	2,2	2,2	3,2
Polen	-0,4	-0,3	-0,4	-0,5	-0,5	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4	-0,5	-0,4	-0,3
Portugal	7,2	-1	1	2	2,5	2,5	3	3,5	3,9	4,9	5,7	6,8
Slowenien	-1,6	-2,7	-2,2	0	0,4	-1,7	-0,7	-2,7	5,4	1,4	2,5	1,1
Slowakei	0	-0,6	0,3	0,9	0,5	0,4	0,3	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2
Finnland	2,9	1,8	1,8	0,7	0,8	0,8	0,9	0,9	0,7	0,5	1,2	1
Schweden	2,9	2,3	3,7	5,8	1,3	0,7	0,7	1,2	1,5	2,7	3,2	3,5
Vereinigtes Königreich	1,3	0,8	1,5	1,4	2	1,8	1,5	3,6	2,8	2,8	3,1	2,1
Island	4,4	-0,9	-0,7	-3	-5,1	-2	0,7	3,6	4,1	6,7	3	-1,2
Liechtenstein	4,3	9,7	6,8	5,5	3,1	1,5	-0,9	15,9	6,5	7,3	14,4	4,7
Norwegen	1,9	2,4	2,9	1,7	1,5	1,3	2,2	3	4,3	2,2	1,8	3,8
Japan	:	:	:	:	-2,6	-9,3	9,4	:	0	-0,1	:	:
Vereinigte Staaten	:	:	:	:	:	:	:	:	3,5	3,5	:	:

Eurostat Schätzungen, die Veränderungen unterliegen können.

Differenz zwischen Zuwanderung und Abwanderung in einem Gebiet während des Jahres (der Wanderungssaldo ist negativ, wenn die Zahl der Abwanderer die Zahl der Einwanderer übersteigt). Da in den meisten Ländern entweder keine exakten Daten oder überhaupt keine Daten zur Zu- und Abwanderung vorliegen, wird der Wanderungssaldo auf der Grundlage der Differenz zwischen Bevölkerungswachstum und natürlichem Wachstum zu zwei verschiedenen Zeitpunkten geschätzt. Die statistischen Daten über den Wanderungssaldo sind daher von allen statistischen Ungenauigkeiten der beiden Komponenten in dieser Gleichung, insbesondere der Komponente Bevölkerungswachstum, betroffen.

Politischer Hintergrund

Im Vertrag von Amsterdam wurde ein neuer Titel IV in den EG-Vertrag aufgenommen („Visa, Asyl, Einwanderung und andere Politiken betreffend den freien Personenverkehr“). Dieser umfasst die folgenden Bereiche: Freizügigkeit; Kontrollen an den Außengrenzen; Asyl, Einwanderung und Schutz der Rechte von Staatsangehörigen dritter Länder; Zusammenarbeit der

Justizbehörden in Zivil- und Strafsachen sowie Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden.

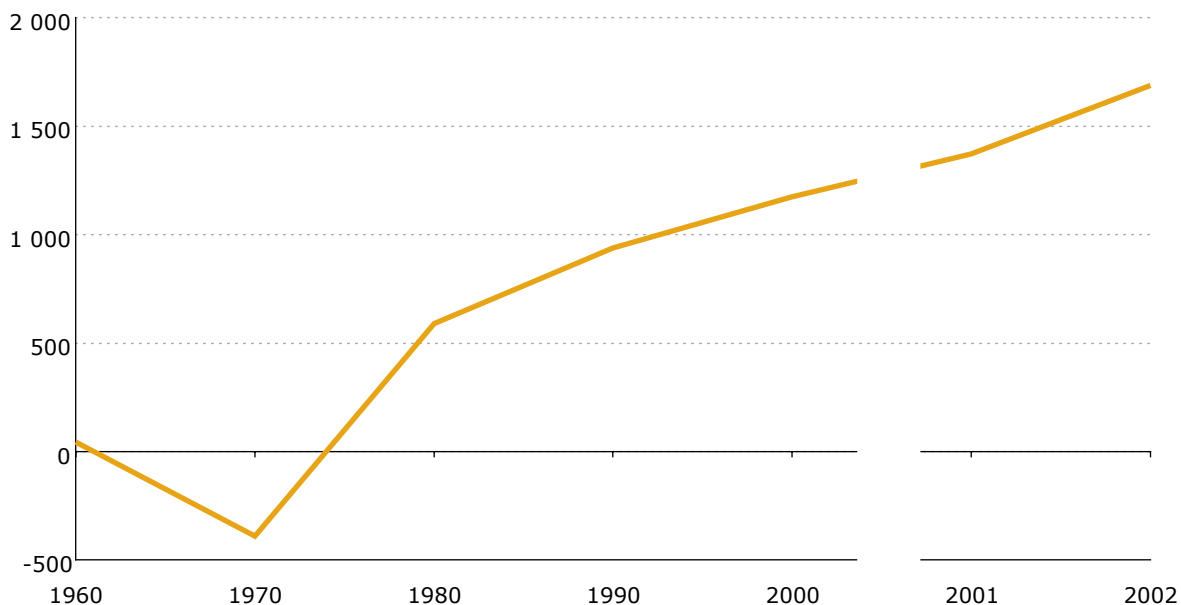
Der Nettozustrom ausländischer Zuwanderer in die EU-15 hat sich auf rund 1 688 000 im Jahr 2002 erhöht.

71 % der gesamten Nettozuwanderung in die EU entfielen 2003 auf Spanien, Italien, Deutschland und das Vereinigte Königreich.



Nettowanderung (1), EU-15

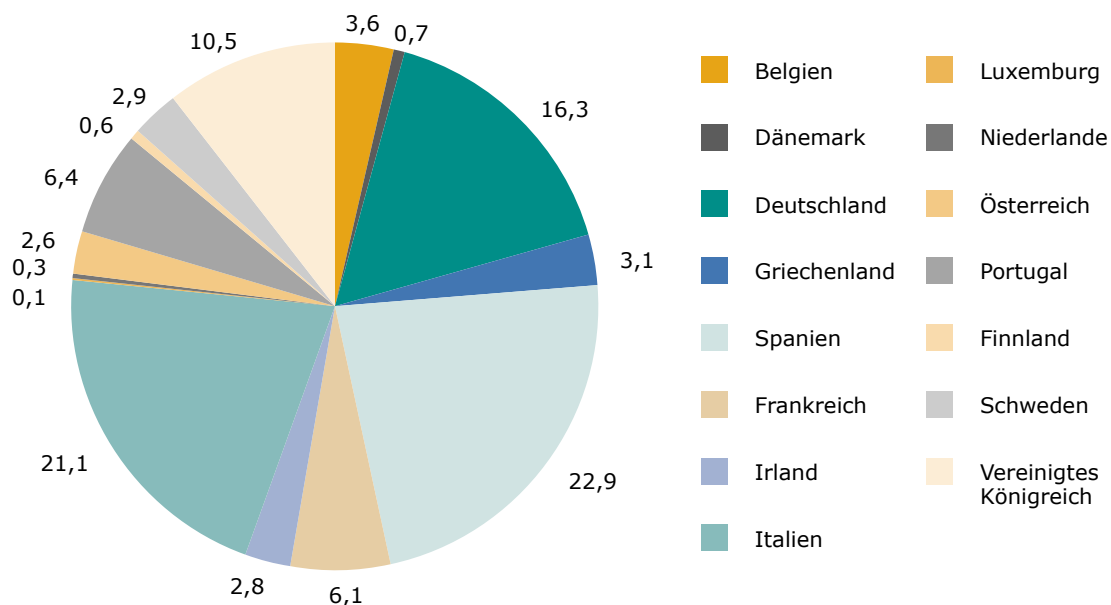
In 1 000



(1) Einschließlich der Korrekturen aufgrund von Volkszählungen, Registerzählungen usw., die nicht unter Geburten, Sterbefällen oder Wanderungen eingeordnet werden können.

Nettozuwanderung nach EU-Mitgliedstaaten im Jahr 2003

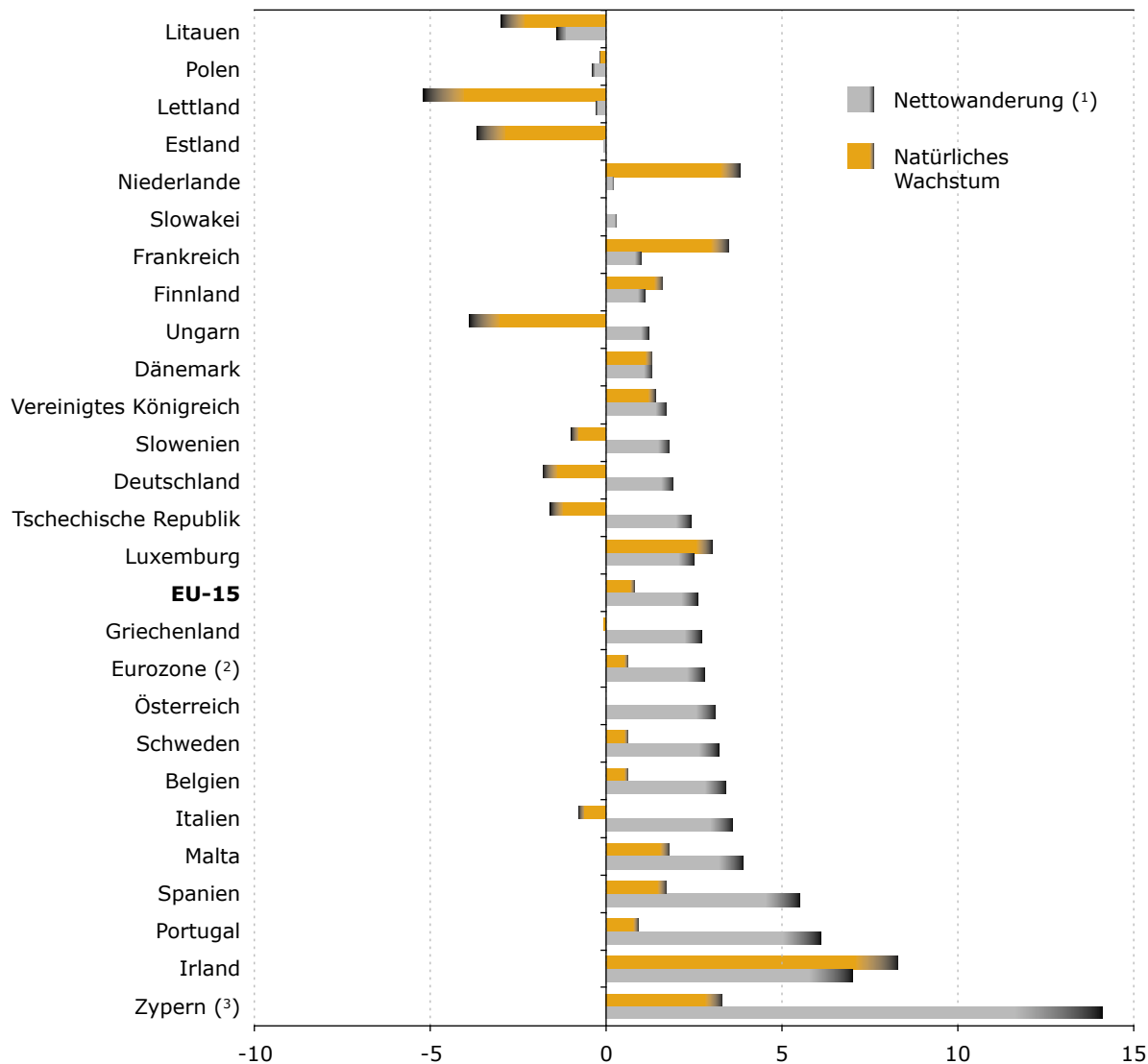
In %



2



Gesamtwachstumsrate der Bevölkerung im Jahr 2003



1) einschließlich der Korrekturen aufgrund von Volkszählungen, Registerzählungen usw., die nicht unter Geburten, Sterbefällen oder Wanderungen eingeordnet werden können

2) Gesamtzahl für die zwölf EU-Länder, die seit dem 1.1.2001 der Eurozone angehören (Belgien, Deutschland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal and Finnland).

3) staatlich kontrolliertes Gebiet

Im Jahr 2003 verzeichneten die EU-Mitgliedstaaten sehr unterschiedliche Bevölkerungswachstumsraten. Die Bevölkerung Irlands nahm weiterhin deutlich zu, während das Bevölkerungswachstum in Deutschland geringer ausfiel. In vielen Ländern sind die interna-

len Wanderungsbewegungen eine wichtige Komponente der Bevölkerungsentwicklung: Ohne Zuwanderung wäre es in Deutschland, Griechenland und Italien zu einem Bevölkerungsrückgang gekommen.



Einbürgerungen

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
EU-15	192 706	234 556	276 217	290 491	329 946	:	:	:	:	:	:	:
Eurozone	114 547	141 881	198 277	195 199	244 729	252 999	:	:	:	:	:	:
Belgien	8 658	8 470	46 485	16 379	25808	26 149	:	:	:	24 196	:	62 160
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	:	:	:	:	7 309	:	:
Dänemark	3 028	5 484	5 104	5 037	5736	5 260	7 283	5482	10 262	12 416	18 811	11 902
Deutschland	20 078	27 162	37 000	45 016	61625	31 797	86 356	83 027	106 790	143 120	186 688	180 349
Estland	:	:	:	:	:	:	:	:	9 969	4 534	3 425	3 090
Griechenland	1 090	886	1 204	1 803	383	1 258	716	930	807	:	:	:
Spanien	7 033	3 752	5 226	8 348	7802	6 756	8 433	9 801	12 550	16 384	16 743	16 743
Frankreich	54 381	59 684	59 252	60 013	77515	92 410	63 055	83 676	81 449	94 002	:	:
Irland	179	188	150	133	175	355	:	:	1 474	1 433	1 143	2 817
Italien	555	349	539	6 469	5993	7 442	:	:	:	:	:	:
Zypern	:	:	:	:	:	:	:	:	:	97	296	:
Lettland	:	:	:	:	:	:	:	:	:	12 914	13 482	9 947
Litauen	:	:	:	:	:	:	825	:	562	567	490	507
Luxemburg	893	748	739	800	293	270	305	761	631	549	684	496
Ungarn	:	:	:	:	:	:	12 126	:	6 203	6 066	5 393	8 430
Niederlande	12 794	29 112	36 237	43 069	49448	71 445	82 690	59 831	59 173	62 090	49 968	46 667
Österreich	8 980	11 137	11 656	14 131	15275	15 627	15 627	15 792	17 786	:	24 320	31 731
Polen	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	1 070
Portugal	97	43	117	2	144	80	1 154	1 364	519	584	1 143	1 419p
Slowenien	:	:	:	:	1451	1 973	981	:	3 321	2 337	2 102	1 346
Slowakei	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	2 886
Finnland	899	1 236	876	839	651	668	981	1 439	4 017	4 730	2 977	2 720
Schweden	16 770	27 663	29 389	42 659	35065	:	25 549	28 875	46 520	37 777	43 474	36 399
Vereinigtes Königreich	57 271	58 642	42 243	45 793	44033	40 516	43 069	37 010	53 934	54 902	82 210	89 785
Island	105	165	155	177	205	229	308	289	352	288	328	:
Liechtenstein	82	64	55	65	69	:	:	:	:	567	:	:
Norwegen	4 757	5 055	5 132	5 538	8 778	11 778	12 237	12 037	9 244	7 988	9474	10 838

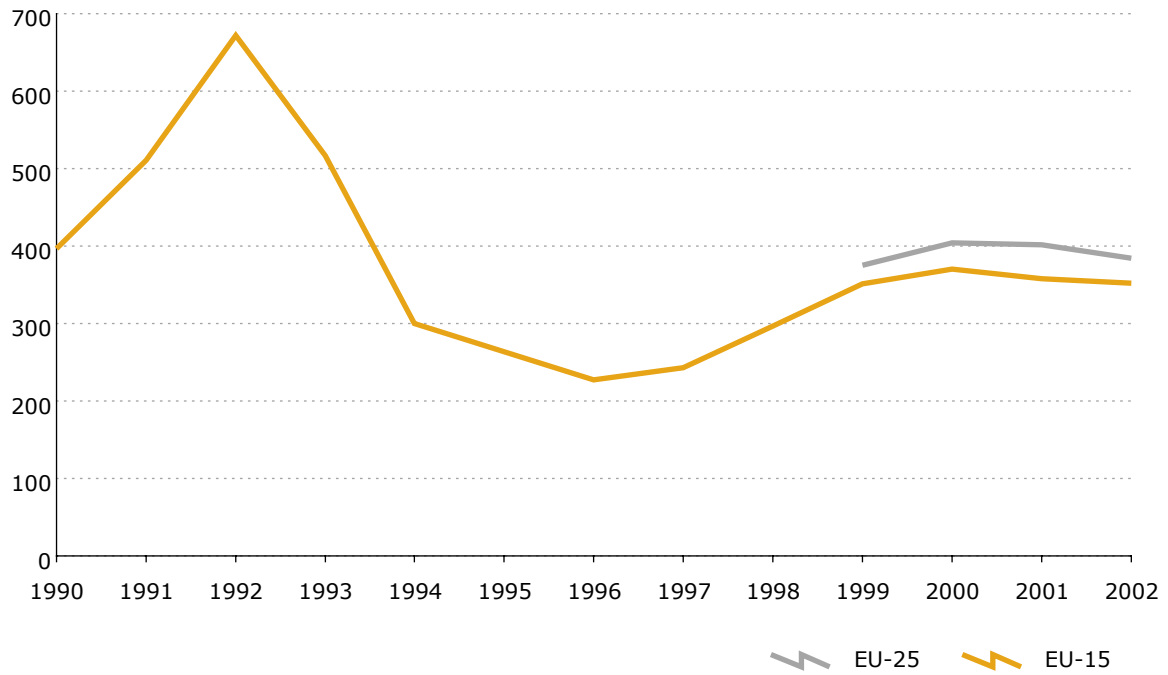
Die Zahlen beziehen sich auf die Einbürgerung der Personen, die die Staatsbürgerschaft des Meldelandes erwerben, nachdem sie zuvor staatenlos oder Staatsbürger eines anderen Landes waren.





Asylanträge in EU-15 und EU-25

In 1 000



2

Lebenserwartung und Sterblichkeit

Daten von Eurostat

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

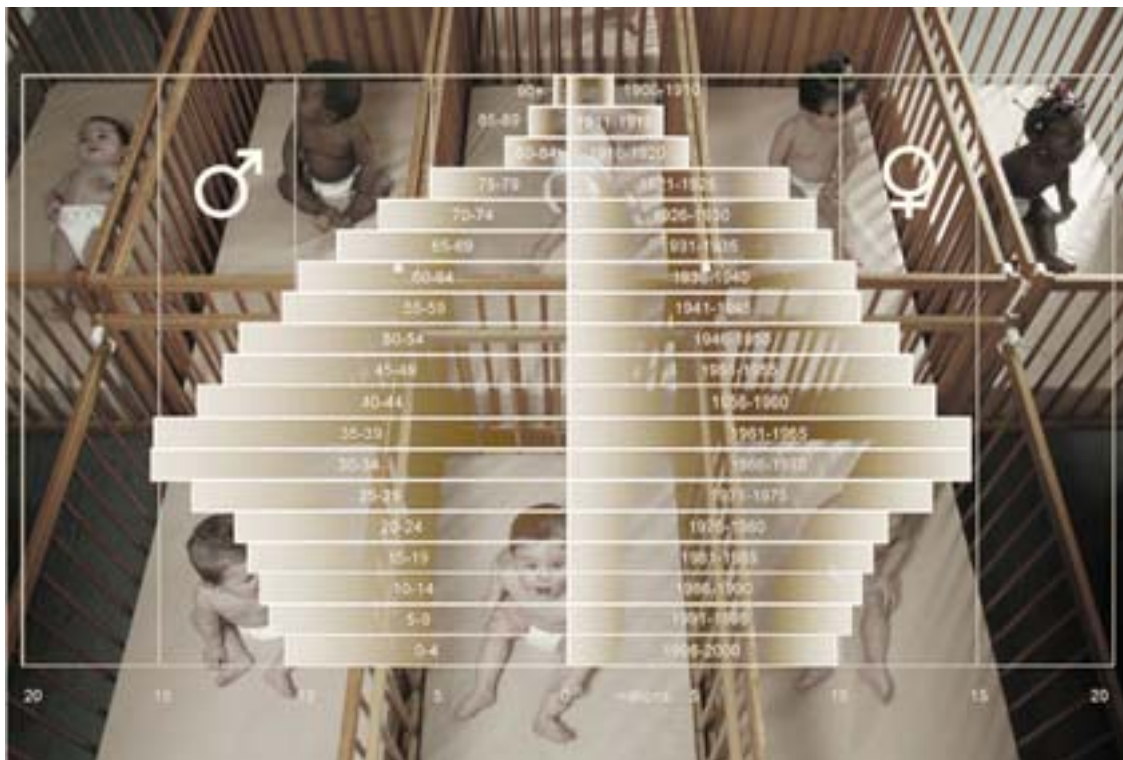
- Lebenserwartung nach Geschlecht und Alter
- Sterblichkeit nach Geschlecht und Alter
- Sterbefälle nach Monat
- Säuglingssterblichkeit (absolute Zahlen und Raten)

Sinkende Sterbeziffern und steigende Lebenserwartung

Für die EU-Bevölkerung ist eine hohe Lebenserwartung bei der Geburt kennzeichnend, die in den letzten 40 Jahren für beide Geschlechter um acht Jahre angestiegen ist. Zwar liegt die Lebenserwartung der Frauen aufgrund der durchweg höheren Männersterblichkeit in allen Altersstufen ungefähr sechs Jahre über der der Männer, doch geht dieser Unterschied jetzt zurück, da die Lebenserwartung der Männer in den vergangenen zehn Jahren in den meisten Mitgliedstaaten stärker angestiegen ist als die der Frauen.

Die Lebenserwartung beider Geschlechter konvergiert, was sich im der Anpassung der Mortalitätsraten von Männern und Frauen in allen Altersstufen widerspiegelt. Dies liegt möglicherweise daran, dass sich die Lebensumstände von Männern und Frauen nicht mehr so stark unterscheiden wie in der Vergangenheit.

Infolge der gestiegenen Lebenserwartung und der Veränderung der Fruchtbarkeitsziffern wird die Bevölkerung in der EU immer älter. Diese Alterung bedeutet, dass die Zahl der älteren Menschen steigt, während der Anteil der Erwerbspersonen (im Alter von 15 bis 64 Jahren) sinkt. Diese demografischen Entwicklungen haben wirtschaftliche und soziale Auswirkungen in vielen Bereichen, auch auf die Gesundheitssysteme.

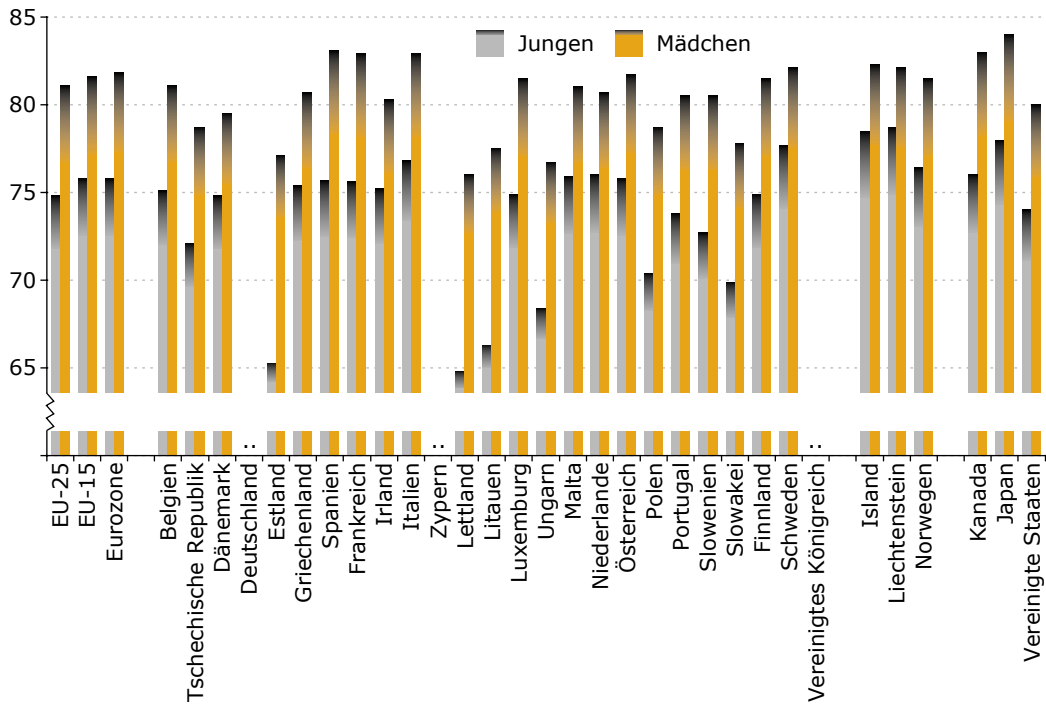




2

Lebenserwartung bei der Geburt im Jahr 2002

Jahre



Quelle: Eurostat/US Bureau of the Census.

EU-25, EU-15, Eurozone, Spanien, Italien: geschätzte Werte; Griechenland, Frankreich, Island: vorläufige Werte. Kanada, Japan, Vereinigte Staaten: 2001.

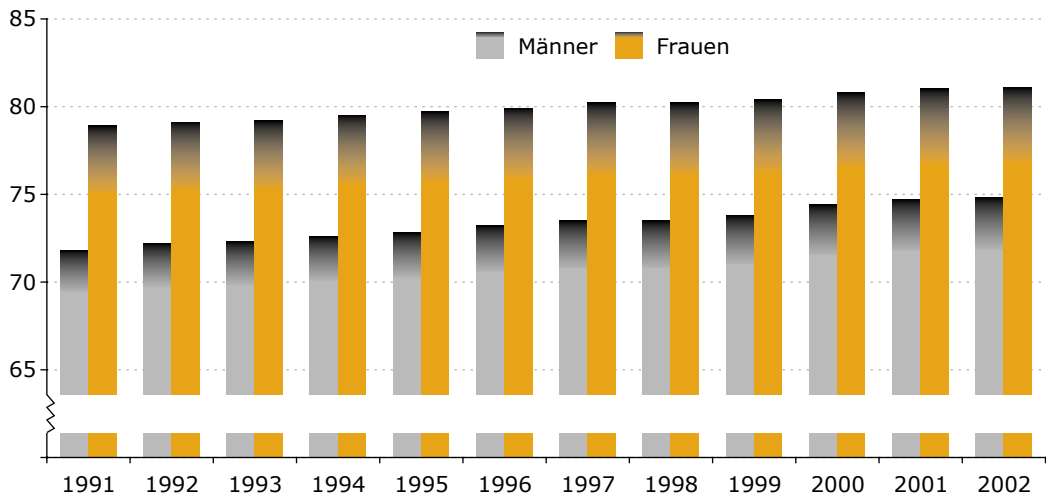
Mittlere Zahl der Jahre, die ein Neugeborenes voraussichtlich lebt, wenn die zu diesem Zeitpunkt herrschenden Sterbebedingungen während seines ganzen Lebens bestehen bleiben (altersspezifische Sterbewahrscheinlichkeit).

In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Lebenserwartung bei der Geburt in den 25 heutigen EU-Ländern um nahezu drei Jahre erhöht. 2002 betrug sie 75 Jahre für Männer und 81 Jahre für Frauen. Sie lag damit höher als in den

Vereinigten Staaten (2002: 74 Jahre für Männer und 80 für Frauen), jedoch niedriger als in Japan (2001: 78 Jahre für Männer und 84 für Frauen) und Kanada (2001: 76 Jahre für Männer und 83 für Frauen).

Lebenserwartung bei der Geburt in EU-25

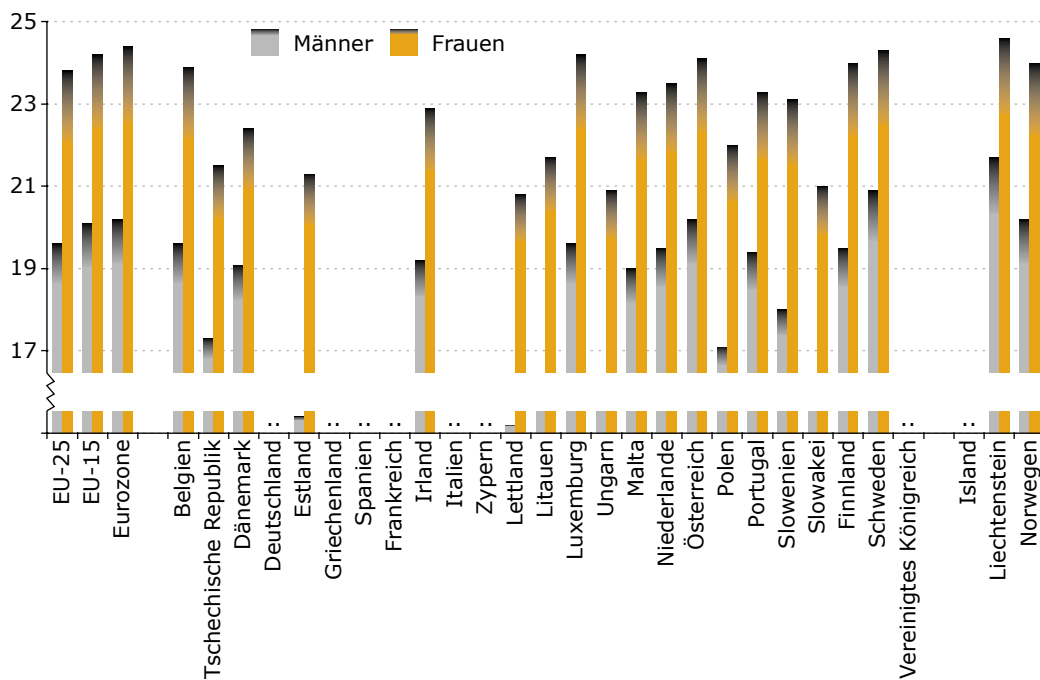
Jahre



Geschätzte Werte.



Lebenserwartung im Alter von 60 Jahren im Jahr 2002



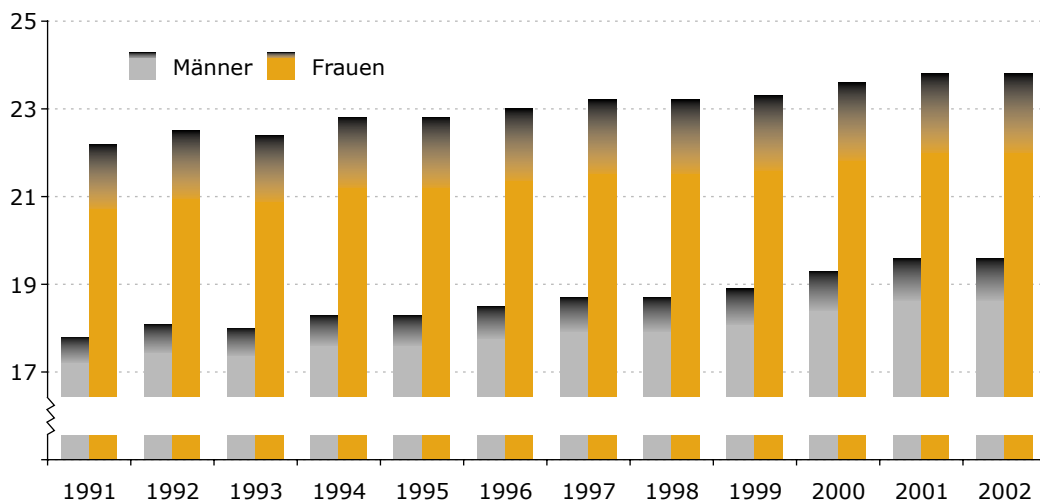
EU-25, EU-15, Eurozone: geschätzte Werte.

Mittlere Zahl der Jahre, die eine Person im Alter von 60 Jahren leben wird, wenn die zu diesem Zeitpunkt herrschenden Sterbebedingungen während der verbleibenden Lebensdauer dieser Person bestehen bleiben (altersspezifische Sterbewahrscheinlichkeit).

Die Lebenserwartung mit 60 Jahren war 2002 in den 25 heutigen EU-Ländern für beide Geschlechter um fast zwei Jahre höher als 1991. Der Unterschied in der Lebenserwartung zwischen Männern und Frauen von 60 Jahren (vier

Jahre mehr für die Frauen) ist geringer als der Unterschied in der Lebenserwartung von Jungen und Mädchen bei der Geburt (sechs Jahre mehr für die Mädchen).

Lebenserwartung im Alter von 60 Jahren in der EU-25



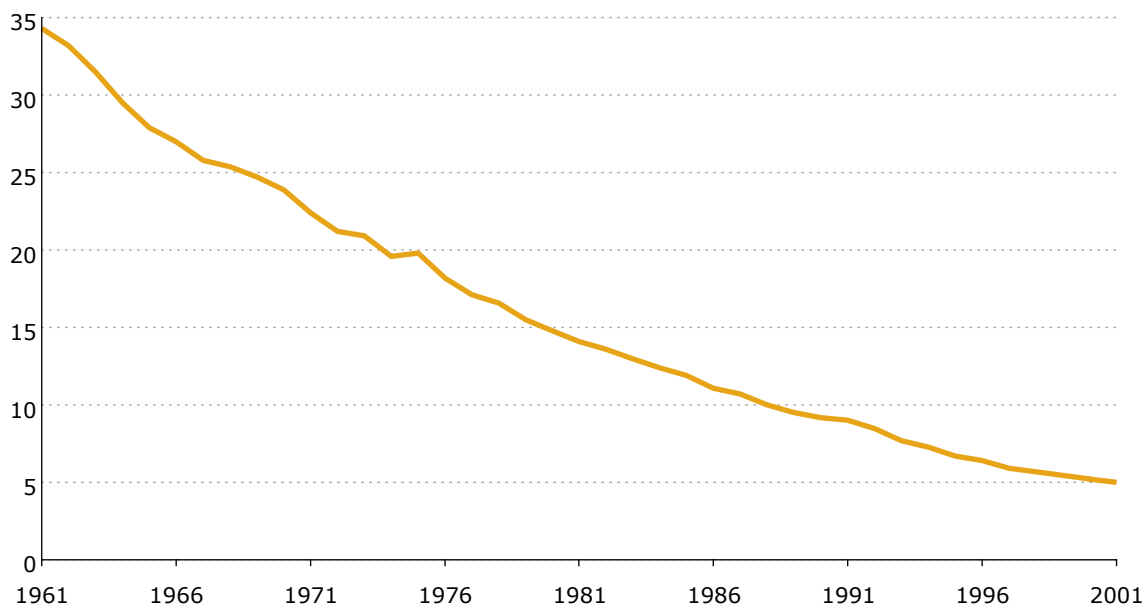
Geschätzte Werte.



2

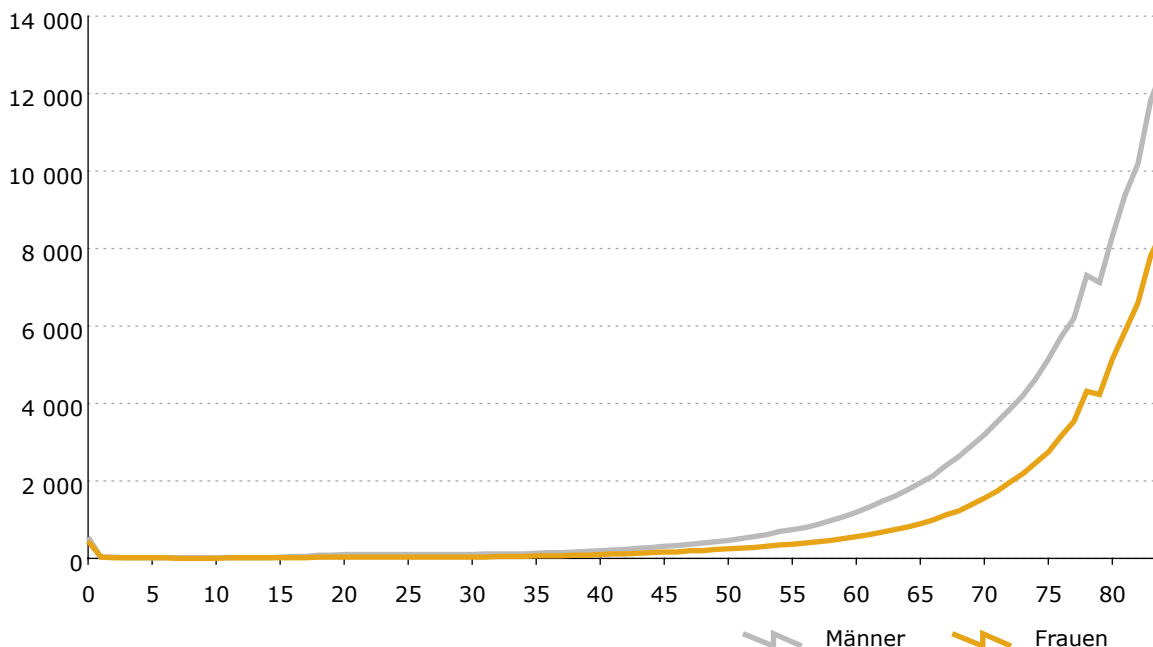
Säuglingssterblichkeitsrate in EU-15

Pro 1 000 Lebendgeburten



Todesfälle pro 100 000 Personen in der EU-15 in 1998

Nach Alter



Sterbewahrscheinlichkeit nach Alter: die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person eines bestimmten Alters in dem betreffenden Zeitraum stirbt. Bei einjährigen Sterbewahrscheinlichkeiten stellt die Größe der Geburtskohorte von Frauen (oder Männern), die im betreffenden Jahr das Alter von n erreichen, den Nenner dar, während der Zähler von der Anzahl der Frauen (oder Männern) dieser Geburtskohorte gebildet wird, die zwischen dem Alter von n und dem Alter von n + 1 sterben. Einige dieser Sterbefälle ereignen sich während des betreffenden Jahres, während andere im folgenden Jahr zu verzeichnen sind. Die einjährige Sterbewahrscheinlichkeit nach Alter unterscheidet sich daher von der jährlichen Sterbeziffer nach Alter, weil im letztgenannten Fall die Jahresdurchschnittsbevölkerung dieses Alters den Nenner und die Anzahl der Personen dieses Alters, die im Laufe des Jahres sterben, den Zähler bilden (beim Alter kann es sich entweder um das im betrachteten Kalenderjahr erreichte Alter oder um das Alter beim letzten Geburtstag handeln).



Säuglingssterblichkeitsrate

Pro 1 000 Lebendgeburten

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
EU-25	8,5	7,7	7,3	6,7	6,4	5,9	5,7	:	5,2	5	:
EU-15	6,9	6,4	6	5,6	5,5	5,2	5,1	:	4,7	4,6	:
Eurozone	7	6,5	6,1	5,6	5,4	5,1	5	:	4,5	4,5	:
Belgien	8,2	6,7	6,3	5,9	5	5,4	5,2	4,9	4,8	4,5	5
Tschechische Republik	9,9	8,5	7,9	7,7	6,1	5,9	5,2	4,6	4,1	4	4,1
Dänemark	6,6	5,4	5,5	5,1	5,6	5,2	4,7	:	5,3	4,9	4,4
Deutschland	6,2	5,8	5,6	5,3	5	4,9	4,7	4,5	4,4	4,3	4,3
Estland	15,7	15,6	14,4	14,9	10,5	10	9,3	9,6	8,4	8,8	5,7
Griechenland	8,4	8,5	7,9	8,1	7,2	6,4	6,7	6,2	5,9	5,1	5,9
Spanien	7,1	6,7	6	5,5	5,5	5	4,9	4,5	3,9	3,5	:
Frankreich	6,8	6,5	5,9	4,9	4,8	4,7	4,6	4,3	4,4	4,5	:
Irland	6,5	6,1	5,7	6,4	6	6,1	5,9	5,9	6,2	5,8	5,1
Italien	7,9	7,1	6,6	6,2	6,2	5,6	5,5	:	4,5	4,7	:
Zypern	11,1	9,9	9,8	9,7	9,5	9	7	:	5,6	4,9	4,7
Lettland	17,6	16,2	15,7	18,8	15,9	15,4	15	11,3	10,4	11	9,9
Litauen	16,5	15,7	14,2	12,5	10,1	10,3	9,3	8,7	8,6	7,9	7,9
Luxemburg	8,6	5,9	5,3	5,6	4,9	4,2	5	4,6	5,1	5,8	5,1
Ungarn	14,1	12,5	11,5	10,7	10,9	9,9	9,7	8,4	9,2	8,1	7,2
Malta	10,7	8,2	9,2	8,9	10,8	6,5	5,2	7,2	6	4,4	6,1
Niederlande	6,3	6,3	5,6	5,5	5,7	5	5,2	5,2	5,1	5,4	5,1
Österreich	7,5	6,5	6,3	5,4	5,1	4,7	4,9	4,4	4,8	4,8	4,1
Polen	17,5	15,4	15,1	13,6	12,2	10,2	9,5	8,9	8,1	7,7	7,5
Portugal	9,3	8,7	8,1	7,5	6,9	6,4	6	5,8	5,5	5	5
Slowenien	8,9	6,8	6,5	5,5	4,7	5,2	5,2	4,5	4,9	4,2	3,8
Slowakei	12,6	10,6	11,2	11	10,2	8,7	8,8	8,3	8,6	6,2	7,6
Finnland	5,2	4,4	4,7	3,9	4	3,9	4,2	3,6	3,8	3,2	3
Schweden	5,4	4,8	4,4	4,1	4	3,6	3,6	3,4	3,4	3,7	3,3
Vereinigtes Königreich	6,6	6,3	6,2	6,2	6,1	5,9	5,7	5,8	5,6	5,5	5,2
Island	4,8	4,8	3,4	6	3,7	5,5	2,6	2,4	3	2,7	2,3
Liechtenstein	10	0	5	0	7,5	20	7,5	:	:	0	2,5
Norwegen	5,8	5	5,2	4	4	4,1	4	3,9	3,8	3,9	3,5

Säuglingssterblichkeitsrate: Verhältnis der Zahl der Säuglinge, die im ersten Lebensjahr sterben, zur Zahl der Lebendgeburten im gleichen Jahr. Die Angabe erfolgt pro 1 000 Lebendgeburten.

Die Fortschritte in der medizinischen Versorgung schlagen sich in einer rückläufigen Säuglingssterblichkeit nieder. In den vergangenen

40 Jahren ist die Sterbeziffer bei Säuglingen in EU-15 von mehr als 34 je 1 000 Lebendgeburten (1961) auf 5 (2002) gesunken.

Anteil der über 64-Jährigen

In % an der Gesamtbevölkerung

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
EU-25	14,3	14,4	14,6	14,8	15	15,2	15,4	15,5	15,7	15,9	16,1	16,3
EU-15	14,9	15	15,2	15,4	15,6	15,8	15,9	16,1	16,3	16,4	16,6	16,8
Eurozone	14,6	14,8	15	15,3	15,6	15,8	16	16,2	16,4	16,6	16,9	17,1
Belgien	15,2	15,4	15,6	15,8	16	16,3	16,5	16,6	16,8	16,9	16,9	17
Tschechische Republik	12,8	12,9	13	13,1	13,3	13,5	13,6	13,7	13,8	13,9	13,9	13,9
Dänemark	15,6	15,5	15,4	15,3	15,1	15	14,9	14,9	14,8	14,8	14,8	14,8
Deutschland	15	15	15,2	15,4	15,6	15,7	15,8	15,9	16,2	16,6	17,1	17,5
Estland	12	12,4	12,8	13,1	13,4	13,8	14,1	14,3	15	15,2	15,5	15,9
Griechenland	14,3	14,6	15	15,4	15,8	16,2	16,5	16,9	17,3	:	:	:
Spanien	14,1	14,4	14,8	15,1	15,5	15,9	16,2	16,5	16,8	16,9	17,1	:
Frankreich	14,4	14,6	14,8	15	15,3	15,5	15,7	15,9	16	16,1	16,2	16,3
Irland	11,4	11,4	11,4	11,4	11,4	11,4	11,4	11,3	11,2	11,2	11,1	11,1
Italien	15,5	15,7	16,1	16,4	16,8	17,2	17,4	17,7	18	18,2	:	:
Zypern	:	11	11	11	11,1	11,1	11,2	11,2	11,2	11,3	11,7	11,8
Lettland	12,3	12,7	13,1	13,4	13,7	14	14,3	14,5	14,8	15,2	15,5	15,9
Litauen	11	11,2	11,5	11,8	12,1	12,4	12,7	13,1	13,7	14,1	14,4	14,7
Luxemburg	13,5	13,6	13,8	13,9	14,4	14,2	14,3	14,3	14,3	13,9	13,9	14
Ungarn	13,6	13,8	13,9	14,1	14,3	14,5	14,7	14,8	15	15,1	15,3	15,4
Malta	:	:	:	11	11,4	11,6	:	12	12,1	12,3	12,6	:
Niederlande	13	13	13,1	13,2	13,3	13,4	13,5	13,5	13,6	13,6	13,7	13,7
Österreich	14,9	14,9	15	15,1	15,2	15,3	15,4	15,5	15,4	15,4	15,5	15,5
Polen	10,3	10,5	10,7	10,9	11,2	11,5	11,7	11,9	12,1	12,3	12,5	12,8
Portugal	13,8	14	14,2	14,5	14,9	15,2	15,5	15,8	16,1	16,4	16,5	16,7
Slowenien	11,1	11,4	11,7	12,1	12,5	12,9	13,2	13,6	13,9	14,1	14,5	14,8
Slowakei	10,4	10,5	10,7	10,8	10,9	11,1	11,3	11,3	11,4	11,4	11,4	11,6
Finnland	13,6	13,8	13,9	14,1	14,3	14,5	14,6	14,7	14,8	15	15,2	15,3
Schweden	17,7	17,7	17,6	17,5	17,5	17,4	17,4	17,4	17,3	17,2	17,2	17,2
Vereinigtes Königreich	15,7	15,8	15,7	15,7	15,7	15,7	15,7	15,7	15,6	15,6	:	:
Island	10,8	10,9	11	11,1	11,3	11,5	11,6	11,6	11,6	11,6	11,6	11,7
Liechtenstein	10,1	10,2	10,5	11,3	10,3	10,3	10,2	10,3	10,5	10,5	10,5	10,8
Norwegen	16,3	16,2	16,1	16	15,9	15,8	15,7	15,5	15,3	15,1	14,9	14,8

Die Bevölkerung wird allmählich immer älter. Zwischen 1993 und 2003 ist der Anteil der Personen im Alter von 65 Jahren und darüber an der Gesamtbevölkerung auf dem Gebiet der heutigen EU-25 um etwa zwei Prozentpunkte gestiegen. In einigen süd-, mittel- und osteu-

ropäischen Ländern, in denen diese Werte durchweg vorher niedriger waren, betrug der Anstieg sogar drei Prozentpunkte. Am höchsten waren die Bevölkerungsanteile der Personen ab 65 Jahre im Jahr 2001 in Italien, Schweden, Spanien, Belgien und Deutschland.

Gesundheit und Sicherheit

Daten von Eurostat

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Beschäftigte im Gesundheitswesen
- Ambulante und medizinische Behandlungen
- Krankenhäuser
- Lebensstilarten und Gesundheitsverhalten
- Gesundheitszustand der Bevölkerung
- Morbidität
- Invalidität
- Arbeitsunfälle
- Berufskrankheiten
- Todesursachen

Die Agenda der europäischen Gesundheitspolitik

Die Gesundheitspolitik berührt zwei wichtige Aspekte der Strategie von Lissabon, nämlich die Europäische Sozialagenda und die EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung.

Im Mai 2000 unterbreitete die Kommission einen Vorschlag für eine neue Gesundheitsstrategie, in der ein integrierter Ansatz für die Zusammenarbeit in diesem Bereich auf Gemeinschaftsebene gefördert wird. Auf dieser Grundlage wurde 2002 ein Aktionsprogramm im Bereich der öffentlichen Gesundheit für den Zeitraum 2003-2008 angenommen. Das Programm hat drei vorrangige Ziele:

- Verbesserung des Informations- und Wissensstandes im Interesse der Weiterentwicklung des öffentlichen Gesundheitswesens;
- Verbesserung der Fähigkeit zur schnellen und koordinierten Reaktion auf Gesundheitsgefahren;
- Gesundheitsförderung und Prävention von Krankheiten durch Berücksichtigung gesundheitsrelevanter Faktoren in allen Politiken und Tätigkeiten.

Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz

Den Themen Arbeitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz kommt in der europäischen Sozialpolitik ein hoher Stellenwert zu. Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ist nicht nur auf die Verhinderung von Arbeitsunfällen oder Berufskrankheiten beschränkt, sondern erstreckt sich auch auf das körperliche, seelische und soziale Wohlbefinden, die für die Qualität der Arbeit und der Produktivität der Beschäftigten eine wichtige Rolle spielen. Es wurde eine neue Gemeinschaftsstrategie für Gesundheit und Si-

cherheit am Arbeitsplatz für den Zeitraum 2002-2006 entwickelt, die dem Wandel von Gesellschaft und Arbeitswelt Rechnung trägt. Sie beruht auf einem Gesamtkonzept für das Wohlbefinden am Arbeitsplatz auf der Grundlage von Präventivmaßnahmen und der Bildung von Partnerschaften in den Bereichen Beschäftigung, Gesundheit und Sicherheit.

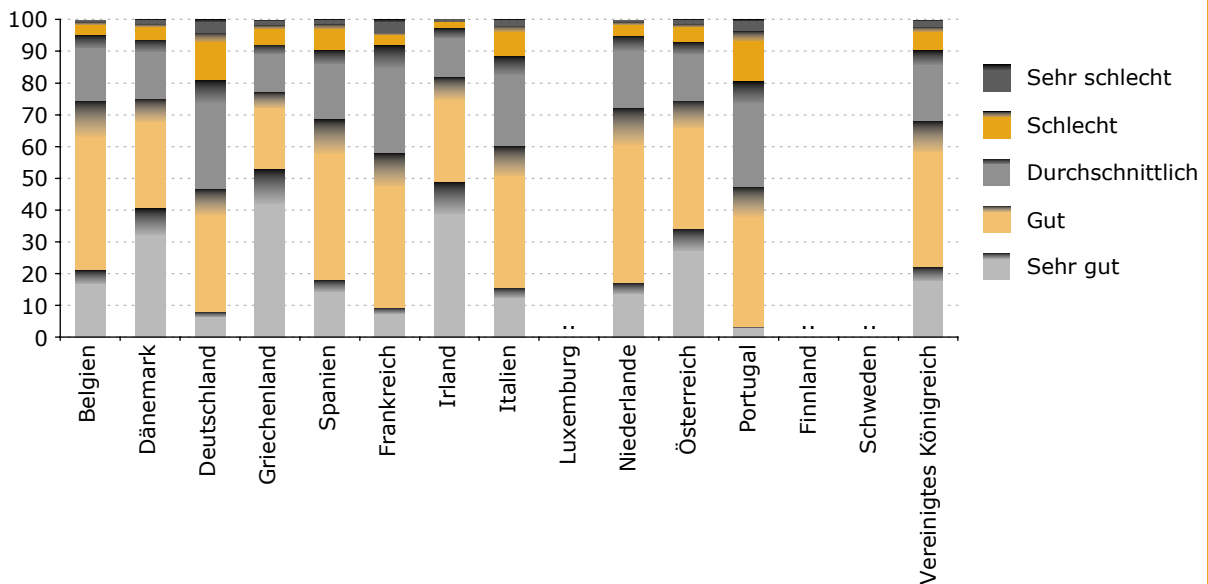
Datensammlung zu Gesundheit und Sicherheit

Mit der Datensammlung zu Gesundheit und Sicherheit reagiert Eurostat auf die spezifischen Anforderungen, die sich aus dem Aktionsprogramm der Gemeinschaft im Bereich der öffentlichen Gesundheit 2003-2008 (Beschluss Nr. 1786/2002/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. September 2002) ergeben. Die Daten decken die Bereiche Gesundheitszustand, Gesundheitsdeterminanten und Gesundheitsressourcen ab. Die europäischen Statistiken zu Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten dienen zur Erfüllung der Anforderungen im Zusammenhang mit der Gemeinschaftsstrategie für Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz 2002-2006 (Entschließung des Rates vom 3. Juni 2002 2002/C 161/01). Der allgemeine Schwerpunkt liegt zum einen auf der Infrastruktur für das Basissystem von Statistiken zur öffentlichen Gesundheit, Sicherheit am Arbeitsplatz und Ernährungssicherheit, zum anderen auf der Harmonisierung der Konzepte, Definitionen und Klassifikationen für den gesamten Bereich der Gesundheitsinformationen sowie auf der Verbesserung der Vergleichbarkeit vorhandener Daten.

Diese Tätigkeiten werden in Zusammenarbeit mit den für das Gesundheitswesen zuständigen internationalen Organisationen (WHO, OECD, ILO) durchgeführt.



Einschätzung der eigenen Gesundheit im Jahr 2001
15 Jahre und älter; in %



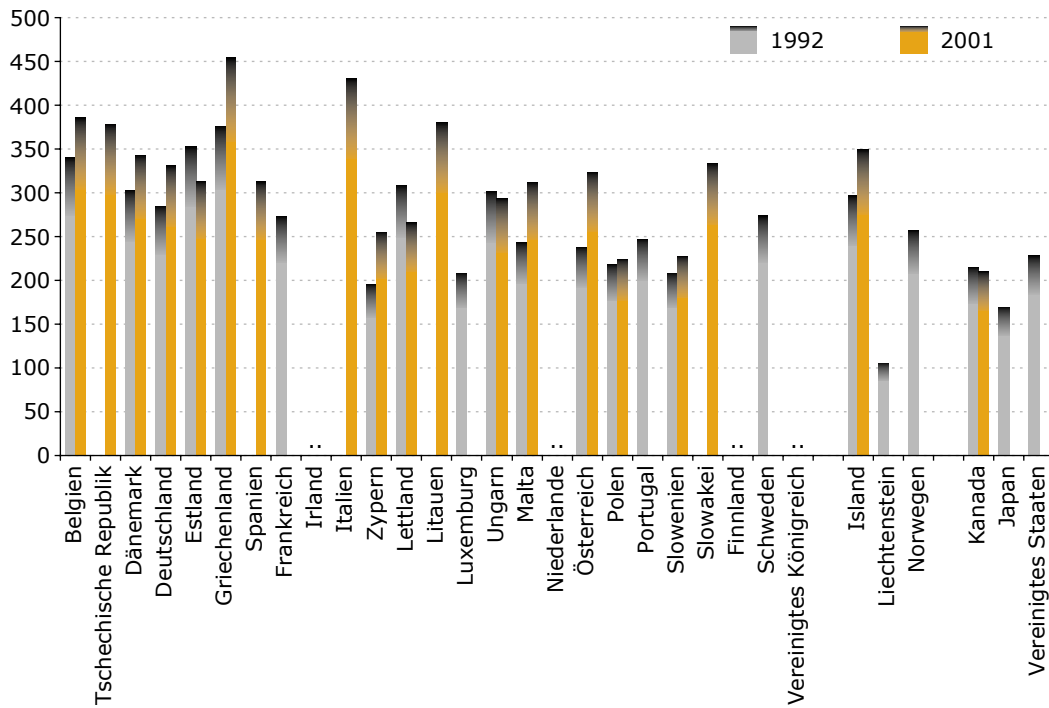
Eine der Methoden, die die Staaten zur Beurteilung der positiven gesundheitlichen Aspekte verwenden, besteht darin, den Gesundheitszustand der Bevölkerung anhand deren eigener Einschätzung zu messen. Der subjektive, auf eigenen Angaben basierende Gesundheitszustand ist kein Ersatz für objektivere Indikatoren, sondern stellt vielmehr eine Ergänzung dar: Mit den eigenen Angaben der Betroffenen über ihre Gesundheit fließt die Perspektive der Verbraucher in die Überwachung der Volksgesundheit ein, und es können Dimensionen des Themas „Gesundheit“ aufgezeigt werden, die mit herkömmlichen Messverfahren möglicherweise nicht zu erfassen sind.

Aus dem auf die Selbsteinschätzung der Gesundheit bezogenen Teil des Haushaltspanels der Europäischen Gemeinschaft (ECHP) geht hervor, dass die höchsten Prozentsätze von Befragten, die ihre eigene Gesundheit als „sehr

gut“ oder „gut“ einstufen, in Irland (82 %), Griechenland (77 %), Dänemark, Belgien und Österreich (jeweils 75 %) zu finden sind. 4,1 % der Befragten in Deutschland und Frankreich halten ihren Gesundheitszustand für „sehr schlecht“.

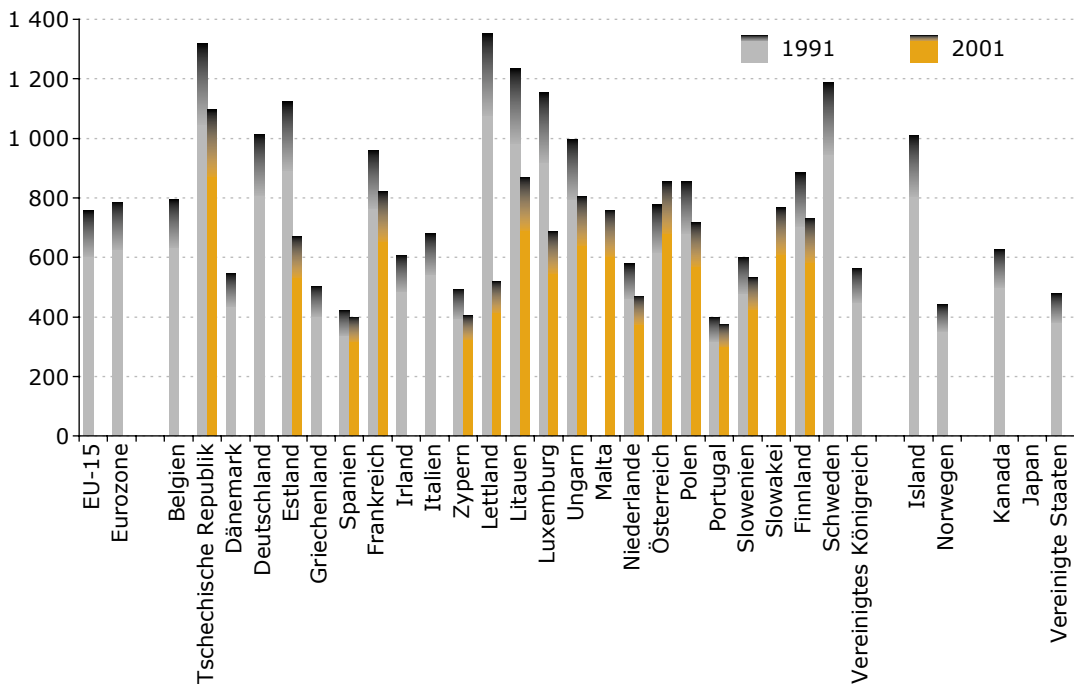


Praktizierende oder zugelassene Ärzte
Auf 100 000 Einwohner



Ärzte können als „approbiert“, „wirtschaftlich aktiv“ oder „behandelnd tätig“ klassifiziert werden. In den meisten Mitgliedstaaten liegen Daten zu zwei oder mehr Begriffskonzepten vor. Behandelnd tätige Ärzte behandeln Patienten in einem Krankenhaus, in einer Praxis oder an anderen Orten.

Krankenhausbetten
Auf 100 000 Einwohner

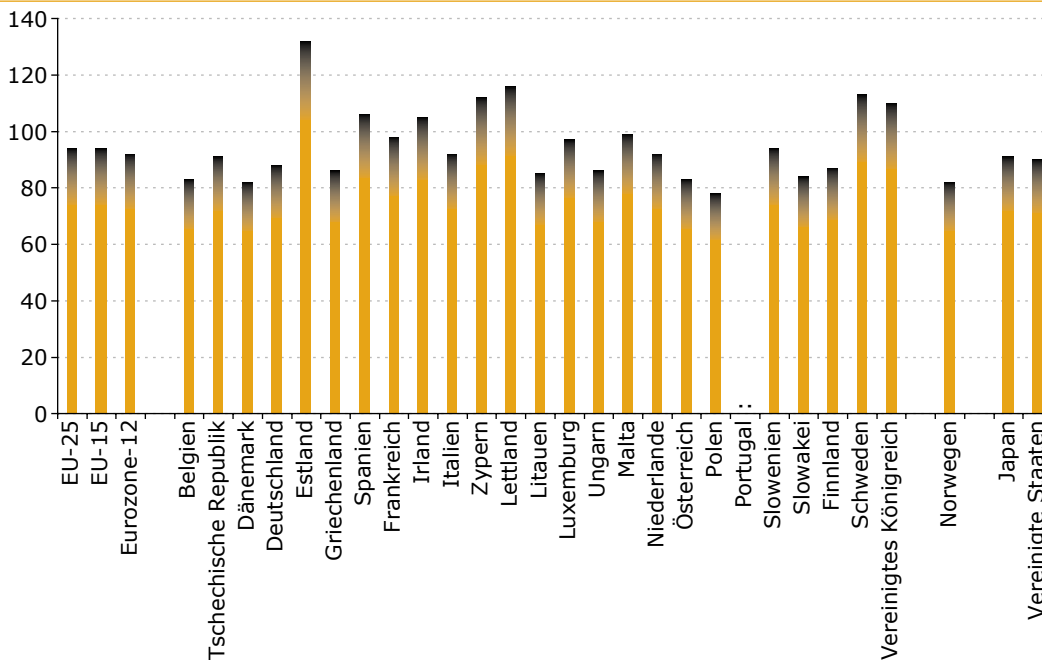


Betten für Patienten, die offiziell in einer stationären Versorgungseinrichtung oder einer Einrichtung, die auch stationäre Versorgung anbietet, aufgenommen wurden und dort mindestens eine Nacht verbringen. Stationäre Versorgung wird von Krankenhäusern, Krankenpflege- und Pflegeheimen sowie von anderen Einrichtungen geleistet, die aufgrund ihrer Hauptpflgetätigkeit zu den ambulanten Versorgungseinrichtungen gerechnet werden, aber als Nebentätigkeit auch stationäre Versorgung anbieten.



Ernsthafte Arbeitsunfälle im Jahr 2001

1998 = 100

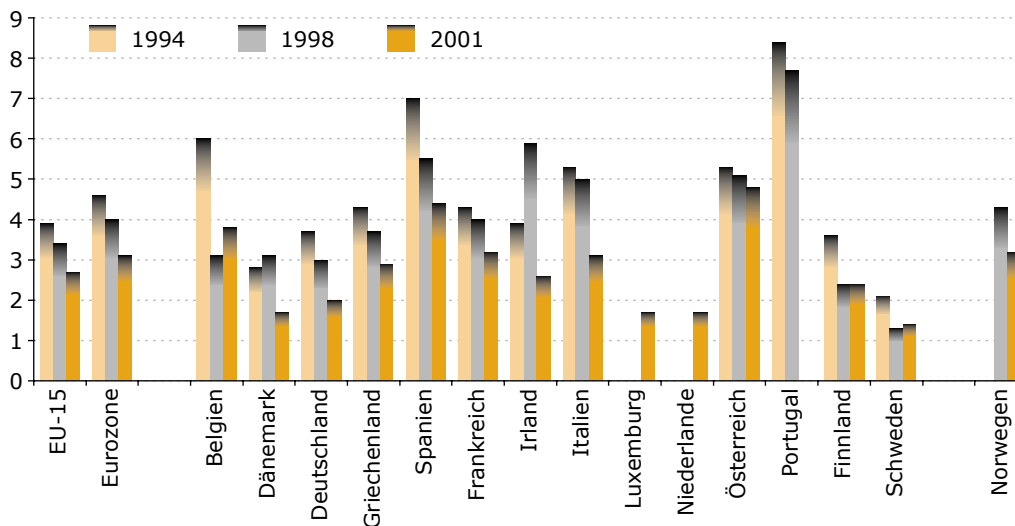


2001 EU-25, EU-15, Eurozone-12: vorläufige Werte.

Der Index zeigt die Entwicklung der Inzidenzrate von ernsten Arbeitsunfällen im Vergleich zu 1998 (= 100). Inzidenzrate = (Anzahl von Arbeitsunfällen mit über drei Tagen Abwesenheit, die jährlich vorkommen/Anzahl von beschäftigten Personen in der Referenzbevölkerung) x 100 000. Ein Arbeitsunfall ist definiert als ein während der Arbeit eintretendes deutlich abzugrenztes Ereignis, das zu einem physischen oder psychischen Schaden führt. Dies schließt Unfälle im Arbeitsablauf außerhalb des Betriebsgeländes sowie Fälle akuter Vergiftung und bewusste Handlungen Dritter ein, nicht jedoch Unfälle auf dem Weg zur und von der Arbeit, Unfälle mit rein medizinischer Ursache und Berufskrankheiten.

Tödliche Arbeitsunfälle: Inzidenzrate

Pro 100 000 Beschäftigte



2001 EU-15, Eurozone: geschätzte Werte.

Inzidenzrate = (Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle im Jahr/Zahl der Beschäftigten in der Referenzpopulation) x 100 000. Ein tödlicher Arbeitsunfall ist als ein während der Arbeit eintretendes, deutlich abgrenzbares Ereignis definiert, das zu einem physischen oder psychischen Schaden und innerhalb eines Jahres nach dem Unfall zum Tod führt. Ausgenommen sind Unfälle auf dem Weg zur und von der Arbeit, Unfälle mit rein medizinischer Ursache und Berufskrankheiten. Um Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Verteilung der Arbeitskräfte auszugleichen, erfolgt eine Standardisierung der Inzidenzrate, indem jedem Wirtschaftszweig auf nationaler Ebene das gleiche Gewicht gegeben wird wie auf der Ebene der Europäischen Union insgesamt.

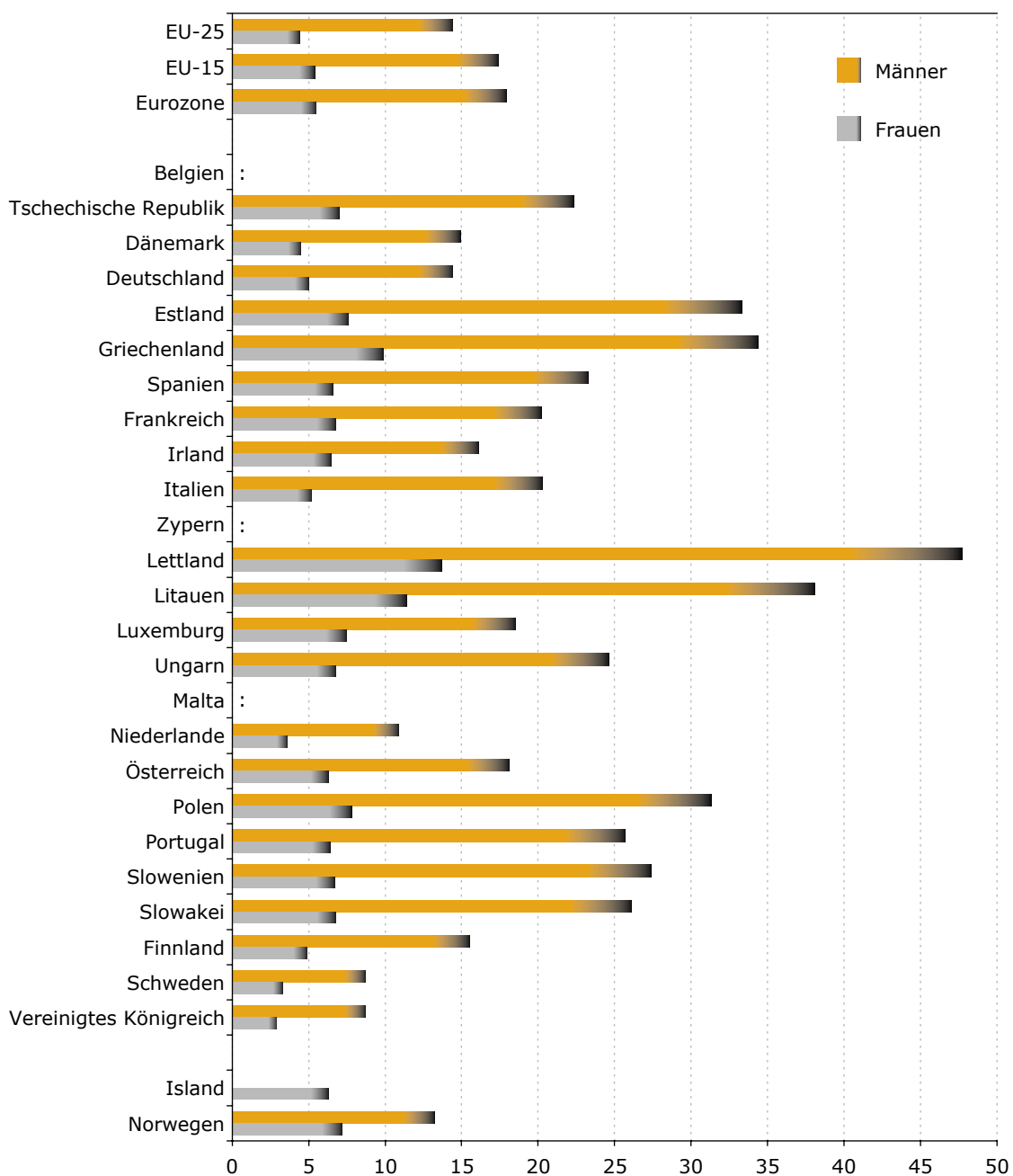


Von 1998 bis 2001 ist die Inzidenzrate schwerer Arbeitsunfälle in EU-25 um 6 % zurückgegangen, die Inzidenzrate tödlicher Arbeitsunfälle sogar um 20 %. Ein Arbeitsunfall ist ein während der Arbeit eintretendes Ereignis, das

zu einem physischen oder psychischen Schaden führt. Ausgenommen sind Unfälle auf dem Weg zur und von der Arbeit, Unfälle mit rein medizinischer Ursache und Berufskrankheiten.

Todesfälle durch Kraftfahrzeugunfälle im Jahr 1999

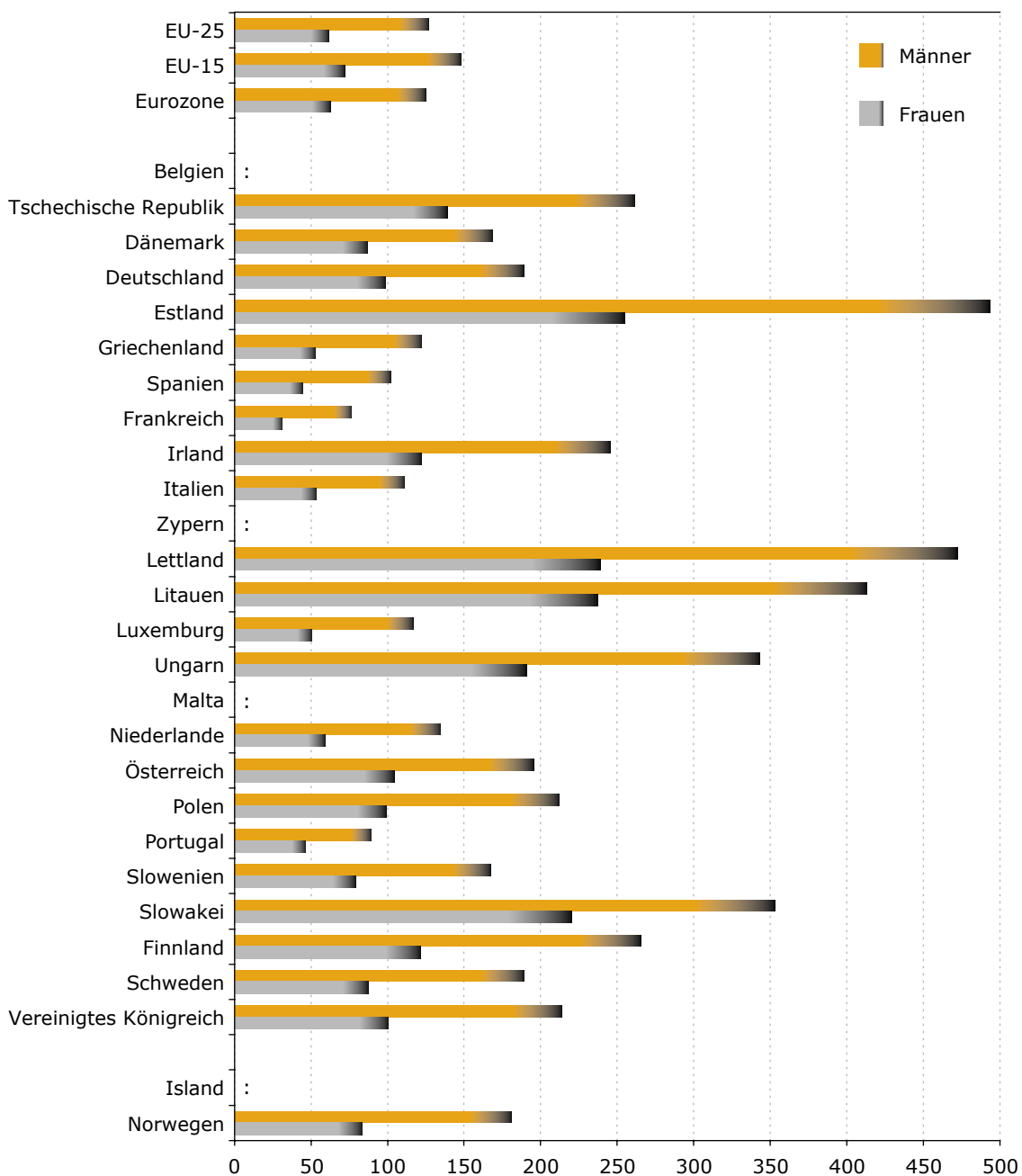
Pro 100 000 Personen





Tod durch ischämische Herzkrankheiten im Jahr 1999

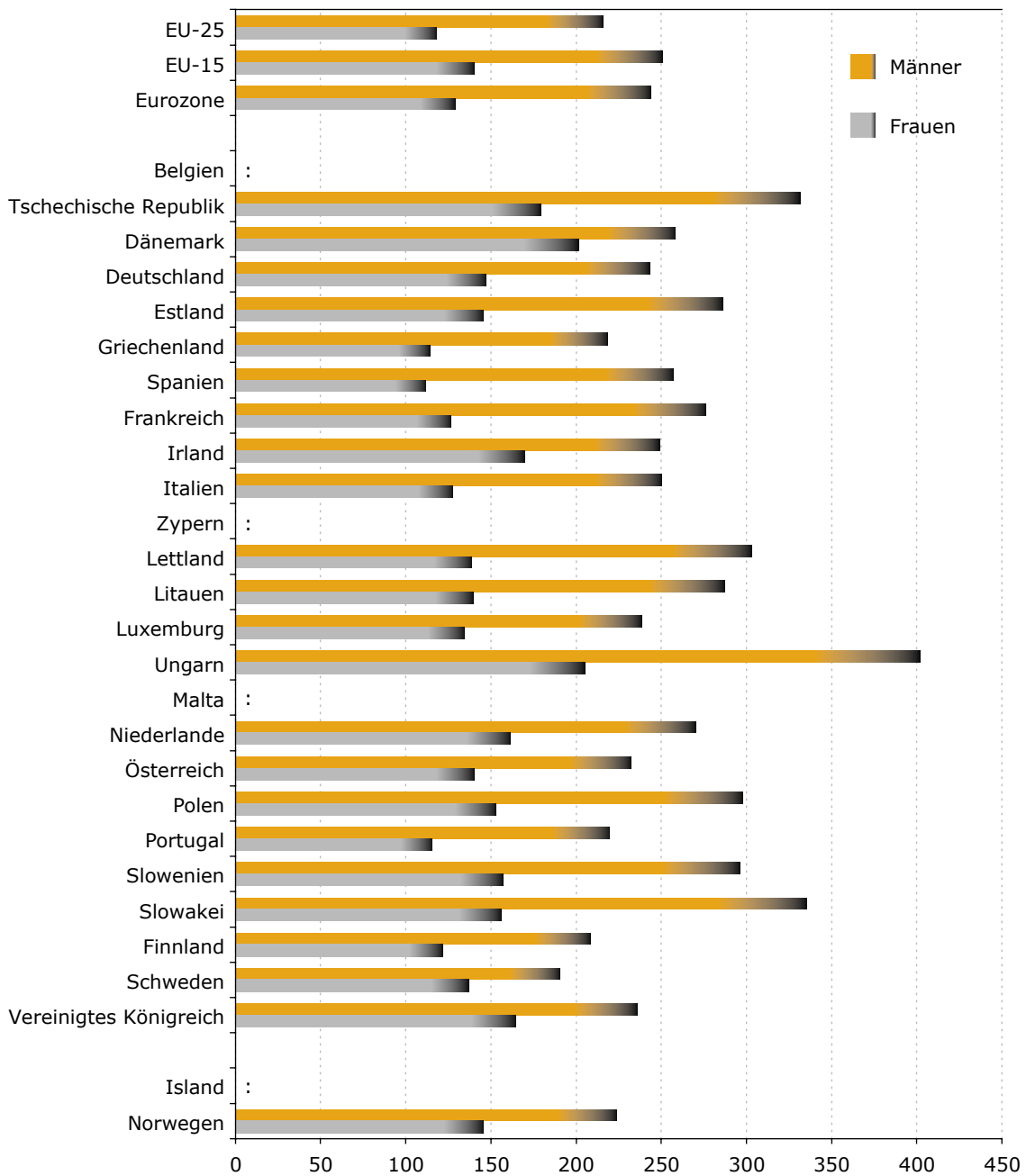
Pro 100 000 Personen



2



Tod durch Krebs im Jahr 1999
Pro 100 000 Personen



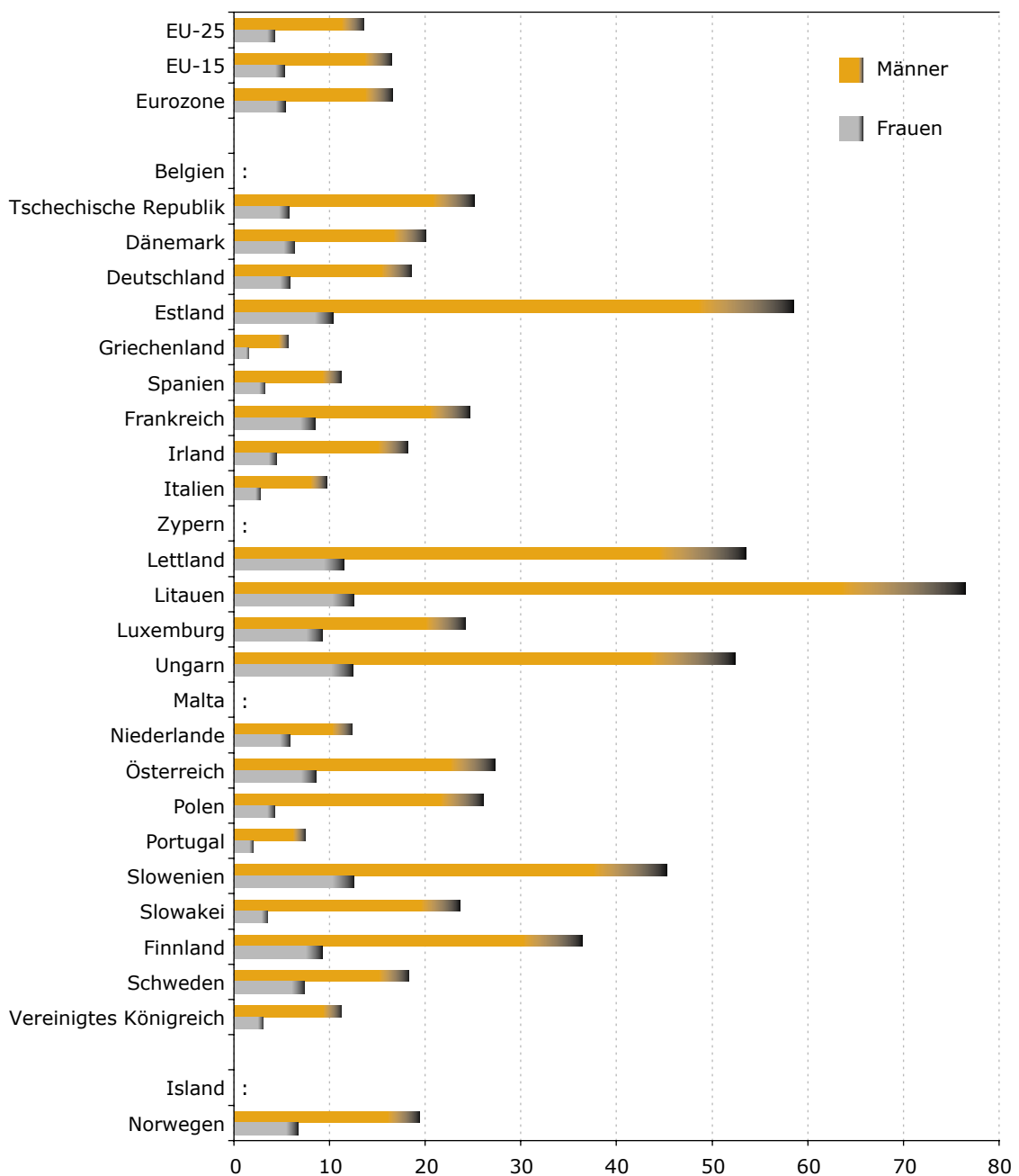
2

Ein Vergleich der Daten für 1994 und 1999 zeigt einen Rückgang der Zahl der Todesfälle durch Krebs, ischämische Herzkrankheiten, Selbstmord und Straßenverkehrsunfälle. Große Unterschiede gibt es zwischen den Sterbeziffern von Männern und Frauen. In den 25 Ländern, die die heutige EU bilden, war die Sterblichkeit durch Krebs bei Männern (1999: 216 je 100 000 Einwohner) höher als bei

Frauen (118). 1999 war die Sterblichkeit durch ischämische Herzkrankheiten bei Männern (127) mehr als doppelt so hoch wie bei Frauen (62). Bei den Todesfällen durch Selbstmord und Straßenverkehrsunfälle sind die Raten für Männer mehr als dreimal so hoch wie für Frauen (13,6 für Männer und 4,3 für Frauen bzw. 14,4 für Männer und 4,4 für Frauen).

Todesfälle durch Selbstmord im Jahr 1999

Pro 100 000 Personen



Die „Inzidenz“ gibt die Zahl der neuen Fälle einer Krankheit an, die in einer Population in einem bestimmten Zeitraum auftreten. Sie kann als die Zahl neuer Fälle einer Krankheit (oder Störung) pro 100 000 Einwohner in einem bestimmten Jahr ausgedrückt werden. Die Inzidenz von Tuberkulose ist 2001 in den meisten europäischen Ländern gegenüber 1990 zurückgegangen. Die

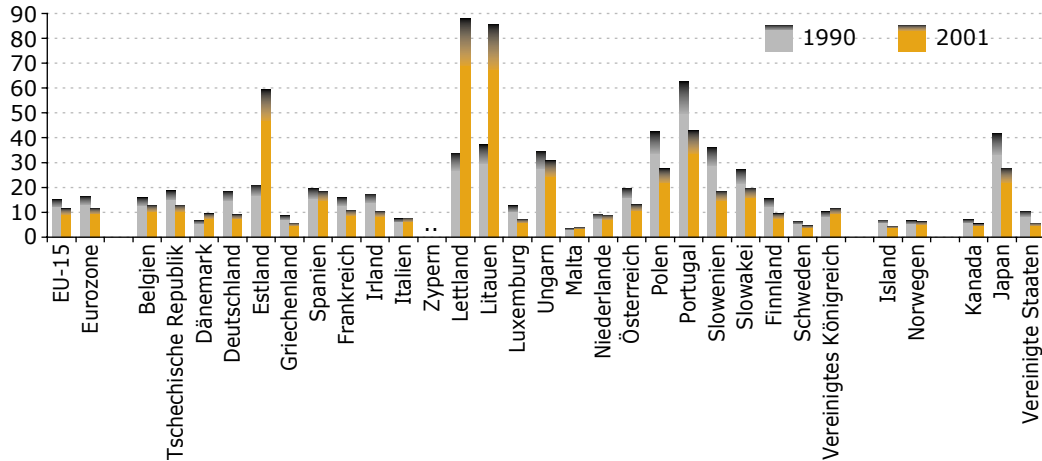
höchsten Raten der heutigen 25 EU-Länder wiesen die baltischen Länder auf: Lettland 88,0 je 100 000 Einwohner, Litauen 85,7 und Estland 59,4. Diese Werte sind mehr als doppelt so hoch wie 1990. Von den ehemaligen EU-15-Ländern verzeichnete lediglich Portugal 2001 einen hohen Wert (42,9). Der niedrigste Wert wurde in Malta gemessen (4,1).



Tuberkulose und Salmonellose sind übertragbare Krankheiten. Übertragbare Krankheiten oder Infektionskrankheiten verursachen innerhalb der Europäischen Union eine signifikante Morbidität oder Mortalität bzw. können diese verursachen. Daher kann der Informationsaustausch die Wirkung einer Frühwarnung angesichts einer Bedrohung der öffentlichen Ge-

sundheit haben. Sowohl Tuberkulose als auch Salmonellose sind Gegenstand der Entscheidung 2002/253/EG der Kommission vom 19. März 2002 zur Festlegung von Falldefinitionen für die Meldung an das Gemeinschaftsnetz. Daten über Tuberkulose werden über das EuroTB-Netz erfasst.

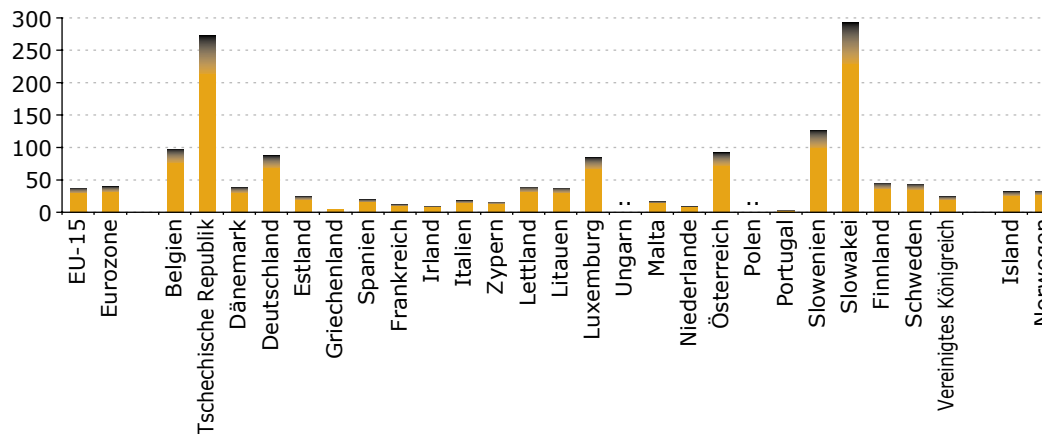
Fälle von Tuberkulose
Pro 100 000 Personen



Quelle: EuroTB, das hauptsächlich durch die Europäische Kommission (GD Gesundheit und Verbraucherschutz) finanziert und gemeinsam vom Französischen Institut zur Überwachung der Volksgesundheit (Institut de Veille Sanitaire, InVS) und der Königlichen Niederländischen Tuberkulosevereinigung (KNCV) verwaltet wird.

Krankheiten (wie Tuberkulose), die innerhalb der EU eine signifikante Morbidität oder Mortalität verursachen oder verursachen können und bei denen der Informationsaustausch als Frühwarnung vor einer Bedrohung der öffentlichen Gesundheit dienen kann, werden in den Mitgliedstaaten im Rahmen der Meldepflicht erfasst. Die Daten über Tuberkulose werden vom Netzwerk EuroTB registriert, das von der EU unterstützt wird.

Inzidenz der Salmonellose im Jahr 2002
Pro 100 000 Personen



Quelle: EU-Netz für die Überwachung übertragbarer Krankheiten.

Für Krankheiten (wie Salmonellose), die innerhalb der EU eine signifikante Morbidität und/oder Mortalität verursachen bzw. verursachen können und bei denen der Informationsaustausch eine frühzeitige Warnung vor Gefahren für die öffentliche Gesundheit ermöglicht, besteht in den Mitgliedstaaten eine gesetzliche Erfassungspflicht.

Ausbildung

Daten von Eurostat

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Bildungsstand der Bevölkerung
- Neuzugänge, Schüler- und Studierendenzahlen und Absolvenczzahlen nach Alter und Geschlecht
- Bildungsstufe und Art der Ausbildung
- Studienfächer
- Ausländische Studierende
- Fremdsprachenunterricht
- Beschäftigte im Bildungswesen
- Klassengrößen
- Ausgaben für Bildung
- Regionale Schüler- und Studierendenzahlen

Bildung als entscheidender Faktor

Allgemeine Bildung, berufliche Weiterbildung und lebenslanges Lernen spielen eine wichtige Rolle in der wirtschaftlichen und sozialen Gesamtstrategie für die Europäische Union. Die Zielsetzungen von Lissabon können nur durch effiziente Ressourcennutzung, qualitative Verbesserungen der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung und die Umsetzung einer kohärenten Strategie für das lebenslange Lernen auf nationaler Ebene erreicht werden.

Der Europäische Rat hat für die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung strategische Zielsetzungen festgelegt, die bis 2010 erreicht werden sollen. Um die Fortschritte auf diesem Weg zu messen, bedarf es einer großen Vielzahl an qualitativ hochwertigen und vergleichbaren statistischen Daten zu Bildungsstand, Teilnahme an Bildungs- und Fortbildungsmaßnahmen, Absolventen, Lehrpersonen, Fremdsprachenunterricht, Mobilität und Investitionen.

Die Daten des Europäischen Statistisches Systems zur allgemeinen und beruflichen Bildung dienen als Grundlage zur Erstellung von Indikatoren, mit denen die Leistungen des Bildungssektors in der Union und der Fort-

schritt auf dem Weg zu einer wissensbasierten Wirtschaft und Gesellschaft im Rahmen des umfassenderen Konzepts „Lebenslanges Lernen“ gemessen werden können.

Die jüngere Generation ist höher qualifiziert

Ein Vergleich der gegenwärtigen Absolventen des Bildungssystems mit früheren Generationen ermöglicht es, die Entwicklung über einen langen Zeitraum von ca. 30 Jahren hinweg zu verfolgen.





2

Im Verlauf der letzten 30 Jahre haben sich die geschlechtsspezifischen Unterschiede beim höchsten erreichten Bildungsgrad in der gesamten Union verringert. In der jüngeren Generation haben die Frauen die Männer hier sogar leicht überholt.

Eine höhere Qualifikation verringert das Risiko der Arbeitslosigkeit ...

Allgemein lässt sich feststellen, dass höhere Bildungsabschlüsse die Wahrscheinlichkeit von Arbeitslosigkeit in allen Mitgliedstaaten verringern, wenn auch in unterschiedlichem Maße.

... und erhöht das Einkommen

Den statistischen Informationen zufolge haben Höherqualifizierte bessere Aussichten auf ein höheres Einkommen. Im Durchschnitt lag das Äquivalenzeinkommen einer Person mit einem Abschluss unterhalb der Sekundarstufe II bei 90 % des nationalen Medianwerts, während

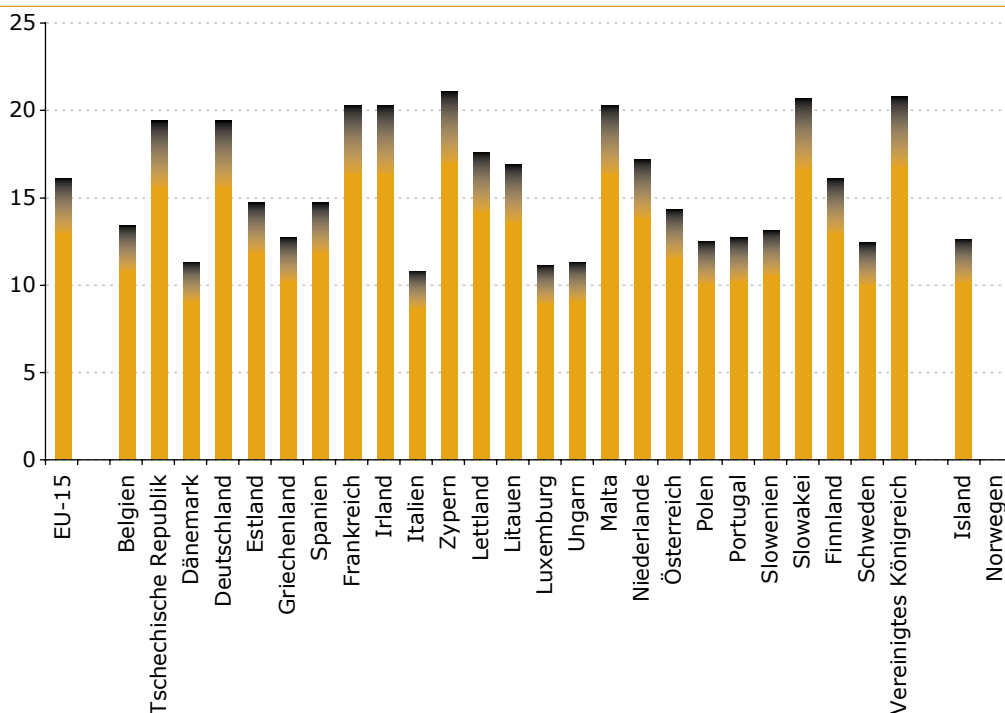
Personen mit einer Hochschulausbildung einen Wert von 147 % erzielten.

Politischer Hintergrund

„Die Gemeinschaft trägt zur Entwicklung einer qualitativ hochstehenden Bildung dadurch bei, dass sie die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten fördert und ihre Tätigkeit [...] erforderlichenfalls unterstützt und ergänzt.“
„Die Gemeinschaft führt eine Politik der beruflichen Bildung, welche die Maßnahmen der Mitgliedstaaten [...] unterstützt und ergänzt.“ (EG-Vertrag, Titel XI, Kapitel 3, Artikel 149 Absatz 1 und Artikel 150 Absatz 1.)

In ihrer Mitteilung über die Zukunft der Europäischen Beschäftigungsstrategie (EBS) hebt die Kommission die Bekämpfung von Schulversagen und Schulabbruch und die Anhebung des Bildungsniveaus als vorrangiges Ziel der neuen Strategie hervor. Die Schaffung der Voraussetzungen für den künftigen Zugang zum lebenslangen Lernen stellt für viele derzeitige und künftige Mitgliedstaaten nach wie vor eine bedeutende Herausforderung dar.

Verhältnis Schüler/Lehrer im Primarbereich im Jahr 2001



Die Schüler-Lehrer-Quote errechnet sich aus der Zahl der Schüler und Schülerinnen in Vollzeitäquivalenten, die durch die Zahl der Lehrkräfte in Vollzeitäquivalenten in der ISCED-Stufe 1 geteilt wird. Es werden ausschließlich unterrichtende Lehrer (einschließlich Sonderpädagogen) berücksichtigt. Die Schüler-Lehrer-Quote ist nicht mit der durchschnittlichen Klassenstärke identisch, denn Letztere berücksichtigt keine besonderen Umstände wie die geringe Größe der Gruppen von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, seltene/spezialisierte Fächer oder Unterschiede zwischen den erteilten Unterrichtsstunden und den vorgesehenen Unterrichtsstunden für die Schüler, wenn eine Lehrkraft beispielsweise Schichtunterricht erteilt.


Schüler und Studenten im Alter von bis zu 29 Jahren

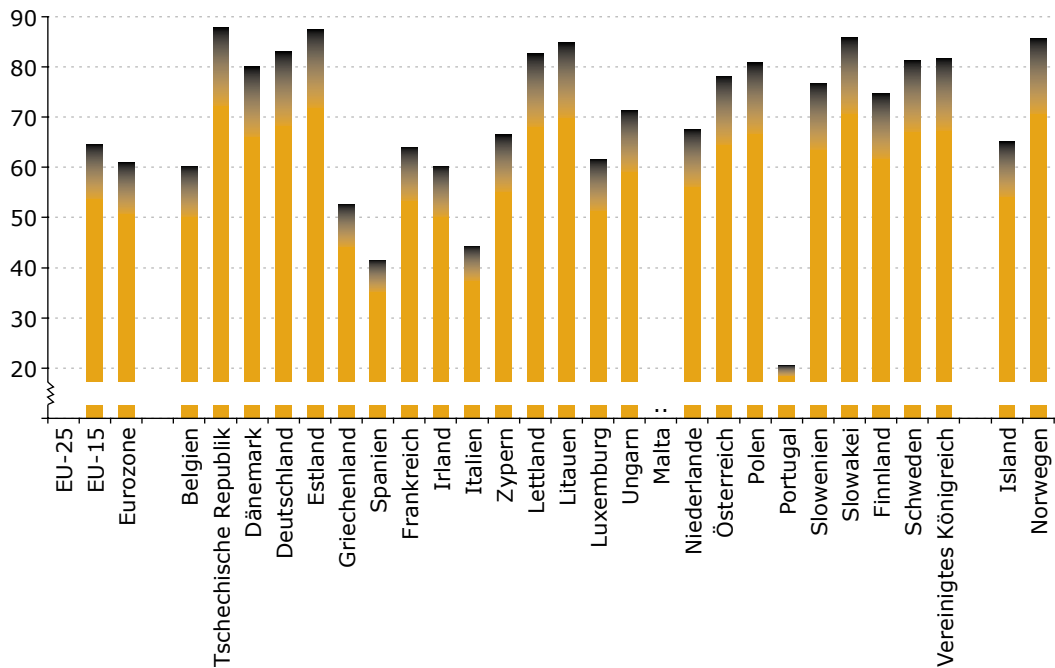
Ohne Elementarbereich; in 1 000

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
EU-25	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	81 215,3
EU-15	67 516	70 242	70 917	72 345	73 014	73 027	73 380	73 296	64 198,8	66 285	66 204,2	65 913,1
Eurozone	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Belgien	2 072	2 056	2 033	2 087	2 113	2 153	2 160	2 168	:	1 978,3	1 988,1	2 009,8
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	:	:	1 908,6	1 903,5	1 860	1 890,9	1 912,2
Dänemark	960	948	933	938	942	943	942	955	909,6	919,5	935,7	959,3
Deutschland	10 484	13 218	13 338	13 629	13 858	14 035	14 210	14 441	14 082,2(i)	14 074,4(i)	14 058,2(i)	14 026,3(i)
Estland	:	:	:	:	:	:	:	284,2	286,5	290,7	295,9	295,9
Griechenland	1 878	1 865	1 860	1 892	1 889	1 850	1 840	1 833	1 904	1 858,8	1 881,3	1 901,1
Spanien	8 860	8 830	8 773	8 813	8 778	8 637	8 509	8 239	7 748,4	7 555,1	7 467,8	7 328,4
Frankreich	11 711	11 800	11 911	11 998	12 145	12 148	12 137	12 131	11 923,5	11 862,9	11 784,3	11 699,6
Irland	870	875	886	892	897	893	885	886	978,1	962,3	957,2	954,3
Italien	9 798	9 632	9 553	9 467	9 572	9 099	9 300	9 306	8 851,9	8 776,3	8 687,4(ip)	8 627,6
Zypern	:	:	:	:	:	:	:	136	:(i)	138,0(i)	137,7(i)	139,3(i)
Lettland	:	:	:	:	:	:	:	453,8	464,4	472,2	478,3	484,4
Litauen	:	:	:	:	:	:	:	685,1	708,4	732,3	757	774,4
Luxemburg	49	49	49	:	:	54	57	60	:(i)	64,6(i)	66,0(i)	67,4(i)
Ungarn	:	:	:	:	:	:	:	1 809,2	1 803,8	1 832,6	1 847,5	1 854,1
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	:	76,9	76,6	76,7
Niederlande	3 529	3 550	3 534	3 539	3 241	3 201	3 179	3 116	2 997,7	3 027,4	3 046,8	3 078
Österreich	1 321	1 323	1 352	1 372	1 387	1 402	1 412	1 416	1 363,7	1 372,5	1 371,5	1 376,5
Polen	:	:	:	:	:	:	:	8 679	8 649,6	8 747,2	8 778,1	8 780,7
Portugal	1 974	1 970	2 024	2 099	2 145	2 166	2 134	2 085	2 002,3	1 950,7	1 950,4	1 921,4
Slowenien	:	:	:	:	:	:	:	375,8	366,6(i)	368,5(i)	373,8(i)	383,2(i)
Slowakei	:	:	:	:	:	:	:	1 129,7	:	:	:	1 099,8
Finnland	960	980	1 007	1 025	1 044	1 047	1 059	1 077	994,6	1 019,2	1 033,5	1 042,7
Schweden	1 361	1 359	1 377	1 623	1 656	1 698	1 753	1 814	1 677,3	1 736,9	1 753,8	1 764,1
Vereinigtes Königreich	11 688	11 786	12 289	12 931	13 298	13 700	13 802	13 232	11 561,7	12 168,1	12 229,3	12 214
Island	:	61	62	:	:	67	67	68	67,3	67,3	68,8	69,5
Liechtenstein	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	4	:
Norwegen	:	843	850	:	895	858	856	884	902,6	915,6	921,7	920,6
Kanada	6 422	6 563	6 681	7 434	7 519	6 666	6 717	6 670	6 530	8 511	:	:
Japan	23 833	:	:	:	22 842	22 408	22 346	:	:	:	:	15 928
Vereinigte Staaten	55 096	54 769	56 564	57 979	58 573	59 225	59 781	60 622	:	:	:	:

Diese Tabelle enthält die Gesamtzahl der Personen, die Einrichtungen des regulären Bildungssystems im jeweiligen Land besuchen. Sie bezieht sich auf alle Bildungsbereiche vom Primarbereich bis zum Postgraduiertenstudium. Diese Zahl entspricht der Zielbevölkerung der Bildungspolitik.

Bevölkerung mit Bildungsabschlüssen der Sekundarstufe II oder höher im Jahr 2002

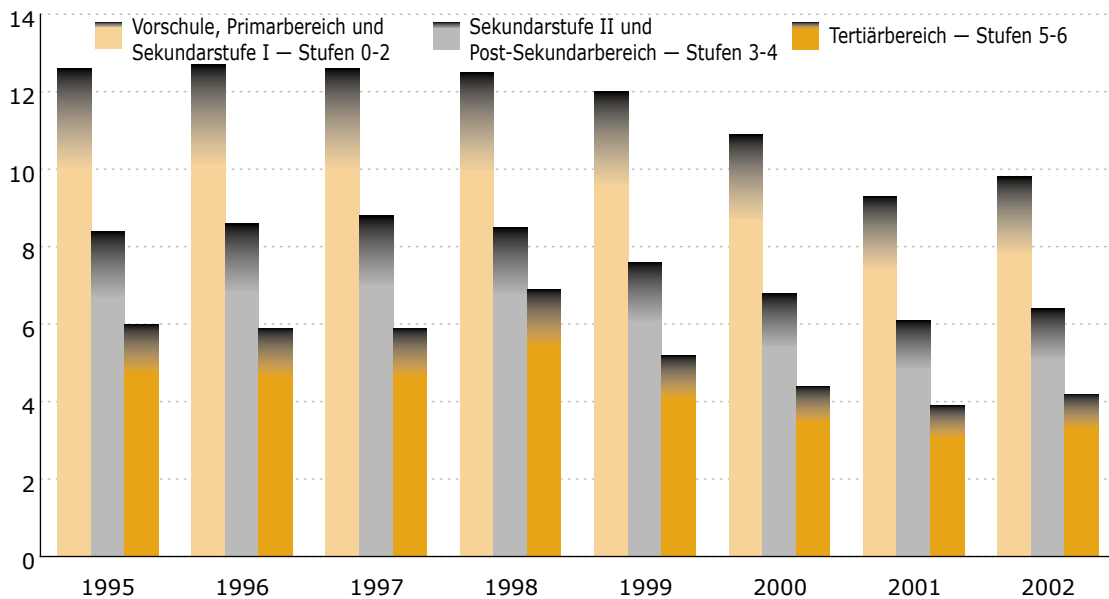
Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren; in %



Der Indikator stellt den Prozentsatz der Erwachsenenbevölkerung (25- bis 64-Jährige) mit Abschluss der Sekundarstufe II dar. Auf diese Weise soll der Bevölkerungsanteil der Personen gemessen werden, die über die notwendige Mindestqualifikationen verfügen, um aktiv am sozialen und wirtschaftlichen Leben teilzunehmen. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass die Sekundarstufe II in den einzelnen europäischen Ländern aufgrund der unterschiedlichen nationalen Bildungssysteme nach unterschiedlich langen Ausbildungszeiten abgeschlossen wird.

Arbeitslosenquoten in EU-15 nach Bildungsniveau (*)

Bevölkerung im Alter von 25 bis 59 Jahren; in %



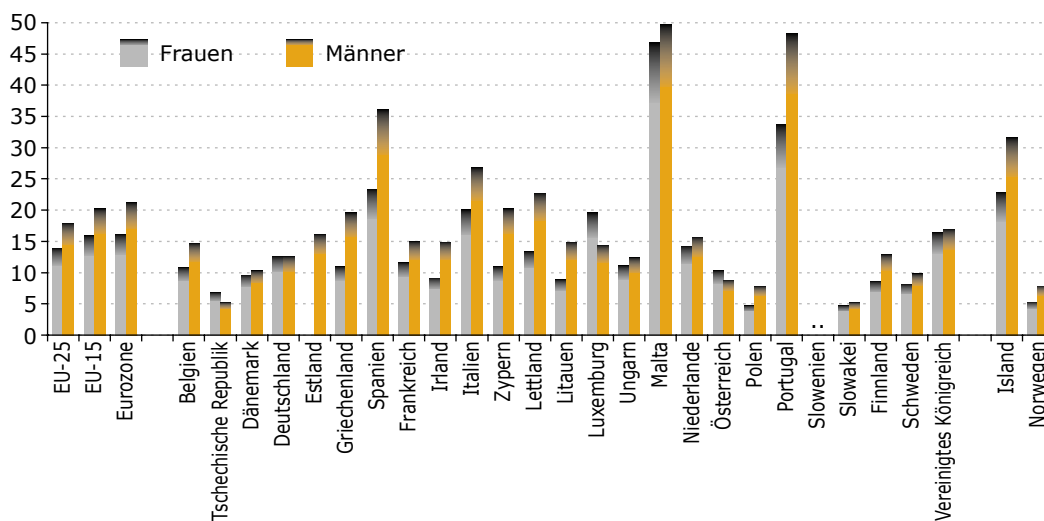
(*) Stufen nach ISCED 1997.

Die Indikatoren beziehen sich auf die Gruppe der 25- bis 59-Jährigen. Sie geben die nach Bildungsstand aufgeschlüsselte Wahrscheinlichkeit dafür an, dass eine arbeitswillige Person arbeitslos ist. Die Indikatoren liefern ein Maß für die Schwierigkeiten, mit denen Personen mit unterschiedlichen Bildungsabschlüssen auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert sind, und vermitteln eine Vorstellung davon, wie sich die Bildung auf die Reduzierung des Risikos der Arbeitslosigkeit auswirkt.



Frühe Schulabgänger im Alter von 18 bis 24 Jahren im Jahr 2003

In % der Gesamtbevölkerung der gleichen Altersgruppe



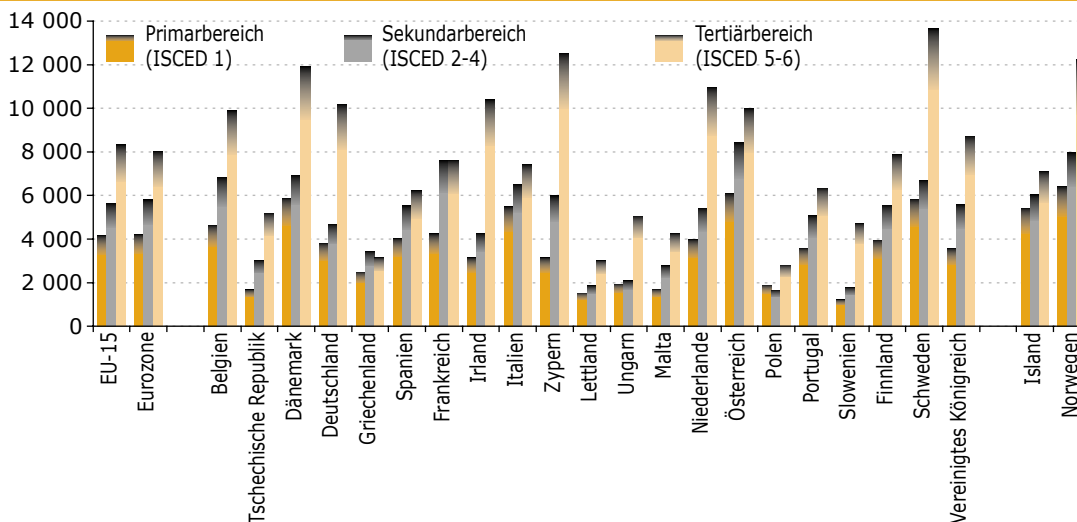
Deutschland, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Vereinigtes Königreich, Island: vorläufige Werte.

Im Alter von 17 bis 19 Jahren wird in den EU-Ländern in der Regel die Sekundarstufe II abgeschlossen. Eurostat erfasst den prozentualen Anteil junger Menschen knapp über diesem Alter, die keine (abgeschlossene) Ausbildung der Sekundarstufe II haben und gegenwärtig auch nicht an einer Ausbildungsmaßnahme teilnehmen. Hier wurden 2003 die niedrigsten Werte in der Slowakei (4,9 %), der Tschechischen Republik (6,0 %) und Polen (6,3 %) gemessen. Portugal (41,1 %) und Spanien

(29,8 %) belegen bei diesem Indikator die untersten Plätze. In den letzten zehn Jahren haben sich viele Länder verstärkt darum bemüht, die Jugendlichen mit einem Mindestniveau an allgemeiner und beruflicher Bildung auszustatten. In Luxemburg ging der Anteil der Schulabbrecher von 42,2 % (1992) auf 17,0 % (2003) und im Vereinigten Königreich von 34,7 % (1992) auf 16,7 % (2003) zurück, also in beiden Fällen um mehr als die Hälfte.

Jährliche Ausgaben für öffentliche Bildungseinrichtungen pro Schüler/Student im Jahr 2000

Nach Bildungsniveau; in KKS, auf der Grundlage von Vollzeitäquivalenten



EU-15, Eurozone-12, Malta: geschätzte Werte.

Die Ausgaben pro Schüler/Studierenden in öffentlichen Bildungseinrichtungen geben an, wie viel der Staat, die Länder, die Gemeinden, die privaten Haushalte, die Religionsgemeinschaften und die Unternehmen pro Schüler/Studierenden ausgeben. Eingeschlossen sind die Personalaufwendungen, der laufende Sachaufwand und die Investitionsausgaben.

Studenten

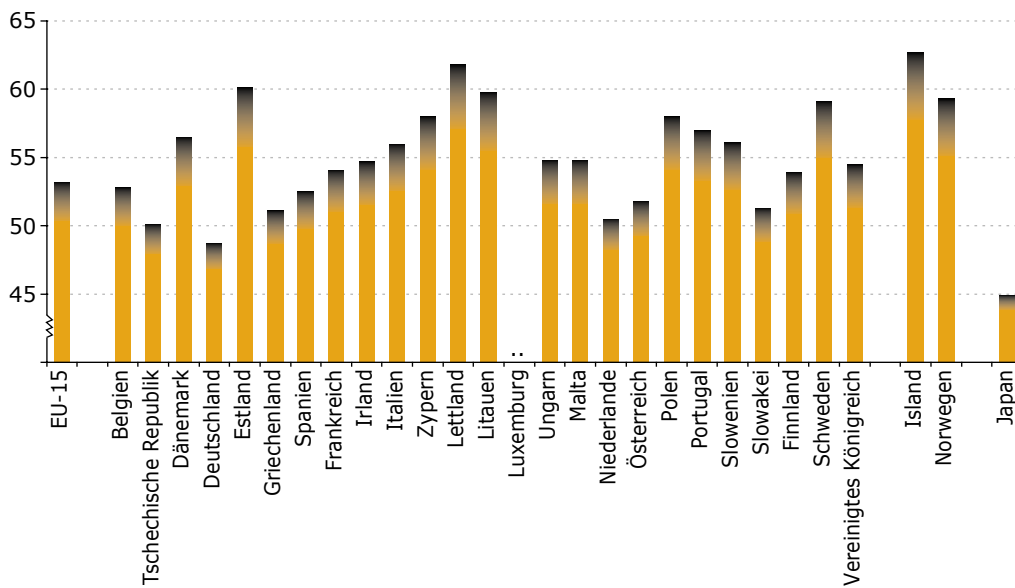
Tertiärbereich; in 1 000

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
EU-15	8 816	9 614	10 114	10 854	11 528	11 790	11 934	12 266	12 329(e)	12 438	12 563,3	12 820,3
Eurozone	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Belgien	271	276	286	307	322	353	358	361	356,5(e)	352	355,7	359,3
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	:	:	196(i)	215(i)	231(i)	253,7	260
Dänemark	135	143	150	164	170	170	167	180	183	190	189,2(i)	190,8
Deutschland	1 720	2 049(i)	2 034(i)	2 113(i)	2 148(i)	2 156(i)	2 144(i)	2 132(i)	2 097,7(i)	2 087(i)	2 054,8(i)	2 083,9(i)
Estland	:	:	:	:	:	:	:	39	43	49	53,6	57,8
Griechenland	194	195	200	299	314	296	329	363	374	388	422,3	478,2
Spanien	1 166	1 222	1 302	1 371	1 469	1 527	1 592	1 684	1 746	1 787	1 829	1 833,5
Frankreich	1 585	1 699	1 840	1 952	2 083	2 073	2 092	2 063	2 027	2 012	2 015,3	2 031,7
Irland	85	90	101	108	118	122	128	135	143	151	160,6	166,6
Italien	1 373	1 452	1 533	1 615	1 770	1 792	1 775	1 893	1 869	1 797	1 770	1 812,3
Zypern	:	:	:	:	:	:	:	10(i)	11(i)	11(i)	10,4(i)	11,9(i)
Lettland	:	:	:	:	:	:	:	62	70	82	91,2	102,8
Litauen	:	:	:	:	:	:	:	84	96	107	121,9	135,9
Luxemburg	1(i)	1(i)	1(i)	:	:	:	2(i)	2(i)	1,8(i)	2,7(i)	2,4(i)	2,5(i)
Ungarn	:	:	:	:	:	:	:	203	255	279	307,1	330,5
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	:	6	6,3	7,4
Niederlande	437	479	494	507	532	503	492	469	461	470	487,6	504
Österreich	200	206	217	221	227	234	239	241	248	253	261,2	264,7
Polen	:	:	:	:	:	:	:	:	1 191	1 399	1 579,6	1 775
Portugal	131	186	191	248	276	301	320	351	352	357	373,7	387,7
Slowenien	:	:	:	:	:	:	:	53	68	79	83,8	91,5(i)
Slowakei	:	:	:	:	:	:	:	102	113	123	135,9	143,9
Finnland	155	166	174	188	197	205	214	226	250	263	270,2	279,6
Schweden	185	193	207	223	234	246	261	275	281	335,1(i)	346,9(i)	358
Vereinigtes Königreich	1 178	1 258	1 385	1 528	1 664	1 813	1 821	1 891	1 938	1 994	2 024,1(i)	2 067,3
Island	:	5	6	:	:	7	7	8	8	9	9,7(i)	10,2
Liechtenstein	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	0,5	:
Norwegen	:	142	154	:	177	173	180	185	183	188	190,9	189,9
Kanada	1 822	1 898	1 943	2 633	2 662	1 784	1 763	1 717	1 179	1 193	:	:
Japan	2 683	:	:	:	3 841	3 918	3 945	:	3 964	3 941	:	3 972,5
Vereinigte Staaten	13 539	13 065	14 359	14 486	14 305	14 279	14 262	14 300	13 284	13 769	:	:

Diese Tabelle enthält die Gesamtzahl der Personen, die eine Einrichtung des Tertiärbereichs (Hochschule oder sonstige Einrichtung des Tertiärbereichs) im Rahmen des regulären Bildungssystems des betreffenden Landes besuchen. Sie bezieht sich auf die Zielbevölkerung der Bildungspolitik für den Tertiärbereich und liefert Angaben zur Zahl der Personen, die Zugang zur Tertiärbildung haben und voraussichtlich ihre Ausbildung abschließen, so dass sie zu einer Verbesserung des erreichten Bildungsstands der Bevölkerung im betreffenden Land beitragen, falls sie nach dem Ende der Ausbildung in diesem Land leben und arbeiten.



Anteil der weiblichen Studierenden im Tertiärbereich im Jahr 2001
 Naturwissenschaften, Mathematik, Informatik, Ingenieurwissenschaften,
 Fertigungstechnik und Bauwesen insgesamt; in %

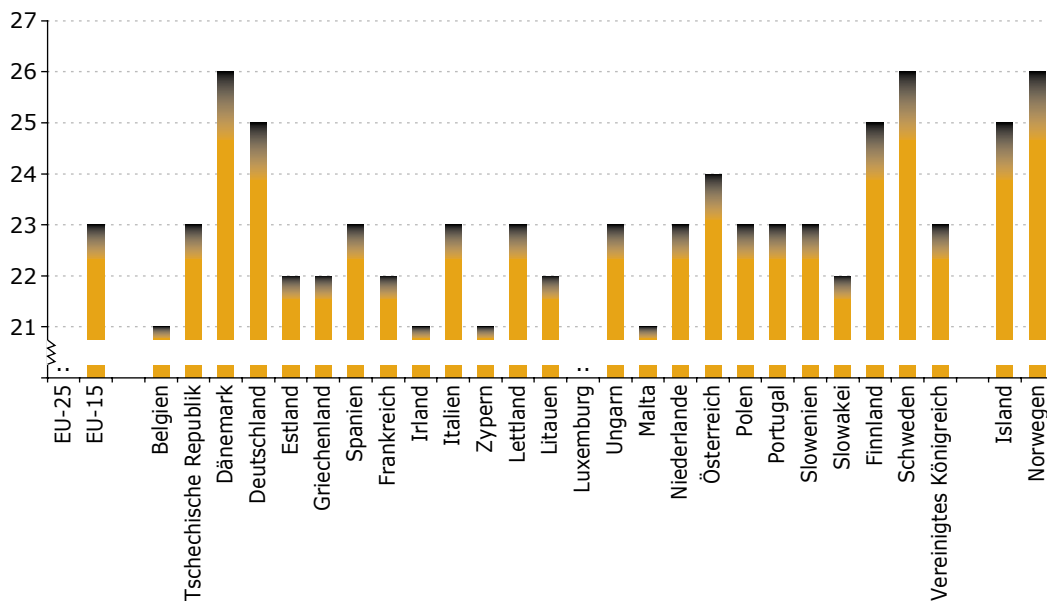


Der Indikator stellt den prozentualen Anteil der Frauen an den Studierenden im Tertiärbereich für alle Bildungsbereiche und an den Studierenden der Fachrichtung „Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik“ sowie der Fachrichtung „Ingenieurwesen, verarbeitende Industrie und Bauindustrie“ dar. Die verwendeten Bildungsstufen und Fachrichtungen beziehen sich auf die 1999er Ausgabe der Internationalen Standardklassifikation für das Bildungswesen (ISCED 97) und das Eurostat-Handbuch der Ausbildungsfelder (1999).

In fast der gesamten Europäischen Union studieren mehr Frauen als Männer an den Hochschulen. Eine Ausnahme bildet Deutschland, wo die männlichen Studenten gegenüber den weiblichen geringfügig in der Überzahl sind,

sowie die Niederlande und die Tschechische Republik, wo das Verhältnis ausgewogen ist. In Japan ist die Zahl der männlichen Studierenden deutlich höher als die der weiblichen.

Durchschnittsalter im Tertiärbereich im Jahr 2001
 Jahre



Das Medianalter einer gegebenen Population ist das Alter, das diese Gruppe in zwei gleich große Hälften teilt. Im vorliegenden Fall bedeutet dies, dass die eine Hälfte der Population, d. h. Personen in der Tertiärausbildung (ISCED 5 und 6), jünger und die andere Hälfte älter als das Medianalter ist.



Öffentliche Ausgaben für Bildung im Jahr 2001

In % des BIP



Griechenland	3,51	Japan	3,59	Luxemburg	3,84	Slowakei	4,03	Tschechische Republik	4,28	Irland	4,36	Spanien	4,42	Deutschland	4,53	Vereinigtes Königreich	4,54	Malta	4,73	Italien	4,98	Niederlande	4,99	Ungarn	5,15	Vereinigte Staaten	5,16	Polen	5,42	Zypern	5,69	Frankreich	5,77	Österreich	5,82	Portugal	5,89	Litauen	6,03	Belgien	6,12	Finnland	6,25	Lettland	6,39	Estland	6,83	Norwegen	7,07	Schweden	7,32	Dänemark	8,38
--------------	------	-------	------	-----------	------	----------	------	-----------------------	------	--------	------	---------	------	-------------	------	------------------------	------	-------	------	---------	------	-------------	------	--------	------	--------------------	------	-------	------	--------	------	------------	------	------------	------	----------	------	---------	------	---------	------	----------	------	----------	------	---------	------	----------	------	----------	------	----------	------

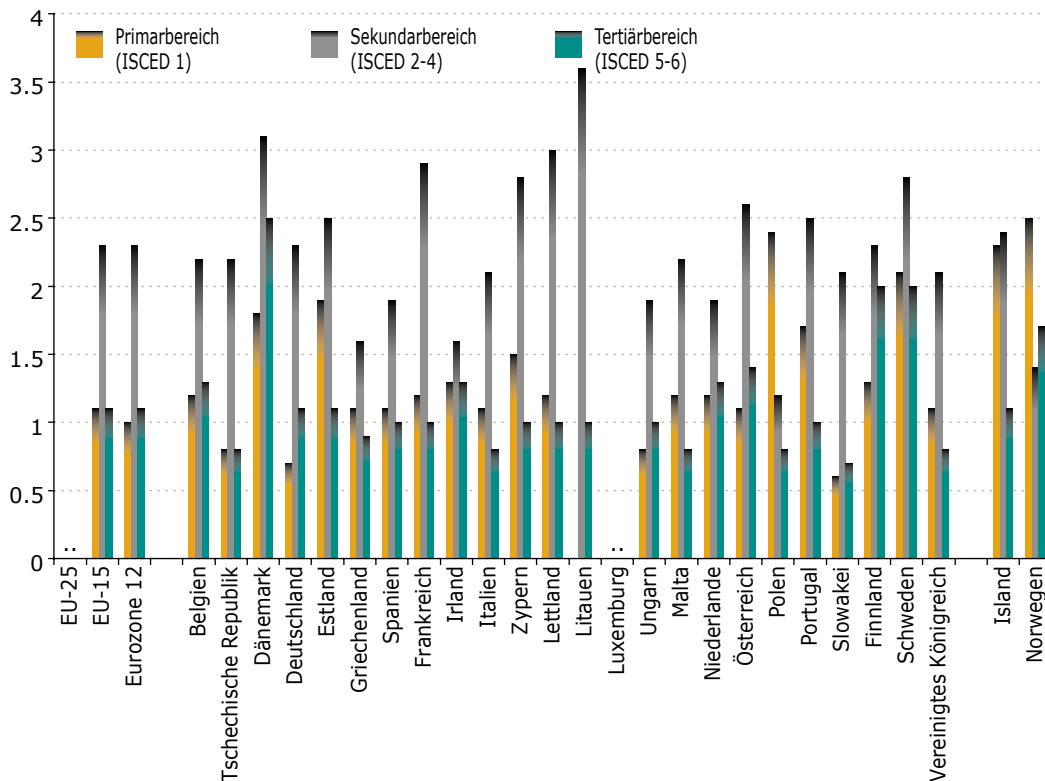
2

Vorläufige Werte. Dänemark, Deutschland, Italien: 2000.

Üblicherweise finanziert die öffentliche Hand das Bildungswesen – entweder durch direkte Übernahme der laufenden Ausgaben und der Investitionsausgaben der Bildungseinrichtungen (direkte Ausgaben für Bildungseinrichtungen) oder durch Unterstützung von Studierenden und deren Familien mittels Stipendien und staatlichen Darlehen sowie durch den Transfer von staatlichen Beihilfen für die Erbringung von Bildungsleistungen an private Unternehmen oder Organisationen ohne Erwerbscharakter (Transfers an private Haushalte und Unternehmen). Beide Arten von Transaktionen zusammengenommen sind als öffentliche Bildungsausgaben ausgewiesen.

Gesamte öffentliche Ausgaben für Bildung im Jahr 2000

Nach Bildungsniveau; in % des BIP



Quelle: Datenerfassung durch Unesco/OECD/Eurostat. EU-15, Eurozone-12: geschätzte Werte.

Üblicherweise finanziert die öffentliche Hand das Bildungswesen durch die direkte Übernahme der laufenden Ausgaben und der Investitionsausgaben der Bildungseinrichtungen (direkte Ausgaben für Bildungseinrichtungen) oder durch Unterstützung der Studierenden und ihrer Familien mittels Stipendien und staatlicher Darlehen sowie durch den Transfer staatlicher Beihilfen für die Erbringung von Bildungsleistungen an private Unternehmen oder Organisationen ohne Erwerbscharakter (Transfers an private Haushalte und Unternehmen). Beide Arten von Transaktionen zusammengenommen werden als öffentliche Gesamtausgaben für Bildung ausgewiesen.

Lebenslanges Lernen

Daten von Eurostat

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Berufliche Bildungspolitik und Organisation der beruflichen Weiterbildung
- Weiterbildungskurse und „sonstige“ Formen der Weiterbildung
- Weiterbildende und nicht weiterbildende Unternehmen
- Teilnahme an Weiterbildungskursen
- Arbeitszeitaufwand für die berufliche Weiterbildung
- Kosten und Finanzierung von Weiterbildungskursen
- Sachgebiete und Anbieter von Weiterbildungskursen
- Evaluation der beruflichen Weiterbildung
- Einführung neuer Technologien und Weiterbildungsmaßnahmen

Entwicklung des Humankapitals

Indikatoren über Investitionen in Humankapital erlangen eine wachsende Bedeutung, denn sie geben Aufschluss über die persönlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Bemühungen, die Qualifikationen der Belegschaft auf dem neuesten Stand zu halten. Die Weiterentwicklung von Fähigkeiten und Fertigkeiten im Rahmen einer kontinuierlichen beruflichen Weiterbildung ist ein wesentlicher Bestandteil des lebenslangen Lernens und reflektiert gleichzeitig die Bedeutung, die die Unternehmen der Qualifikation ihrer Mitarbeiter beimessen.

Politischer Hintergrund

„Die Tätigkeit der Gemeinschaft hat folgende Ziele: [...] Erleichterung der Aufnahme einer beruflichen Bildung [...], Förderung der Zusammenarbeit in Fragen der beruflichen Bildung zwischen Unterrichtsanstalten und Unternehmen“ (EG Vertrag, Titel XI, Kapitel 3, Artikel 150 Absatz 2).

In Absatz 1.1 ihrer Mitteilung vom November 2001 mit dem Titel „Einen europäischen Raum des lebenslangen Lernens schaffen“ stellt die Kommission fest: „Der Europäische Rat von Lissa-

bon bekräftigte die Rolle des lebenslangen Lernens als Kernelement des europäischen Gesellschaftsmodells.“ Lernen beschränkt sich nicht mehr nur auf den Bereich der allgemeinen Bildung, sondern gilt auch in den Bereichen Beschäftigung und soziale Sicherheit sowie wirtschaftliche Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit als wesentlicher Faktor, und zwar über die gesamte Lebensdauer hinweg. Diese Einsicht ist Ausdruck der langfristigen Strategie des Gipfels von Lissabon zur Verbesserung der Be-





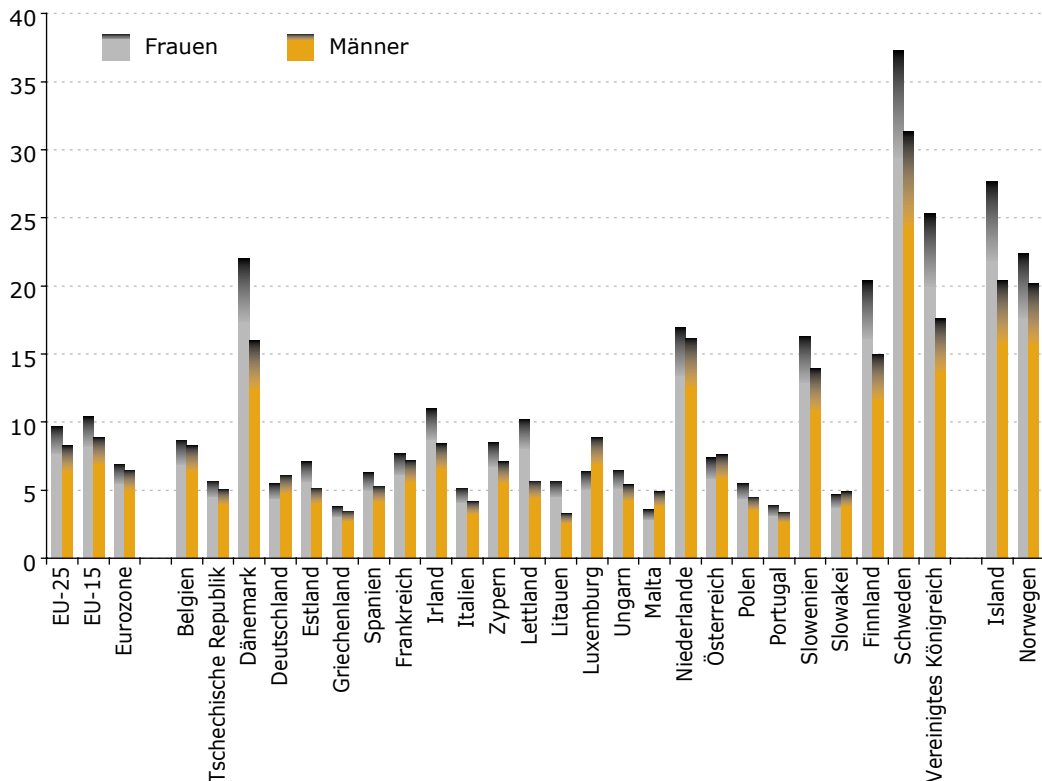
schäftigungslage und des sozialen Zusammenhalts in einer wissensbasierten Gesellschaft und Volkswirtschaft.

In der EntschlieÙung des Rates vom 24. Juni 2003 zum Sozial- und Humankapital wird die Bedeutung des Lernens und der Bildung am Arbeitsplatz für den Aufbau von Sozial- und Humankapital in der Wissensgesellschaft betont. Insbesondere wird hervorgehoben, „[...] wie wichtig es ist, dass alle Arbeitnehmer innerhalb ihrer jeweiligen Unternehmen und Organisationen umfassend [...] einbezogen und in geeigneter Weise [...] geschult werden, was zur Förderung des Wandels beitragen kann, und sich somit bewusst sind, dass dies Vorteile in Form verbesserter Wettbewerbsfähigkeit und Lebensqualität am Arbeitsplatz bringt.“ Ferner wird auf das Problem hingewiesen, „[...] dass gut ausgebildete und geschulte Menschen einen besseren Zugang zu Bildungsmöglichkeiten haben und diesen tatsächlich auch besser nutzen als weniger gut ausgebildete und geschulte Menschen, die davon am meisten profitieren würden, wie z. B. Frauen und ältere Arbeitnehmer [...]“.

Die neue Europäische Beschäftigungsstrategie vom 22. Juli 2003 wurde überarbeitet, um den Erfordernissen einer erweiterten Europäischen Union besser gerecht zu werden, auf die Herausforderungen an einen modernen Arbeitsmarkt besser zu reagieren und die Strategie von Lissabon besser umzusetzen. In zwei spezifischen Leitlinien trägt die Europäische Beschäftigungsstrategie der Notwendigkeit Rechnung, das Qualifikationsniveau durch lebenslanges Lernen zu steigern. So werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, Arbeitskräftemangel und Qualifikationsengpässen entgegenzuwirken. Ferner werden sie aufgefordert, umfassende Strategien des lebenslangen Lernens umzusetzen, um allen Arbeitskräften die heute im Erwerbsleben erforderlichen Qualifikationen zu vermitteln und das Ungleichgewicht zwischen Qualifikationsangebot und Qualifikationsnachfrage auf dem Arbeitsmarkt abzubauen. In den Leitlinien werden Maßnahmen vorgeschlagen, die auf eine Erhöhung der Investitionen in Humanressourcen abzielen, insbesondere durch eine beträchtliche Steigerung der Investitionen von Unternehmen in die Erwachsenenbildung.

Lebenslanges Lernen im Jahr 2003

Prozentualer Anteil der weiblichen/männlichen Erwachsenen (25 bis 64 Jahre), die an der Aus- und Weiterbildung teilnehmen



Deutschland, Luxemburg, Österreich, Island: vorläufige Werte.


Lebenslanges Lernen

Prozentualer Anteil der Erwachsenen (25 bis 64 Jahre), die an einer Aus- und Weiterbildung teilnehmen



	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
EU-25	:	:	:	:	:	:	:	:	:	7,9(e)	8	9,0(b)
EU-15	:	:	:	:	5,7(e)	5,8(e)	:	8,2(e)	8,5(e)	8,4(e)	8,5	9,7(b)
Eurozone	:	:	:	:	:	:	:	5,7(e)	5,7(e)	5,5(e)	5,5	6,7(b)
Belgien	2,3	2,7	2,7	2,8	2,9	3	4,4	6,9(b)	6,8	7,3	6,5	8,5
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	5,9	5,4
Dänemark	16,2	15,6	15,1	16,8	18	18,9	19,8	19,8	20,8	17,8	18,4	18,9(b)
Deutschland	:	:	:	:	5,7	5,4	5,3	5,5	5,2	5,2	5,8	5,8(p)
Estland	:	:	:	:	:	4,3	6,3	6,5	6	5,2	5,2	6,2
Griechenland	1,2	1,1	1	0,9	0,9	0,9	1	1,2	1,1	1,4	1,2	3,7(b)
Spanien	3,4	3,5	3,9	4,3	4,4	4,5	4,3	5,1	5,1	4,9	5	5,8
Frankreich	2,9	3	2,9	2,9	2,7	2,9	2,7	2,6	2,8	2,7	2,7	7,4(b)
Irland	3,4	3,5	3,9	4,3	4,8	5,2	:	:	:	:	7,7	9,7(b)
Italien	2,9	3,4(b)	3,7	4	4,4	4,9	4,8	5,5	5,5	5,1	4,6	4,7
Zypern	:	:	:	:	:	:	:	2,6	3,1	3,4	3,7	7,9(b)
Lettland	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	8,2	8,1
Litauen	:	:	:	:	:	:	:	4	2,8	3,6	3,3(b)	4,5
Luxemburg	2,9	2,6	3,3	2,9	2,9	2,8	5,1(b)	5,3	4,8	5,3	7,7	7,7(p)
Ungarn	:	:	:	:	:	2,9	3,3	2,9	3,1	3	3,2	6,0(b)
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	4,4	4,2
Niederlande	15,1	14,3	13,6	13,1	12,5	12,6	12,9	13,6	15,6	16,3	16,4	16,5
Österreich	:	:	:	7,7	7,9	7,8	:	9,1	8,3	8,2	7,5	7,5(p)
Polen	:	:	:	:	:	:	:	:	:	4,8	4,3	5
Portugal	3,6	3,2	3,5	3,3	3,4	3,5	3,0(b)	3,4	3,4	3,3	2,9	3,6
Slowenien	:	:	:	:	:	:	:	:	:	7,6	9,1	15,1(b)
Slowakei	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	9	4,8(b)
Finnland	:	:	:	:	16,3	15,8	16,1	17,6	19,6(b)	19,3	18,9	17,6(b)
Schweden	:	:	:	:	26,5	25	:	25,8	21,6	17,5(b)	18,4	34,2(b)
Vereinigtes Königreich	12,5	10,8	11,5	:	:	:	:	19,2	21,1	21,7	22,3	21,3
Island	:	:	:	14,1	15,7	16,5	19,3	20,2	23,5	23,5	24	24,0(p)
Norwegen	:	:	:	:	16,5	16,4	:	:	13,3	14,2	13,3	21,3(b)

Lebenslanges Lernen bezieht sich auf Personen im Alter zwischen 25 und 64 Jahren, die angegeben haben, sie hätten vier Wochen vor der Erhebung an einer Ausbildung bzw. einem Unterricht teilgenommen (Zähler). Der Nenner besteht aus der Gesamtbevölkerung derselben Altersklasse und schließt diejenigen aus, die auf die Frage „Teilnahme an Ausbildung bzw. Unterricht“ nicht geantwortet haben. Zähler und Nenner stammen beide aus der EU-Arbeitskräfteerhebung. Die Informationen beziehen sich lediglich auf Ausbildung und Unterricht insgesamt, unabhängig von der Relevanz der gegenwärtigen bzw. künftigen Beschäftigung der Befragten.

Alter ist kein Hindernis für den Bildungserwerb. Die nordischen Länder verzeichneten 2003 die höchsten Anteile von 25- bis 64-Jährigen, die an einer Aus- oder Weiterbildungsmaßnahme teilnahmen: In Schweden (34,2 %) waren dies mehr als drei Mal so viel wie im Durchschnitt

von EU-15. Es folgten das Vereinigte Königreich (21,3 %) und Dänemark (18,9 %). Gering ist der Anteil der Personen im Alter von 25 bis 64 Jahren, die eine Ausbildung absolvieren in Portugal (3,6 %), Griechenland (3,7 %), Malta (4,2 %), Litauen (4,5 %) und Italien (4,7 %).

Arbeit und Arbeitsmarkt

Daten von Eurostat

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Erwerbstätigkeit nach Hauptmerkmalen (Wirtschaftszweig, Beruf, Stellung im Beruf, Alter und Geschlecht)
- Geleistete Arbeitsstunden
- Vollzeit- und Teilzeitarbeit
- Befristete Arbeitsverhältnisse
- Zu sozial unverträglichen Stunden geleistete Arbeit
- Arbeitslosigkeit nach Hauptmerkmalen (Dauer, Merkmale der letzten Tätigkeit, Alter, Geschlecht, Bildungsgrad)
- Erwerbs- und Arbeitslosenquoten
- Arbeitsmarkt und Haushaltszusammensetzung

Arbeitsmarktstatistiken im Blickfeld der EU-Politik

Die Beschäftigung ist für die Europäische Union immer von hoher politischer Bedeutung. Arbeitsmarktstatistiken stehen daher im Blickfeld vieler Politikbereiche der EU.

In den Vertrag von Amsterdam (1997) wurde ein spezielles Kapitel zur Beschäftigung aufgenommen. Im November 1997 wurden auf der Sondertagung des Europäischen Rates in Luxemburg europäische Leitlinien für die Beschäftigungspolitik angenommen, die darauf abzielten, die Arbeitslosigkeit zu verringern, die Beschäftigungsquoten dauerhaft zu heben und die geschlechtsspezifischen Unterschiede abzubauen.

Auf dem Lissabonner Gipfel (Frühjahr 2000) wurden Vollbeschäftigung und bessere Arbeitsplätze auf die europäische Tagesordnung gesetzt. Für das Jahr 2010 wurden die folgenden Quoten als Zielvorgaben festgelegt:

- 70 % Gesamterwerbsquote;
- 60 % Frauenerwerbsquote.

Auf dem Gipfel von Stockholm (Frühjahr 2001) wurde zusätzlich eine Erwerbsquote für Menschen im Alter zwischen 55 und 64 Jahren festgelegt, die bis 2010 bei 50 % liegen soll. Außerdem wurde als Zwischenziel vereinbart, bis 2005 die Gesamter-

werbsquote auf 67 % und die Erwerbsquote der Frauen auf 57 % anzuheben.

Die Arbeitskräfteerhebung: ein unverzichtbares Instrument zur Beobachtung des Arbeitsmarkts

In diesem Zusammenhang spielt die Erhebung über Arbeitskräfte in der Europäischen Union eine ständig wachsende Rolle. Sie ist inzwischen ein von allen Seiten anerkanntes, unverzichtbares Instrument, um die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zu beobachten und die geeigneten



politischen Maßnahmen zu ergreifen. Die Arbeitskräfteerhebung stellt in diesen Bereichen die einzige Informationsquelle dar, die Daten liefert, die sich tatsächlich miteinander vergleichen lassen. Die Definitionen und Verfahren sind für alle Mitgliedstaaten harmonisiert. Die Arbeitskräfteerhebung ist die wichtigste Datenquelle für diesen Abschnitt.

Vergleichbare Daten über den europäischen Arbeitsmarkt

Ein Ziel der Arbeitskräfteerhebung ist die Erfassung der erwerbsfähigen Bevölkerung der Europäischen Union (Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren), die sich aus Erwerbstätigen, Erwerbslosen und Nichterwerbspersonen zusammensetzt.

Die Arbeitskräfteerhebung liefert umfassende Informationen über diese drei Personengruppen. Zur Beschreibung der Situation der Beschäftigten werden Daten über eine Reihe von Merkmalen erhoben, z. B. über Bildung, Wirtschaftszweig und Beruf sowie über Teilzeitarbeit, befristete/unbefristete Arbeitsverhältnisse und Stellensuche. Die Daten im Eurostat-Jahrbuch beziehen sich auf die Situation im Frühjahr.

Die umfangreichen Informationen aus der Arbeitskräfteerhebung sind Gegenstand zahlreicher Ausgaben der Reihe Statistik kurz gefasst. Die vollständige Liste der insgesamt über 100 Variablen zur Arbeitskräfteerhebung findet sich in der Publikation Labour force survey – Methods and Definitions, Ausgabe 2001.

Erwerbstätige

Jahresdurchschnitt; in 1 000

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
EU-25	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
EU-15	157 911	155 448	155 328	156 404	157 370	158 900	161 643	164 441	167 732	169 807	170 548	170 960
Eurozone	120 243	118 257	117 915	118 647	119 231	120 322	122 462	124 686	127 481	133 198	133 888	134 093
Belgien	3 853	3 828	3 812	3 839	3 851	3 886	3 957	4 011	4 088	4 149	4 136	4 115
Tschechische Republik	:	:	:	4 959	4 968	4 933	4 863	4 761	4 728	4 724	4 760	4 731
Dänemark	2 600	2 562	2 599	2 642	2 652	2 675	2 718	2 776	2 784	2 792	2 782	2 755
Deutschland	37 878	37 365	37 304	37 382	37 270	37 208	37 616	38 077	38 752	38 917	38 668	38 248
Estland	:	:	:	634	619	619	608	581	572	577	584	593
Griechenland	3 807	3 838	3 834	3 820	3 805	3 784	3 940	3 941	3 935	3 921	3 914	3 966
Spanien	13 772	13 381	13 318	13 572	13 745	14 147	14 698	15 209	15 744	16 107	16 343	16 646
Frankreich	22 742	22 449	22 483	22 682	22 767	22 867	23 215	23 680	24 308	24 720	24 888	24 934
Irland	1 155	1 170	1 220	1 274	1 324	1 408	1 522	1 617	1 692	1 741	1 765	1 797
Italien	22 920	22 348	22 017	21 993	22 130	22 215	22 448	22 698	23 128	23 581	24 008	24 286
Zypern	:	:	:	:	288	287	290	294	302	:	:	:
Lettland	1 294	1 205	1 083	1 046	1 018	1 037	1 043	1 038	1 038	:	:	:
Litauen	:	:	:	:	:	:	:	:	1 585	1 522	1 411	1 442
Luxemburg	201	204	209	214	220	226	237	248	262	277	286	292
Ungarn	:	:	:	3 623	3 605	3 611	3 675	3 792	3 829	3 845	3 856	3 969
Malta	:	:	:	:	:	:	132	131	134	138	137	:
Niederlande	6 986	6 986	7 036	7 143	7 308	7 544	7 742	7 946	8 124	8 274	8 349	8 316
Österreich	3 959	3 934	3 929	3 928	3 904	3 924	3 965	4 020	4 050	4 076	4 066	4 079
Polen	:	:	:	14 791	14 969	15 177	15 354	14 757	14 526	14 207	13 782	13 617
Portugal	4 602	4 545	4 570	4 567	4 629	4 744	4 868	4 928	5 029	5 098	5 107	5 064
Slowenien	:	:	:	:	:	:	:	:	900	905	899	898
Slowakei	:	:	:	2 107	2 156	2 129	2 120	2 063	2 025	2 037	2 016	2 061
Finnland	2 177	2 047	2 018	2 056	2 084	2 154	2 197	2 253	2 304	2 338	2 360	2 350
Schweden	:	4 077	4 041	4 103	4 069	4 015	4 078	4 163	4 264	4 345	4 352	4 341
Vereinigtes Königreich	26 933	26 714	26 940	27 191	27 614	28 104	28 446	28 876	29 267	29 472	29 526	29 771

Der Indikator „Erwerbstätige (Männer und Frauen)“ bezieht sich auf alle Personen, die gegen Bezahlung oder zur Erzielung eines Gewinns gearbeitet oder eine vorhandene Erwerbstätigkeit vorübergehend nicht ausgeübt haben. Dazu zählen auch mithelfende Familienangehörige.

Im Jahr 2002 gab es in den damaligen 15 EU-Mitgliedstaaten mehr als 170 Millionen Beschäftigte.

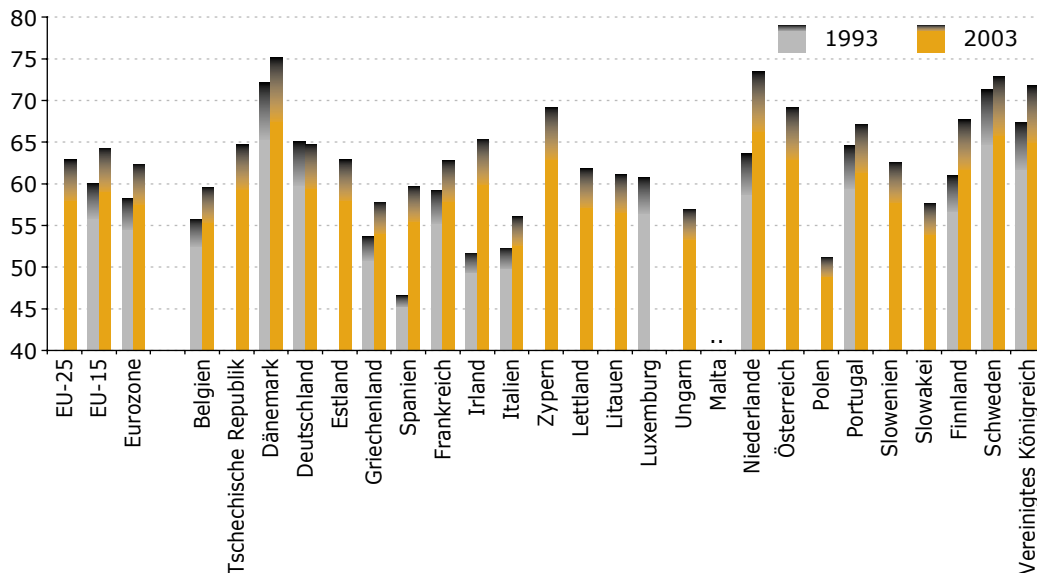


2003 belief sich die Beschäftigungsquote in den 25 heutigen EU-Ländern auf 62,9 %. Die Werte der einzelnen Länder lagen zwischen 51,2 % in

Polen und 75,1 % in Dänemark. Die Beschäftigungsquote der Frauen (55 %) war niedriger als die der Männer (71 %).

Beschäftigungsquote insgesamt

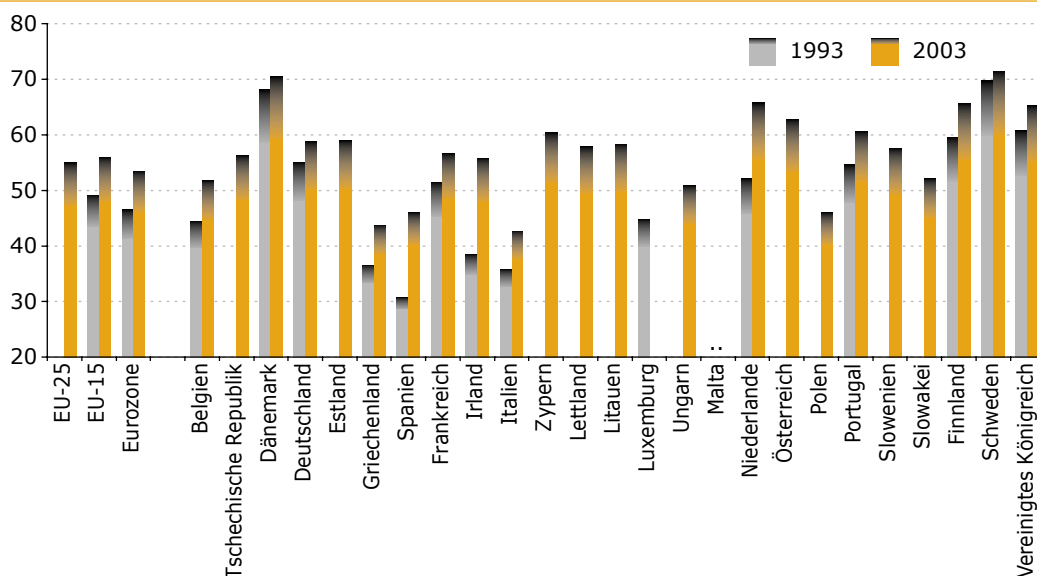
In %



Die Erwerbsquote ergibt sich aus dem Dividieren der Anzahl von erwerbstätigen Personen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren durch die Gesamtbevölkerung derselben Altersklasse. Der Indikator bezieht sich auf die EG-Arbeitskräfteerhebung. Sie deckt die in privaten Haushalten lebende Bevölkerung ab, schließt jedoch kollektive Haushalte wie Pensionen, Studentenwohnheime und Krankenhäuser aus. Die Erwerbsbevölkerung besteht aus Personen, die während der Referenzwoche irgendeine Tätigkeit gegen Entgelt oder Ertrag mindestens eine Stunde ausgeübt haben oder die nicht gearbeitet haben, weil sie vom Arbeitsplatz vorübergehend abwesend waren.

Beschäftigungsquote für Frauen

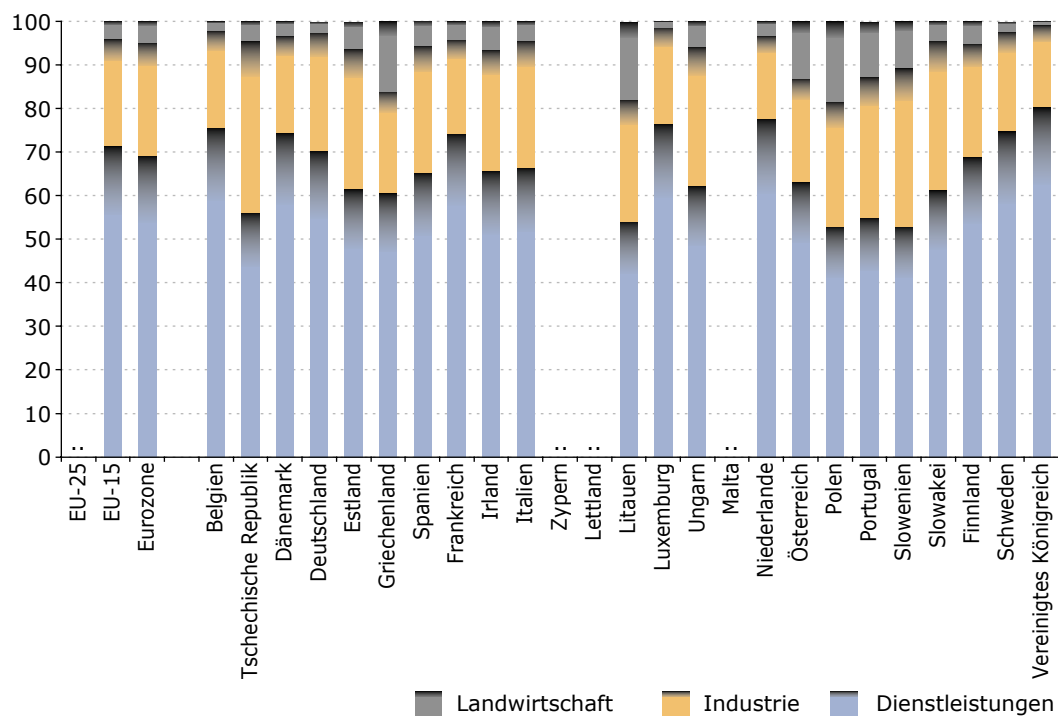
In %



Die weibliche Erwerbsquote ergibt sich aus dem Dividieren der Anzahl von erwerbstätigen Frauen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren durch die weibliche Gesamtbevölkerung derselben Altersklasse. Der Indikator bezieht sich auf die EG-Arbeitskräfteerhebung. Sie deckt die in privaten Haushalten lebende Bevölkerung ab, schließt jedoch kollektive Haushalte wie Pensionen, Studentenwohnheime und Krankenhäuser aus. Die Erwerbsbevölkerung besteht aus Personen, die während der Referenzwoche irgendeine Tätigkeit gegen Entgelt oder Ertrag mindestens eine Stunde ausgeübt haben oder die nicht gearbeitet haben, weil sie vom Arbeitsplatz vorübergehend abwesend waren.

Beschäftigung in den verschiedenen Wirtschaftssektoren im Jahr 2003

Anteil an der Gesamtbeschäftigung in %



Erwerbstätige nach Sektoren als Anteil an allen Erwerbstätigen. Erwerbstätige sind Personen, die gegen Bezahlung oder zur Erzielung eines Gewinns gearbeitet oder eine vorhandene Erwerbstätigkeit vorübergehend nicht ausgeübt haben. Dazu zählen auch mithelfende Familienangehörige.

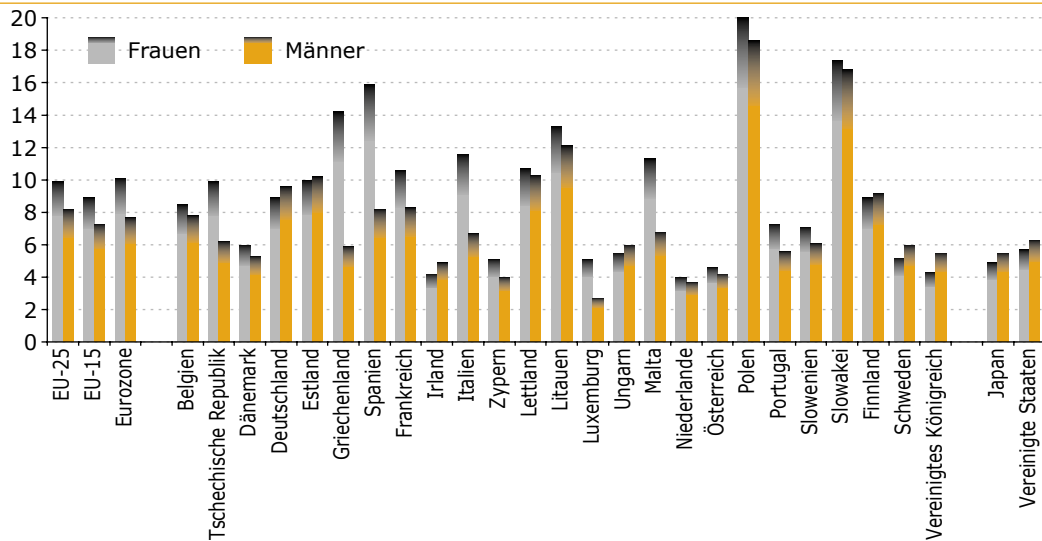
Erhebliche Unterschiede sind in der Beschäftigungsstruktur der EU-Länder festzustellen: 2003 lag die Beschäftigung in der Landwirtschaft über der 10%-Marke in Polen (18 %), Litauen (18 %), Griechenland (16 %), Österreich (13 %), Portugal (13 %) und Slowenien (11 %), während sie in vielen anderen Ländern nur etwa 5 % oder weniger betrug. Den höchsten Anteil von Beschäftigten im Dienstleistungssektor wiesen das Vereinigte Königreich (80 %), die Niederlande (78 %), Luxemburg (77 %) und Belgien (76 %) auf.





Arbeitslosenquote der Männer und Frauen im Jahr 2003

Prozentualer Anteil der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung



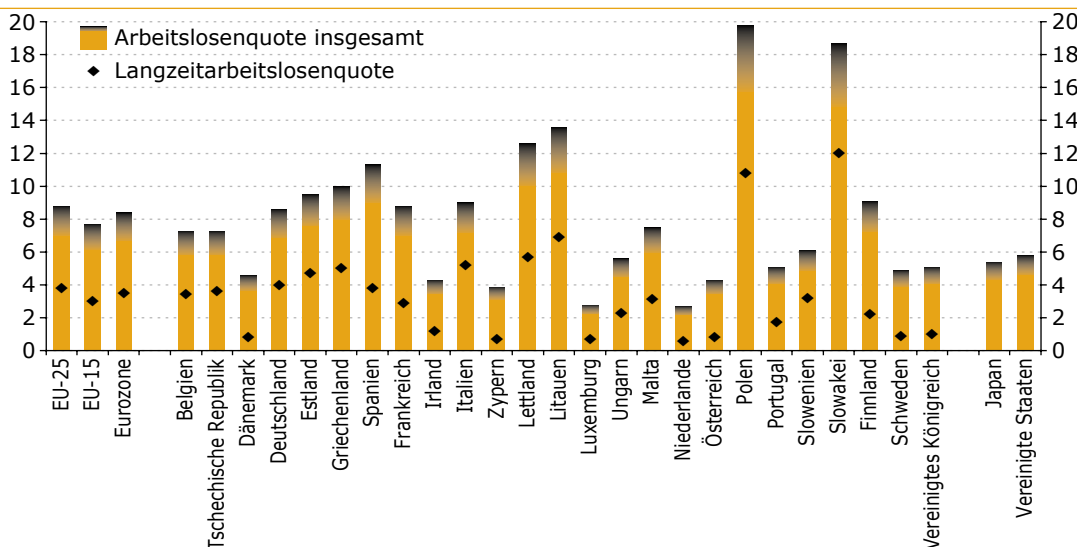
Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung. Die Erwerbsbevölkerung ist die Summe der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen. Zu den Arbeitslosen zählen alle Personen von 15 bis 74 Jahren, a) die während der Berichtswoche ohne Arbeit waren; b) die gegenwärtig für eine Beschäftigung verfügbar waren, d. h. Personen, die innerhalb der zwei auf die Berichtswoche folgenden Wochen für eine abhängige Beschäftigung oder eine selbständige Tätigkeit verfügbar waren; c) die aktiv auf Arbeitssuche waren, d. h. Personen, die innerhalb der letzten vier Wochen (einschließlich der Berichtswoche) spezifische Schritte unternommen haben, um eine abhängige Beschäftigung oder eine selbständige Tätigkeit zu finden oder die einen Arbeitsplatz gefunden haben, die Beschäftigung aber erst später, d. h. innerhalb eines Zeitraums von höchstens drei Monaten aufnehmen.

Die Arbeitslosigkeit ist in der Europäischen Union nach wie vor ein Problem: Im Jahr 2002 lag die Arbeitslosenquote in den 25 Ländern, die heute die Europäische Union bilden, bei 8,8 %. 3,9 % der Erwerbsbevölkerung waren

„Langzeitarbeitslose“, d. h. länger als ein Jahr ohne Arbeit. Die Arbeitslosenquote bei den Frauen (2003: 9,9 %) ist höher als bei den Männern (2003: 8,2 %).

Gesamt- und Langzeitarbeitslosigkeit im Jahr 2002

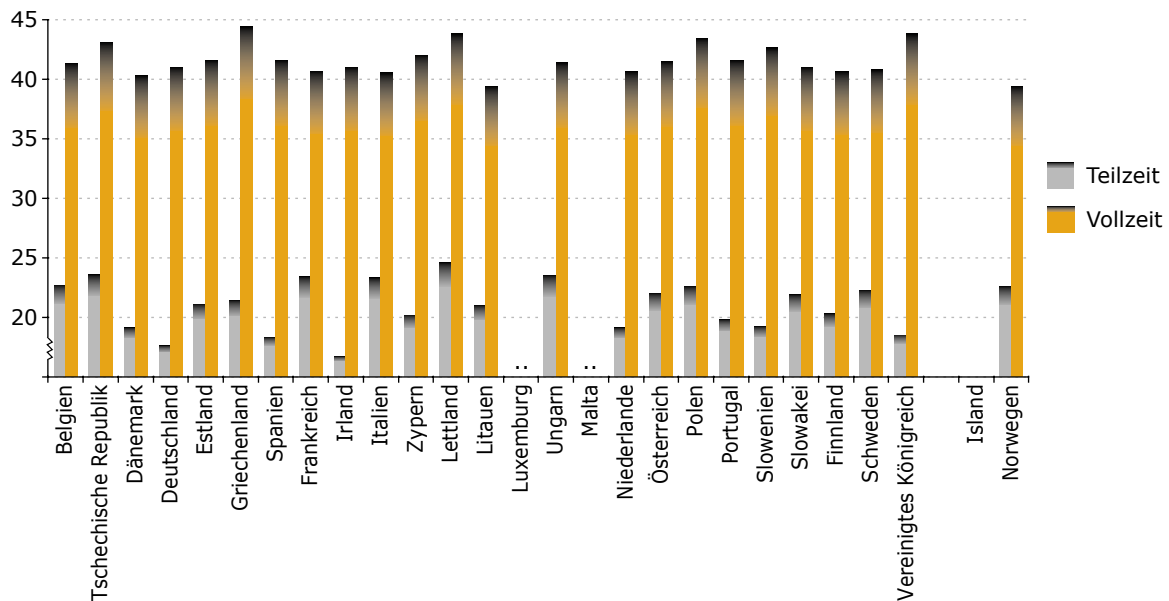
Prozentualer Anteil der (Langzeit-)Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung insgesamt



Langzeitarbeitslose Personen (zwölf Monate und mehr) sind mindestens 15 Jahre alt und leben nicht in kollektiven Haushalten; sie sind in den nächsten zwei Wochen weiter arbeitslos, sind imstande, eine neue Arbeit in den zwei nächsten Wochen anzutreten und suchen Arbeit (haben in den vorigen vier Wochen intensiv Arbeit gesucht oder suchen nicht mehr, weil sie bereits eine Arbeitsstelle, die sie später antreten werden, gefunden haben). Die gesamte Erwerbsbevölkerung ergibt sich aus der Gesamtzahl der beschäftigten und unbeschäftigten Bevölkerung. Die Arbeitslosigkeitsdauer ist definiert als der Zeitraum, in welchem Arbeit gesucht wird, oder als abgelaufene Periode seit der letzten Tätigkeit (wenn diese Periode kürzer ist als der Zeitraum, in welchem Arbeit gesucht wird).

Arbeitsstunden pro Woche im Jahr 2003

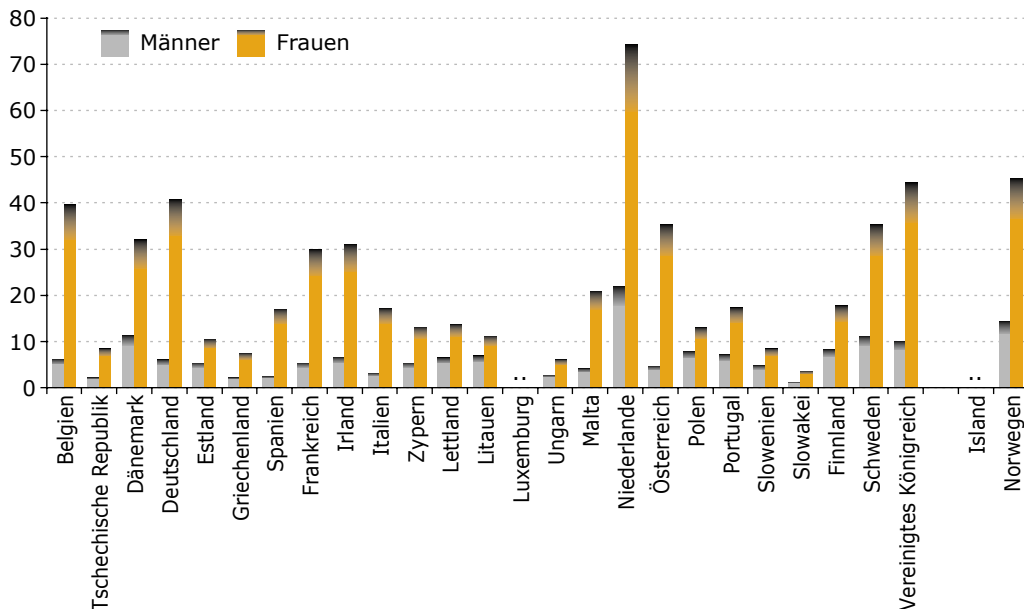
Frühjahr



Die durchschnittliche Zahl der Arbeitsstunden ist die Zahl der normalerweise geleisteten Arbeitsstunden. Dazu zählen alle Arbeitsstunden einschließlich der normalerweise geleisteten (bezahlten oder unbezahlten) Überstunden. Nicht eingeschlossen sind die Fahrzeiten zwischen Wohnung und Arbeitsplatz sowie die Haupt-Essenspausen (normalerweise zur Mittagszeit). Die Unterscheidung zwischen Vollzeit- und Teilzeittätigkeit wird anhand der spontanen Antworten der Befragten getroffen.

Teilzeitbeschäftigte im Jahr 2003

Anteil an der Gesamtbeschäftigung in %; Frühjahr



Erwerbstätige sind Personen, die während der Berichtswoche mindestens eine Stunde lang gegen Bezahlung oder zur Erzielung eines Gewinns gearbeitet oder eine vorhandene Erwerbstätigkeit vorübergehend nicht ausgeübt haben. Dazu zählen auch mithelfende Familienangehörige. Die Unterscheidung zwischen Vollzeit- und Teilzeittätigkeit wird anhand der spontanen Antworten der Befragten getroffen. Eine genauere Unterscheidung zwischen Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigung ist nicht möglich, weil die Arbeitszeiten je nach Mitgliedstaat und Wirtschaftszweig unterschiedlich sind.

Teilzeitbeschäftigung ist bei Frauen nach wie vor deutlich weiter verbreitet als bei Männern.

Daten zur Arbeitsmarktpolitik

Daten von Eurostat

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Arbeitsmarktpolitik – Gesamtausgaben
- Arbeitsmarktpolitik – Ausgaben nach Kategorie
- Arbeitsmarktpolitik – Ausgaben nach Empfänger der Transfers
- Detaillierte Arbeitsmarktausgaben nach Kategorie und Land
- Gesamtzahl der Teilnehmer (Bestände) an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nach Kategorie
- Gesamtzahl der Teilnehmer (Zugänge) an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nach Kategorie
- Detaillierte Angaben zu Teilnehmern an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nach Kategorie und Land

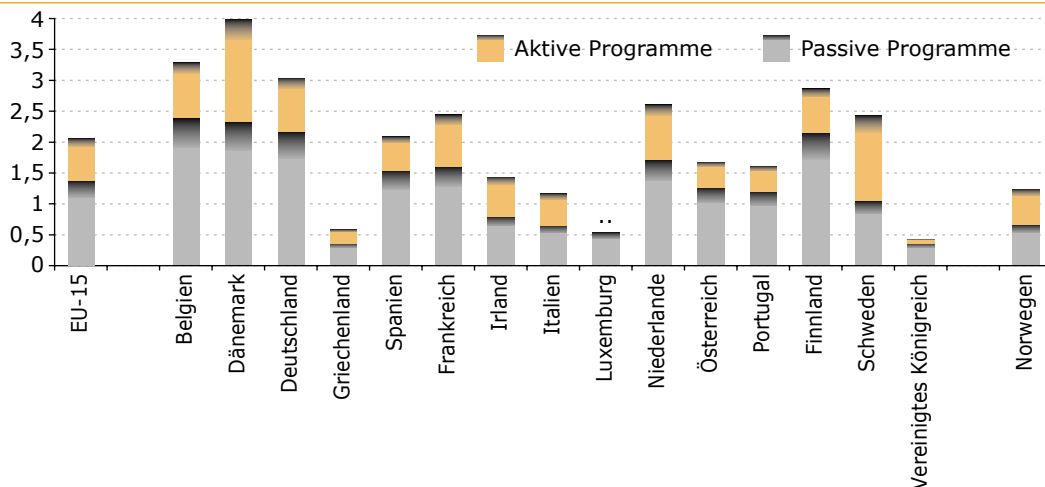
2

Arbeitsmarktpolitik

Arbeitsmarktpolitik (AMP) hat definitionsgemäß einen begrenzten Wirkungskreis und umfasst nur diejenigen Maßnahmen der Politik, die sich an Arbeitslose und andere Gruppen von Personen richten, denen es besonders schwer fällt, in den Arbeitsmarkt einzutreten oder dort ihre Stellung zu behaupten. Die wichtigste Zielgruppe sind die bei den öffentlichen Arbeitsverwaltungen registrierten Arbeitslosen. Öffentliche Ausgaben für AMP sollten jedoch nicht einzig und allein als Ausdruck des politischen Willens zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit interpretiert werden. Vielmehr ist die unterschiedliche Höhe der Ausgaben auch durch Faktoren wie die

demografische Situation und das Pro-Kopf-BIP der einzelnen Länder bedingt. Ausgaben für gezielte Programme für Aus- und Weiterbildung, Arbeitsplatztausch/Jobsharing, Beschäftigungsanreize, Eingliederung von Behinderten, direkte Beschäftigungsschaffung und Gründungsinitiativen gelten gewöhnlich als aktive Ausgaben, Ausgaben für die Einkommensunterstützung für Arbeitslose und den Vorruhestand als passive Ausgaben. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass die Wahrung des Anspruchs auf Arbeitslosenunterstützung in den vergangenen Jahren verstärkt an individuelle Aktivitäten der Arbeitssuche gebunden wurde und auch aktive Maßnahmen der öffentlichen Arbeitsverwaltungen beinhalten kann.

Öffentliche Ausgaben für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in EU-15 im Jahr 2002
In % des BIP

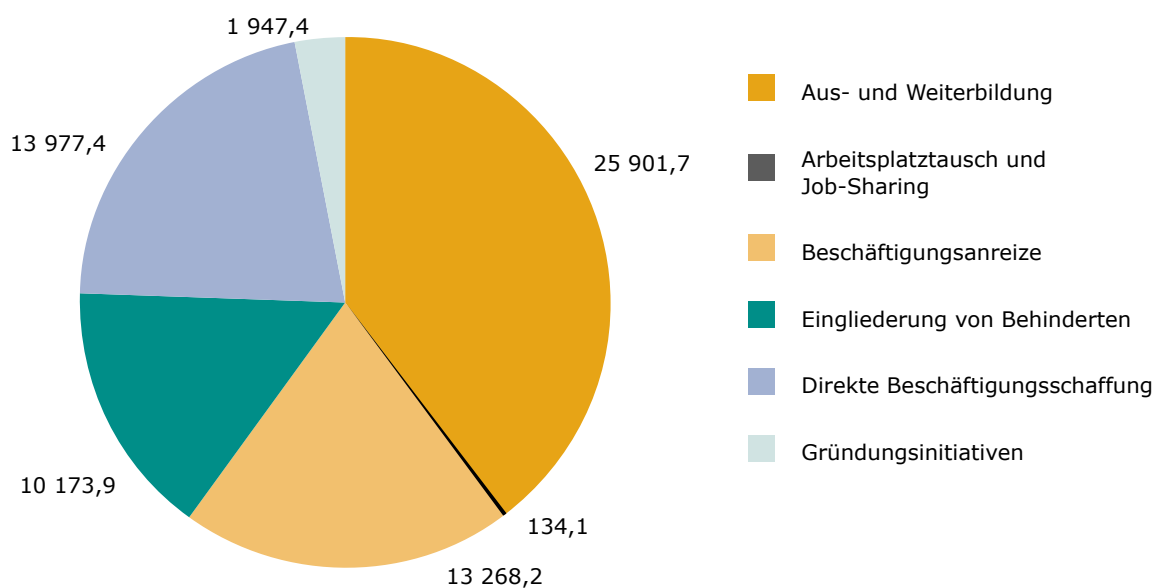


EU-15, aktive Programme: geschätzte Werte.

Staatliche Ausgaben für Arbeitsmarktmaßnahmen richten sich gezielt an Arbeitslose, von der Arbeitslosigkeit bedrohte Personen und Nichterwerbspersonen, die in den Arbeitsmarkt eintreten möchten. Die Gesamtausgaben umfassen zwei Gruppen von Maßnahmen: Kategorien 2-7 - Ausgaben für aktive Arbeitsmarktprogramme mit Bezug zu Aus- und Weiterbildung, Arbeitsplatztausch und Job-Sharing, Beschäftigungsanreize, Eingliederung von Behinderten, direkte Beschäftigungsbeschaffung und Gründungsinitiativen und Kategorien 8-9 - Ausgaben für passive Arbeitsmarktprogramme wie Einkommensunterstützung für Arbeitslose (vorwiegend Arbeitslosenleistungen) und Vorruhestand.

Ausgaben für aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in EU-15 im Jahr 2002

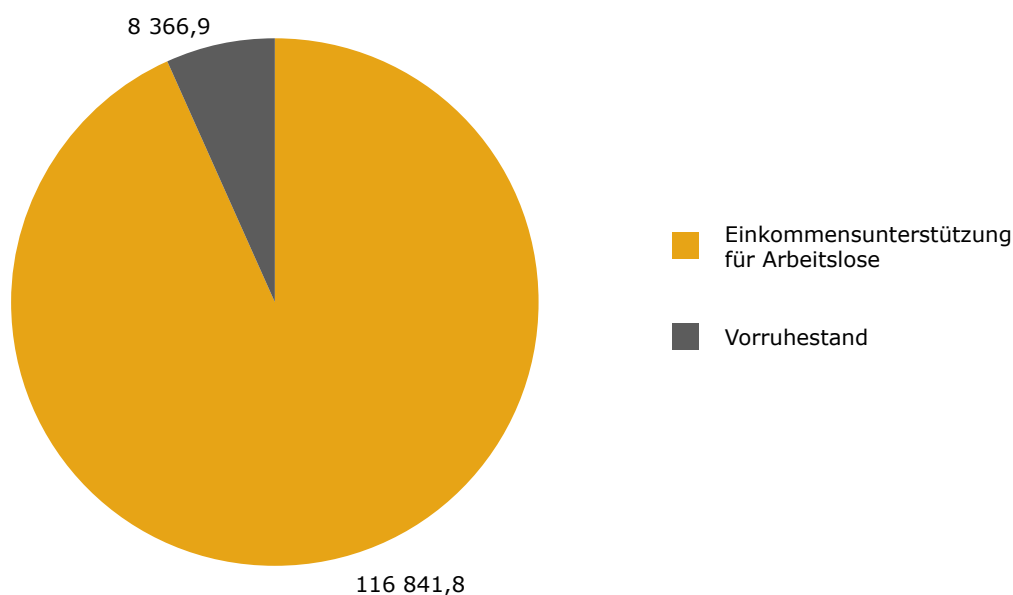
In Mio. EUR



Die arbeitsmarktpolitischen Gesamtausgaben für aktive Arbeitsmarktmaßnahmen umfassen die staatlichen Ausgaben für Programme für Arbeitslose, von der Arbeitslosigkeit bedrohte Personen und Nichterwerbspersonen. Eingeschlossen sind sechs Maßnahmenkategorien: Aus- und Weiterbildung, Arbeitsplatztausch und Job-Sharing, Beschäftigungsanreize, Eingliederung von Behinderten, direkte Beschäftigungsschaffung und Gründungsinitiativen.

Ausgaben für passive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in EU-15 im Jahr 2002

In Mio. EUR



Die arbeitsmarktpolitischen Gesamtausgaben für passive Arbeitsmarktmaßnahmen umfassen die staatlichen Ausgaben für Einkommensunterstützung für Arbeitslose (vorwiegend Arbeitslosenleistungen und sonstige Programme, mit denen Lohn- und Gehaltseinbußen ausgeglichen werden sollen) und Vorruhestand (Programme, die den vollständigen oder teilweisen Eintritt von älteren Arbeitskräften in den Vorruhestand fördern sollen).

Konsumausgaben der privaten Haushalte

Daten von Eurostat

Eurostat liefert ein breites Spektrum an Daten zu den Konsumausgaben der privaten Haushalte, die nach Verwendungszweck untergliedert sind:

- Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren
- Bekleidung und Schuhe
- Wohnung (einschließlich Mieten)
- Gesundheit
- Verkehr
- Nachrichtenübermittlung
- Freizeit und Kultur
- Bildung
- Restaurants und Hotels
- Sonstiges (Körperpflege, Sozialschutz, Versicherungen usw.)

Mehr Transparenz bei der Untersuchung des privaten Verbrauchs

Für alle, die mehr über den privaten Verbrauch in der Europäischen Union erfahren wollen, stellt sich die grundlegende Frage: Wie entwickeln sich sein Volumen und die Anteile seiner Komponenten?

Das Jahrbuch von Eurostat gibt Antwort auf diese Frage. Hier finden sich Daten über die Konsumausgaben der privaten Haushalte für die so genannten „Verwendungszwecke“ des Verbrauchs (Märkte). Die Daten im Jahrbuch sind nach der „Klassifikation der Verwendungszwecke des Individualkonsums“ (Coicop) untergliedert. Diese Klassifikation ist zugänglich unter

<http://europa.eu.int/comm/eurostat/ramon/> (Option „Klassifikationen“), Zeile 59 „Coicop“.

Zuverlässige Quelle, harmonisierte Definitionen

Die Daten über die Konsumausgaben der privaten Haushalte stammen aus den Statistiken der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen von Eurostat.

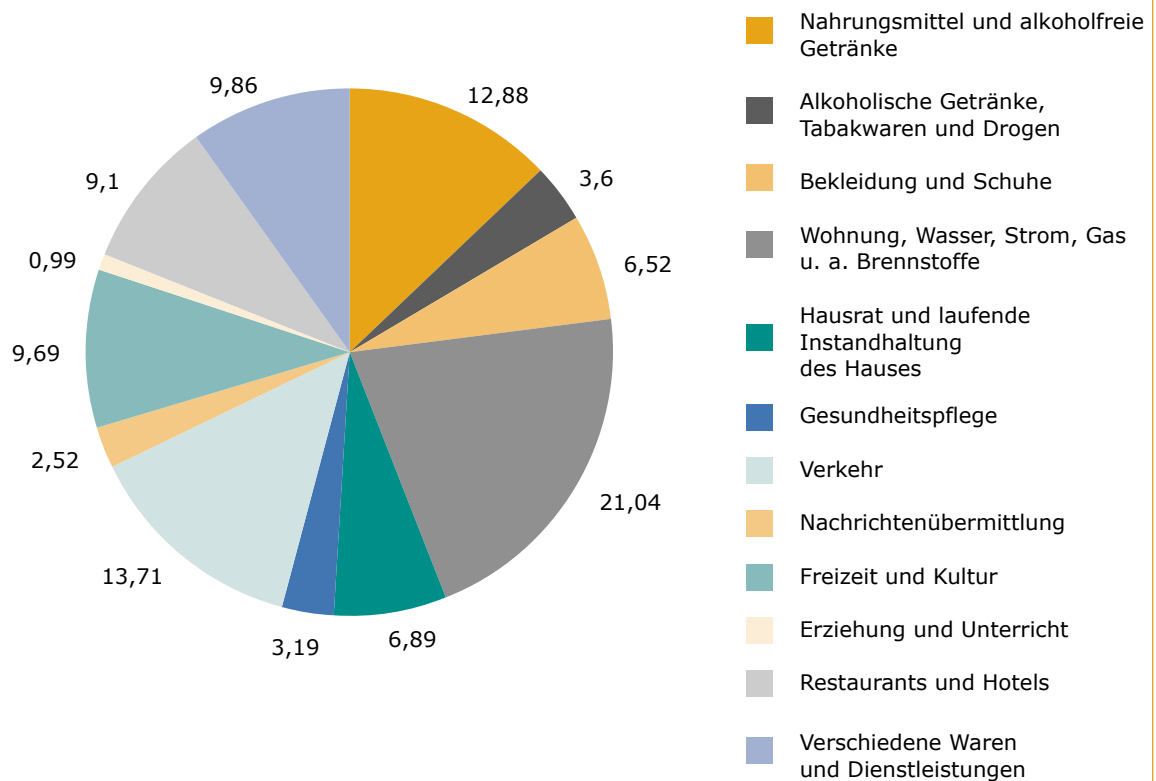


Der private Verbrauch ist der Wert der Waren und Dienstleistungen zur unmittelbaren Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen. Darunter fallen der Kauf von Waren und Dienstleistungen, der Eigenverbrauch (z. B. von Gartenerzeugnissen) und die unterstellten Mieten für Wohnungen, die von den Eigentümern selbst genutzt werden.

Der im ESVG 95 verwendete Begriff „Konsumausgaben“ bezieht sich explizit auf die von privaten Haushalten direkt getätigten Ausgaben; der vom Staat oder von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (NPISHs) finanzierte Teil des Verbrauchs bleibt unberücksichtigt.

Konsumausgaben der privaten Haushalte in EU-15 im Jahr 2001

In % der Konsumausgaben der privaten Haushalte insgesamt



Geschätzte Werte.

Im Jahr 2001 wendeten die privaten Haushalte in EU-15 ein Fünftel ihrer Gesamtausgaben für Wohnen, Wasser und die Energieversorgung der Wohnung auf (21 %). Dies ist mit Abstand der größte Posten aller Konsumausgaben. In den einzelnen Ländern lag er zwischen 29 % in

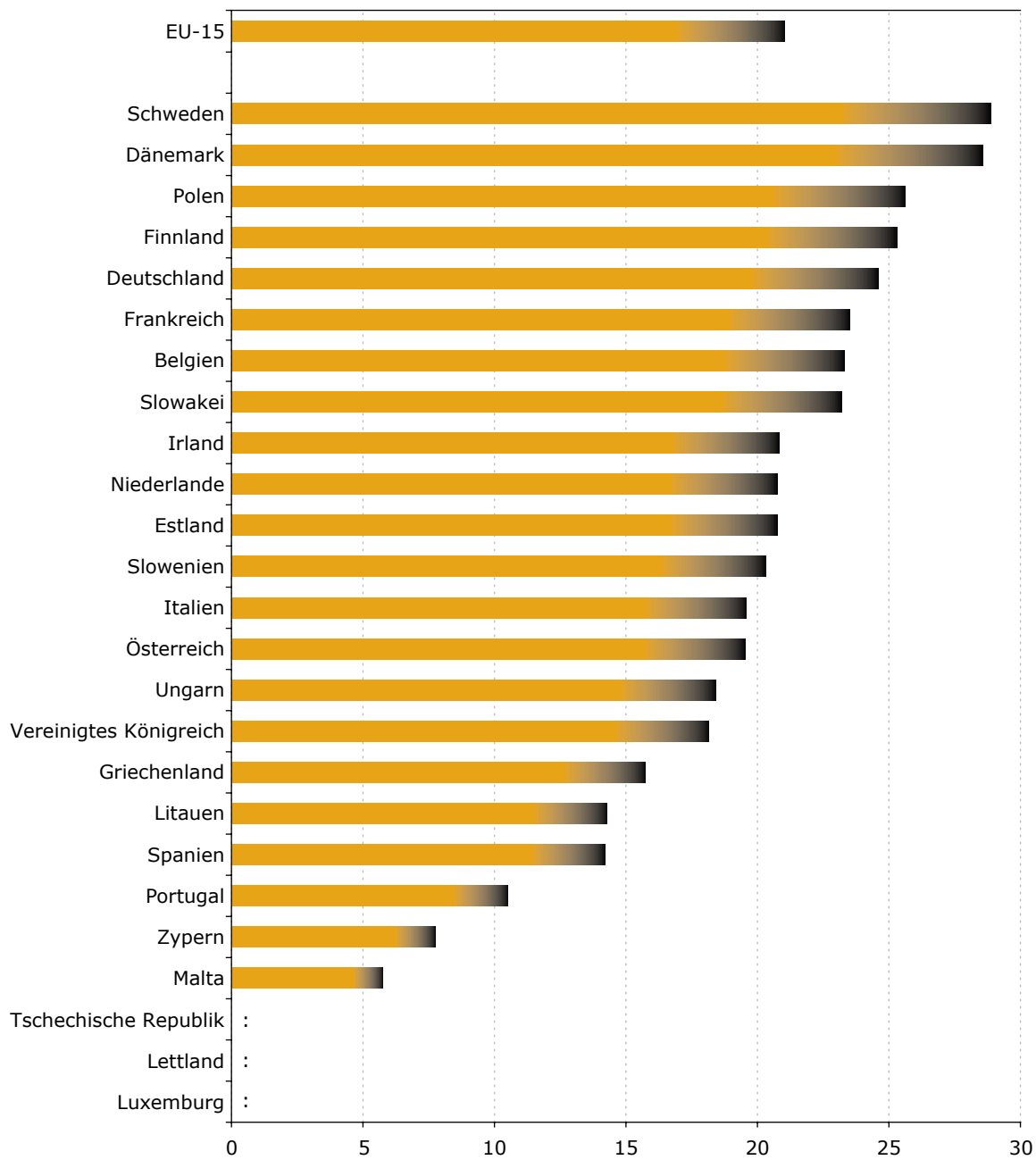
Schweden und weniger als 10 % in Zypern und Malta.

Rund 14 % der Konsumausgaben der privaten Haushalte entfielen auf den Bereich Verkehr.



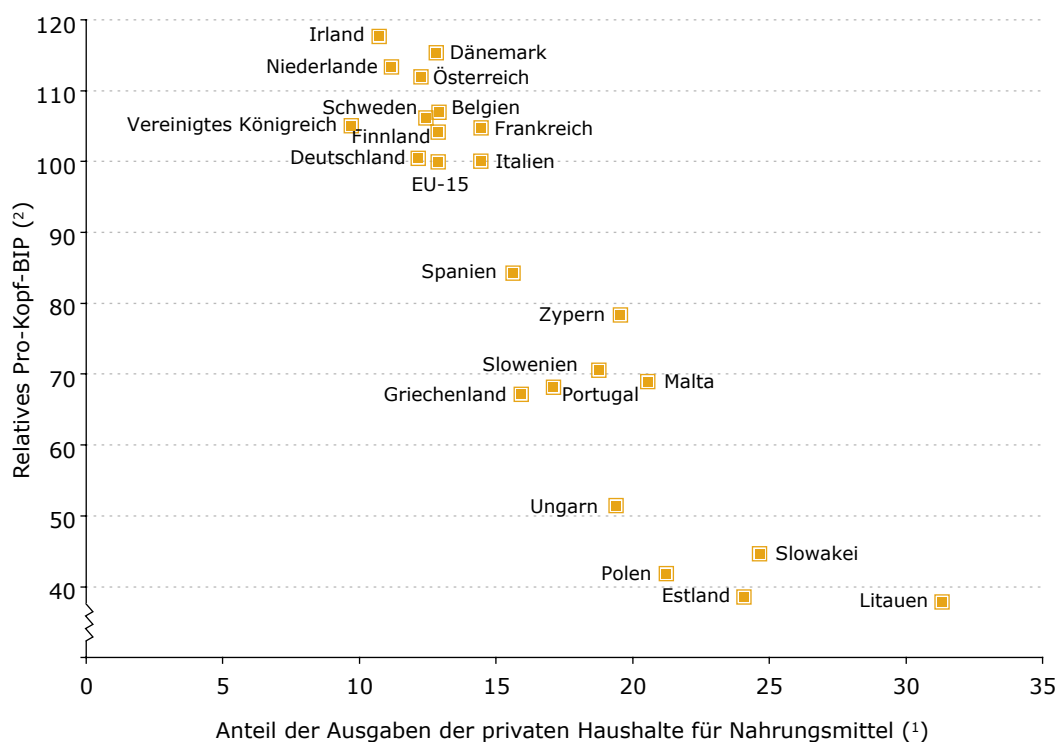
Konsumausgaben der privaten Haushalte in EU-15 im Jahr 2001: Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe

In % der Konsumausgaben der privaten Haushalte insgesamt



Zu jeweiligen Preisen.

Ausgaben der privaten Haushalte für Nahrungsmittel ⁽¹⁾ im Verhältnis zum Pro-Kopf-BIP ⁽²⁾ im Jahr 2001



(¹) Anteil der Konsumausgaben der privaten Haushalte für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke an den Konsumausgaben der privaten Haushalte insgesamt, in %, zu laufenden Preisen.
 (²) Bruttoinlandsprodukt in KKS pro Einwohner; EU-15 = 100.

Etwa 13 % wurden für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke aufgewendet. Dieser Anteil ist in den einzelnen Ländern unterschiedlich

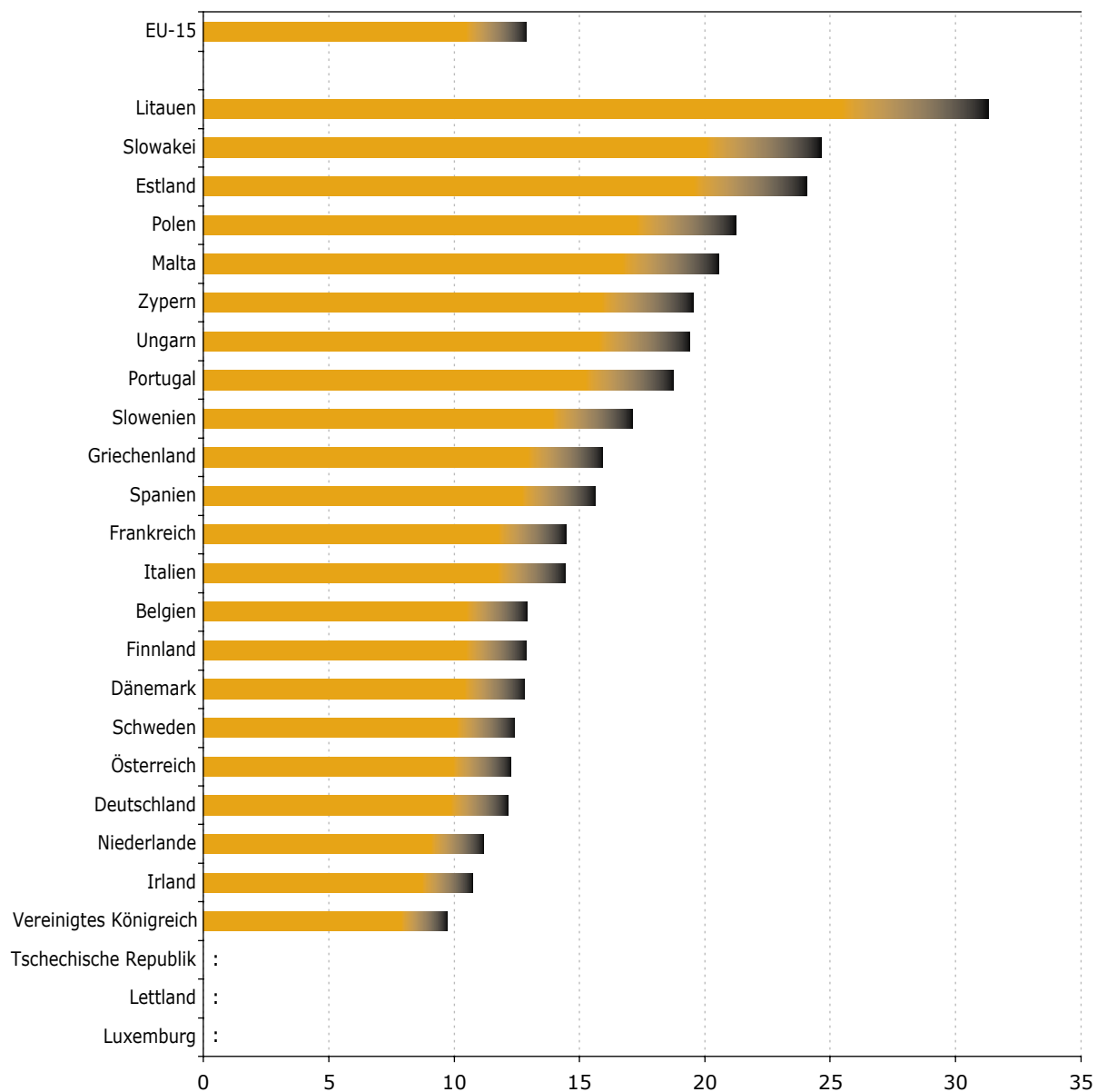
und variiert dem BIP pro Kopf: Je geringer das Pro-Kopf-BIP eines Landes, desto höher der Anteil der Nahrungsmittelausgaben.





Konsumausgaben der privaten Haushalte in EU-15 im Jahr 2001: Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke

In % der Konsumausgaben der privaten Haushalte insgesamt

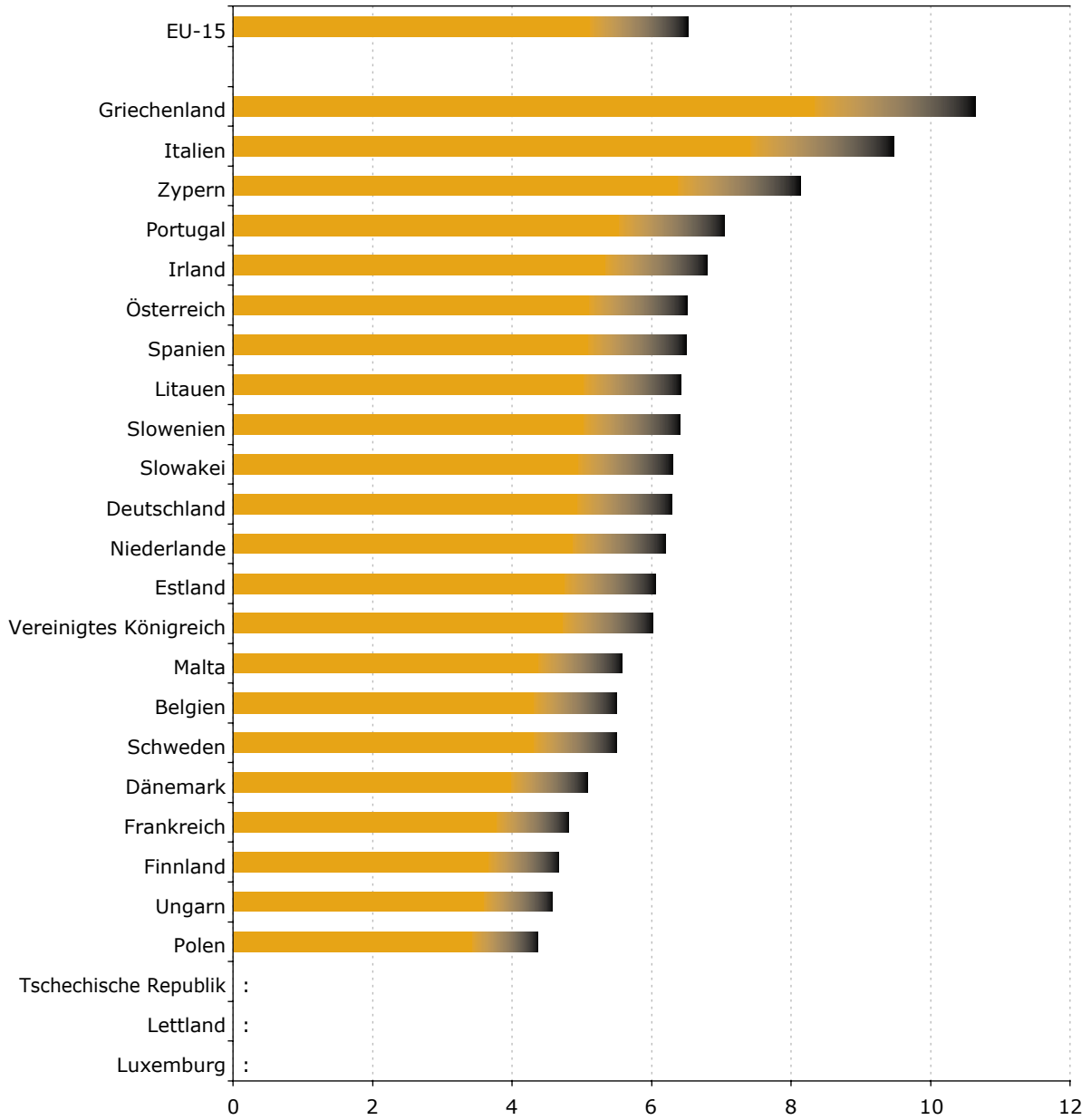


Zu jeweiligen Preisen.



**Konsumausgaben der privaten Haushalte in EU-15 im Jahr 2001:
Bekleidung und Schuhe**

In % der Konsumausgaben der privaten Haushalte insgesamt



Zu jeweiligen Preisen.

2

Einkommen und Lebensbedingungen

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Situation der privaten Haushalte
- Ungleichheit der Einkommensverteilung
- Armutsgefährdungsquoten
- Erwerbslose Haushalte



Einkommen, Armut und soziale Ausgrenzung: Die Statistik beantwortet viele Fragen

Wie hoch ist das mittlere Einkommen? Sind einige Bestandteile wichtiger als andere? Besteht eine Kluft zwischen Armen und Reichen, und wenn ja, wie groß ist sie? Sind bestimmte Bevölkerungsgruppen eher von Armut bedroht als andere? Sind sie weniger gut in die Gesellschaft integriert? Ist ihr erreichter Bildungsgrad niedriger? Oder ihre Gesundheit schlechter? Oder sind ihre Familien größer?

Oder ist ihr Einkommen weniger sicher? Haben sie Zugang zu einem umfassenden Angebot an Waren und Dienstleistungen? Verändert sich ihre Situation im Laufe der Zeit? Bestehen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern?

Seit einigen Jahren besteht ein erhöhter Bedarf an Informationen dieser Art, nachdem das sozialpolitische Kapitel in den Vertrag von Amsterdam (1997) aufgenommen wurde, das sich zur treibenden Kraft für die Erstellung der EU-Sozialstatistiken entwickelt hat. Dieser Einfluss wurde durch mehrere Tagungen des europäischen Rates verstärkt, so dass die soziale Dimension weiterhin hoch oben auf der politischen Tagesordnung steht. Eine wirksame Überwachung ist ein wichtiges Element bei der Durchführung der Strategien, die im Rahmen der offenen Koordinierungsmethode vereinbart wurden.

Die statistischen Indikatoren

Einkommen, Armut und soziale Ausgrenzung sind multidimensionale Probleme. Um sie auf europäischer Ebene wirkungsvoll überwachen zu können, wurde im Rahmen der Strukturindikatoren, die für den jährlichen Frühjahrsbericht der Kommission an den Rat erstellt werden, eine Reihe so genannter „Indikatoren für sozialen Zusammenhalt“ entwickelt.

Woher stammen die Daten?

Zur Berechnung der Indikatoren für die EU-Mitgliedstaaten hat Eurostat in den letzten Jahren vornehmlich Mikrodaten aus dem Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (ECHP) verwendet. Nachdem diese Datenquelle acht



Jahre lang genutzt worden war, wurde sie 2003 durch ein neues Instrument ersetzt, die EU-Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC). Einer der Hauptgründe für diesen Wechsel war die Notwendigkeit, Inhalt und Aktualität der Datenerstellung an den laufenden politischen Bedarf anzupassen.

Das ECHP ist eine „Längsschnitterhebung“ auf der Basis jährlicher Befragungen der teilnehmenden Haushalte (etwa 80 000 in der EU; die Stichproben sollen für die jeweiligen Länder repräsentativ sein). So lassen sich dieselben Teilnehmer über mehrere Jahre verfolgen und Angaben über die soziale Dynamik (z. B. den Übergang von der Ausbildung ins Erwerbsleben oder vom Erwerbsleben ins Rentenalter) erfassen, was bei einer typischen Querschnitterhebung (jährlich neue Stichproben) nicht möglich ist.

EU-SILC soll die EU-Referenzquelle für vergleichende Statistiken über Einkommensverteilung und soziale Ausgrenzung werden; dabei werden vorrangig hohe Qualität, insbesondere Vergleichbarkeit und Aktualität, und Flexibilität angestrebt. Die Statistik umfasst primär eine Querschnittsdimension, daneben auch eine Längsschnittdimension. Es wird stärker auf vorhandene einzelstaatliche Datenquellen

zurückgegriffen, um so anstelle der Eingabedaten die Ergebnisse zu harmonisieren und die Aktualität zu verbessern.

Während der Übergangsperiode trägt Eurostat die Daten von den besten verfügbaren nationalen Quellen zusammen (typischerweise Erhebungen über das Budget der Haushalte), die zum Zweck maximaler Vergleichbarkeit ex post harmonisiert werden. Dennoch sind aufgrund von Unterschieden der zugrunde liegenden Datenquellen die Ergebnisse nicht vollständig vergleichbar.

Kurze Beschreibung der Methodik

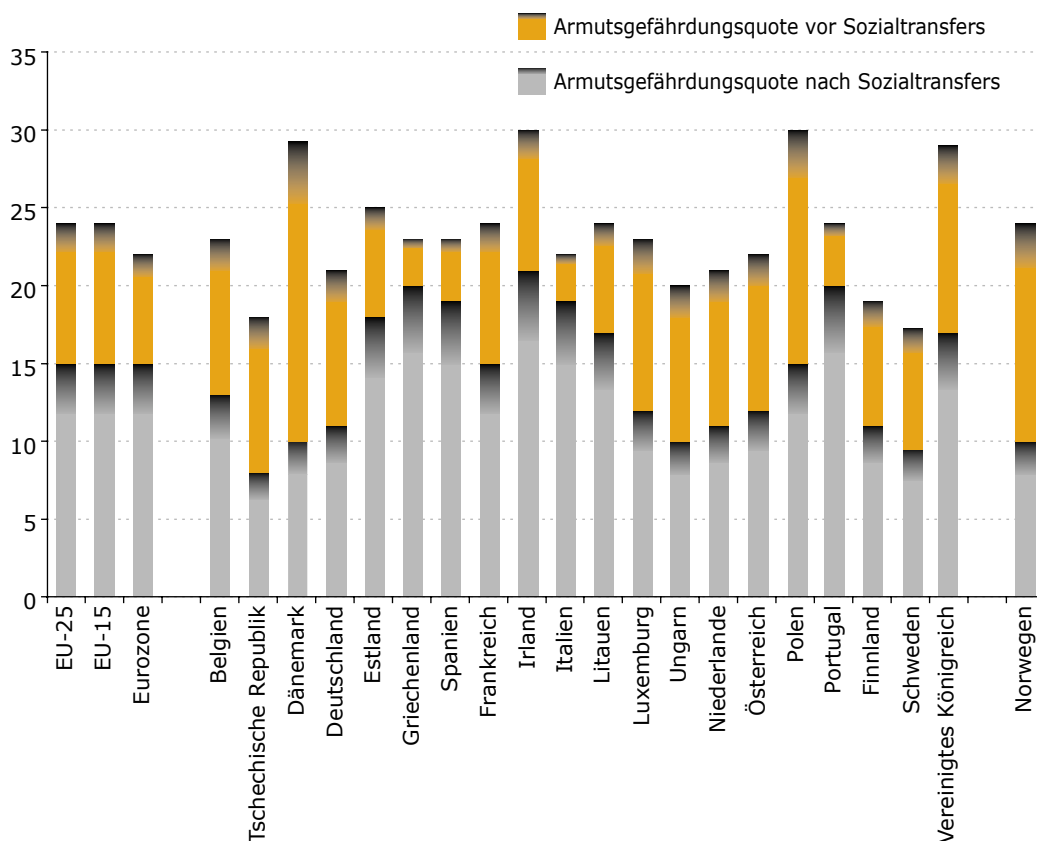
Das Haushaltseinkommen wird berechnet als Summe des gesamten monetären Einkommens, das alle Haushaltsmitglieder aus allen Quellen erhalten (einschließlich Einkünften aus Arbeit, Investmenterträgen und Sozialleistungen), abzüglich Steuern und Sozialbeiträgen. Um die Unterschiede in der Haushaltsgröße und -zusammensetzung zu berücksichtigen, wird der Gesamtbetrag unter Verwendung einer Standardskala (der so genannten „modifizierten OECD-Skala“) durch die Zahl der „Erwachsenenäquivalente“ dividiert; das Ergebnis wird dann den einzelnen Mitgliedern des Haushalts zugeordnet. Die EU-Schätzwerte werden als populationsgewichtete Durchschnitte der verfügbaren einzelstaatlichen Werte berechnet.





Armutsgefährdungsquote im Jahr 2001

Vor und nach Sozialtransfers; in %



Es liegen keine Daten für Zypern, Lettland, Malta, Slowenien und die Slowakei vor.

Quelle: Eurostat; EU-15: ECHP.USB 8. Welle (1994-2001) Version 2003, außer Dänemark: Law Model Database und Schweden: HEK-Erhebung; NMS-10: 2. Runde des Pilotprojektes, Übergangserhebung 2003; Norwegen: nationale Quelle.

Anteil von Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen, vor Sozialtransfers, unter der Armutsgefährdungsschwelle, die auf 60 % des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens (nach Sozialtransfers) festgelegt ist. Alters- und Hinterbliebenen-Versorgung werden als Einkommen vor Sozialtransfers und nicht als Sozialtransfers verwendet.

Um den Anteil der armutsgefährdeten Personen zu messen, wird eine Schwelle von 60 % des nationalen Medianeinkommens zugrunde gelegt. Unterhalb dieser Schwelle gilt eine Person als armutsgefährdet. Die jeweiligen Anteile werden vor und nach Sozialtransfers berechnet. 2001 waren in den 25 heutigen Ländern der Europäischen Union 15 % der Bevölkerung von Armut bedroht.

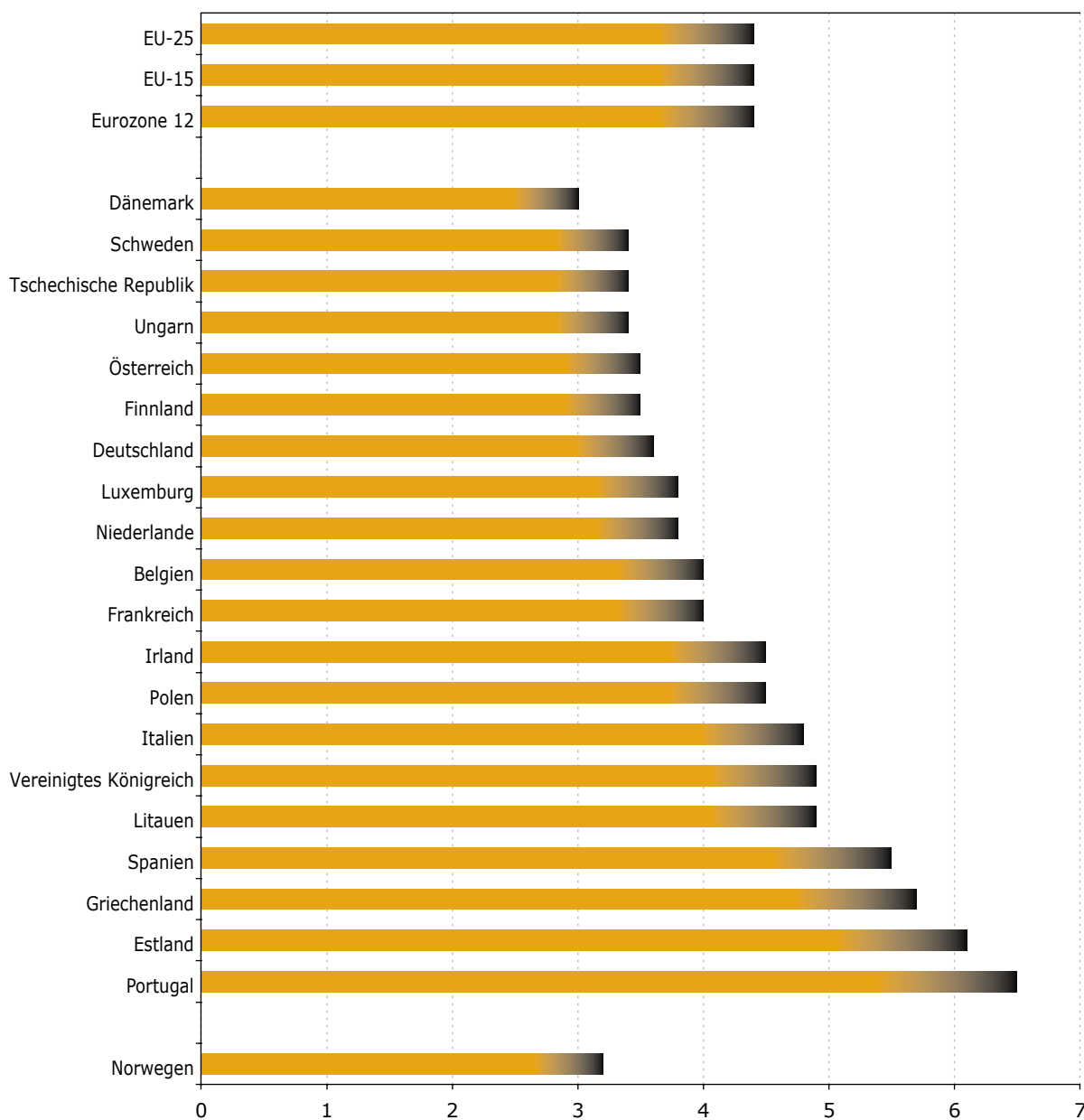
Diese Zahl weist beachtliche Unterschiede zwischen den Ländern auf: Die Armutsgefährdungsquote nach Sozialtransfers war am höchsten in Irland (21 %), dem Vereinigten Königreich und südlichen Ländern. Sie war am niedrigsten in zentraleuropäischen und skandi-

navischen Ländern, insbesondere in der Tschechischen Republik (8 %).

Ohne Sozialtransfers wäre rund ein Viertel der Bevölkerung in der Europäischen Union von Armut gefährdet (24 %). Die Wirkung von Sozialtransfers ist am größten (Reduzierung um über 40 %) in skandinavischen und zentraleuropäischen Ländern, besonders in Dänemark (65 %). Es ist am wenigsten deutlich (Reduktion unter 20 %) in südlichen Ländern. Es ist zu beachten, dass diese Untersuchung sich nur auf Sozialtransfers ohne Pensionen bezieht. Pensionen spielen in allen Ländern eine große Rolle.

Ungleiche Einkommensverteilung im Jahr 2001

Verteilungsquintil



Bei den Aggregaten handelt es sich um Schätzwerte von Eurostat. Es liegen keine Daten für Zypern, Lettland, Malta, Slowenien und die Slowakei vor.

Quelle: Eurostat; EU-15: ECHP. UDB 8. Welle (1994-2001) Version 2003, außer Dänemark: Law Model Database und Schweden: HEK-Erhebung; NMS-10: 2. Runde des Pilotprojektes, Übergangserhebung 2003; Norwegen: nationale Quelle.

Verhältnis des Gesamteinkommens von den 20 % der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen (oberstes Quintil) zum Gesamteinkommen von den 20 % der Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen (unterstes Quintil). Unter Einkommen wird das verfügbare Äquivalenzeinkommen verstanden.

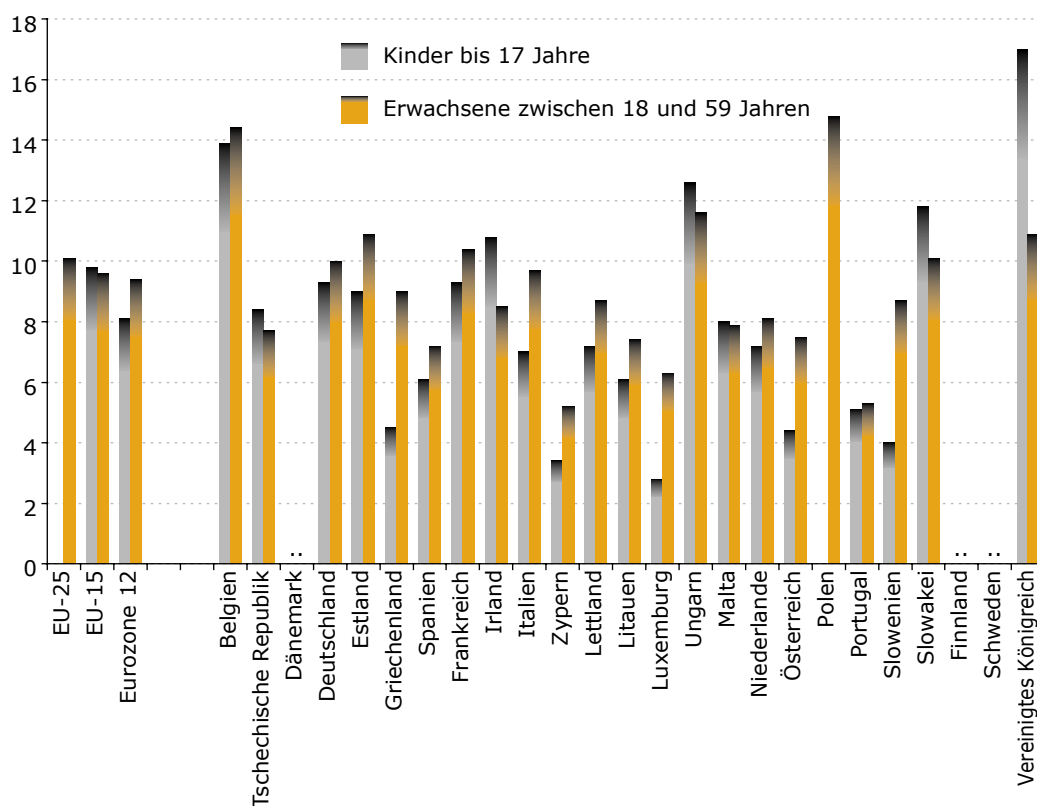
Die Ungleichheit des Einkommens ist ein heikles Thema und eine nur schwer messbare Größe. Eurostat berechnet die folgende Verhältniszahl für den Vergleich zwischen „reich“ und „arm“: das Gesamteinkommen der 20 % der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen im Verhältnis zum Gesamteinkommen der 20 % der Bevölkerung mit dem niedrigsten Ein-

kommen. In EU-25 haben 2001 die 20 % der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen mehr als vier Mal so viel Einkommen bezogen wie die 20 % der Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen. Von Land zu Land variiert dieser Indikator allerdings stark; er reicht von 3,0 in Dänemark bis hin zu 6,5 in Portugal.



In erwerbslosen Haushalten lebende Personen im Jahr 2003

Kinder bis 17 Jahre und Erwachsene zwischen 18 und 59 Jahren



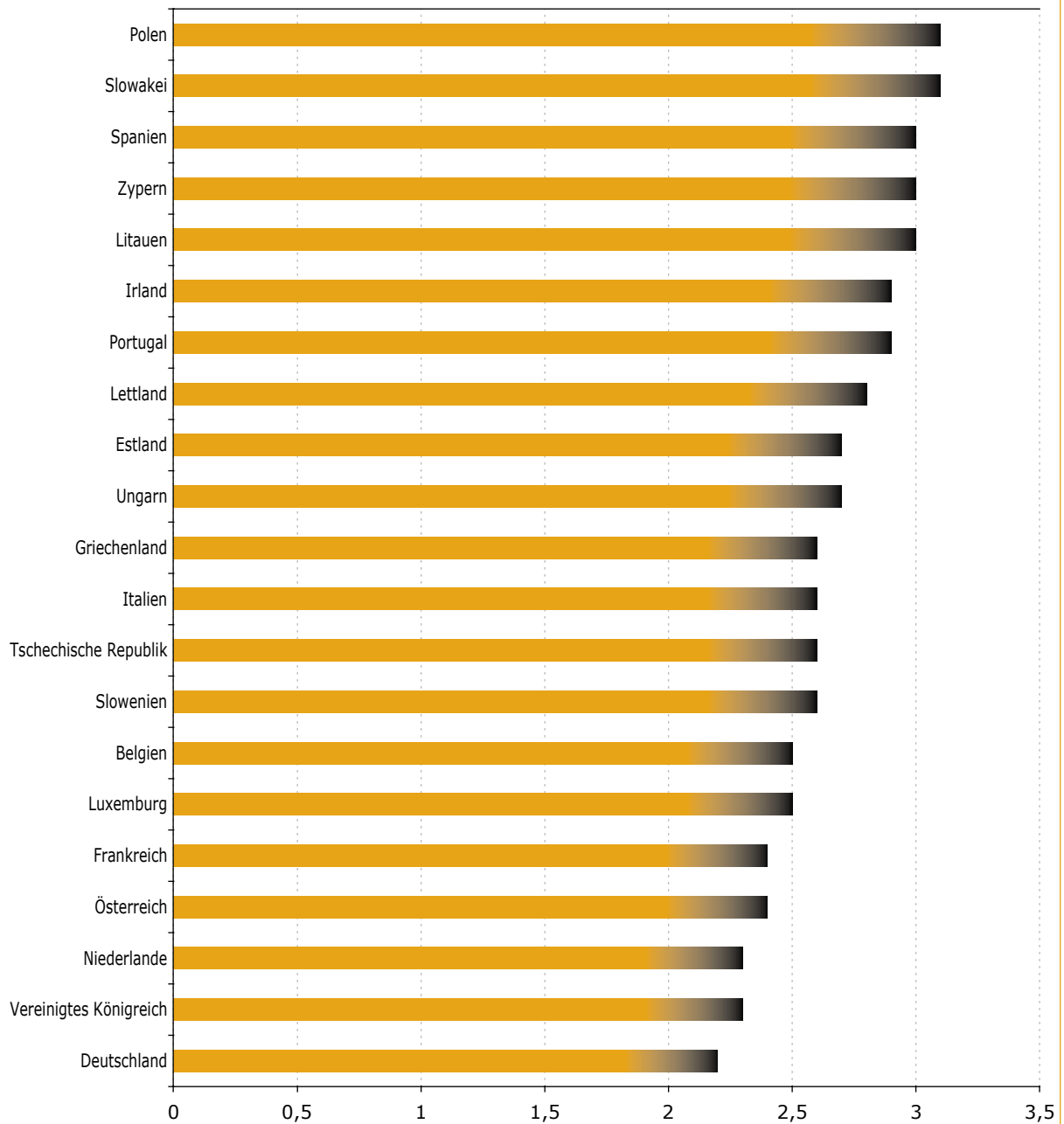
Bei den Aggregaten handelt es sich um Schätzwerte.

Die „in erwerbslosen Haushalten lebende Bevölkerung“ errechnet sich als Anteil der Personen im entsprechenden Alter in Haushalten, in denen kein Mitglied einer Erwerbstätigkeit nachgeht. Studenten im Alter von 18-24 Jahren in Haushalten, die ausschließlich aus Studenten derselben Altersklasse bestehen, werden weder im Zähler noch im Nenner mitgezählt. Sowohl die Zähler als auch die Nenner stammen aus der EU-Arbeitskräfteerhebung.

Rund 10 % der Bevölkerung im Alter zwischen 18 und 59 Jahren lebten 2003 in EU-15 in erwerbslosen Haushalten. Bei Kindern (bis 17 Jahre) war dieser Anteil ebenso hoch.



Durchschnittliche Personenzahl pro privatem Haushalt im Jahr 2002



Es liegen keine Daten für Dänemark, Finnland und Schweden vor.

Zahl der Personen, die in privaten Haushalten leben, geteilt durch die Zahl der privaten Haushalte. Ausgeschlossen sind kollektive Haushalte wie Pensionen oder Krankenhäuser und die darin lebenden Personen.

Wohnen

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Art der Wohnung bei verschiedenen Haushaltsgruppen
- Wohnbesitzverhältnisse der Haushalte nach sozioökonomischem Status
- Fehlende Grundausstattung nach wirtschaftlichem Status der Haushalte
- Wohnungsprobleme verschiedener Haushaltsgruppen
- Beengte Wohnverhältnisse (mehr als eine Person je Raum)
- Gebrauchsgüter und ihre Erschwinglichkeit für die Haushalte
- Unzufriedenheit der Haushalte mit ihrer Wohnung
- Finanzielle Belastung der Haushalte durch die Wohnkosten

Wohnverhältnisse

Sind die Art der Wohnung oder die Wohnbesitzverhältnisse ein Indikator für das Wohlergehen eines Haushalts?

Bei der Art der Wohnung der europäischen Haushalte lassen sich zwei Tendenzen erkennen. In den südlichen Ländern scheinen Haushalte mit geringem Einkommen (Haushaltseinkommen unter 60 % des tatsächlichen laufenden Medianeinkommens) überwiegend in Häusern zu wohnen, während die Haushalte mit höherem Einkommen (Haushaltseinkommen über 140 % des tatsächlichen laufenden Medianeinkommens) vorrangig in Wohnungen leben. In den nördlichen Ländern ist die Tendenz gegenläufig.

Die Gründe für diese Unterschiede lassen sich nur schwer fassen. Die Verteilung der Haushalte auf Häuser oder Wohnungen steht im Zusammenhang mit dem Grad der Verstädterung im jeweiligen Land und der Qualität des Wohnraums.

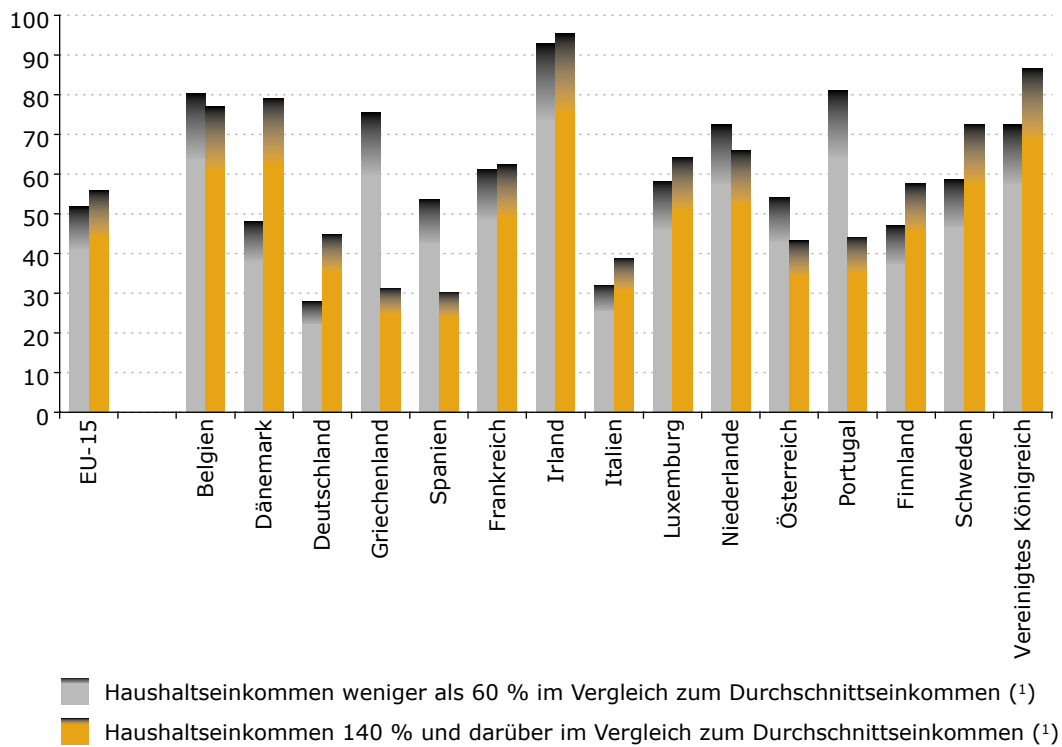
Die eigenen vier Wände

Der Anteil der Wohnungseigner ist in den südlichen Ländern höher als in den nördlichen Ländern, wo die Einkommenshöhe einen weitaus größeren Einfluss darauf hat, ob der Haushalt in seinem eigenen Haus bzw. seiner eigenen Wohnung lebt. In Anbetracht der Tatsache, dass es in den südlichen Ländern mehr Wohneigentum gibt, darf man davon ausgehen, dass viele Eigentümer dort weniger Wohnraum haben.





Anteil der Haushalte, die in einem Einfamilienhaus leben, EU-15 im Jahr 2001
In %



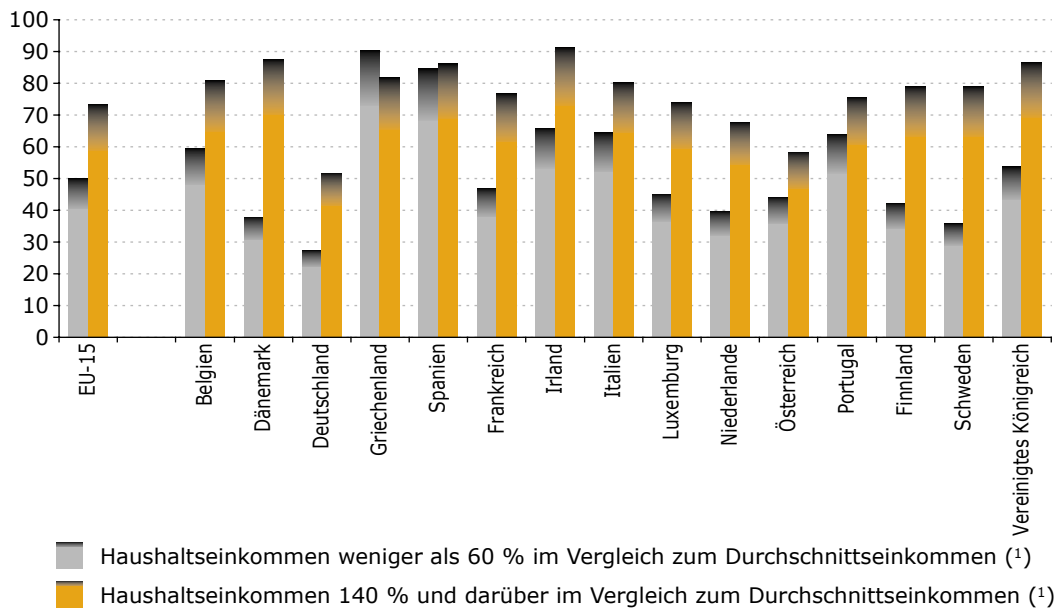
(¹) Effektives laufendes Durchschnittseinkommen (Median).

Der Indikator gibt den Anteil der Haushalte an, die ein frei stehendes Haus oder ein Reihenhaus bewohnen, nicht jedoch eine Wohnung in einem Mehrfamilienhaus oder eine sonstige Unterkunft. Es gibt vier Einkommensgruppen: weniger als 60 % des Medianeinkommens aller Haushalte; 60 % bis 100 %; 100 % bis 140 %; mehr als 140 %.



Anteil der Haushalte mit Wohneigentum, EU-15 im Jahr 2001

In %

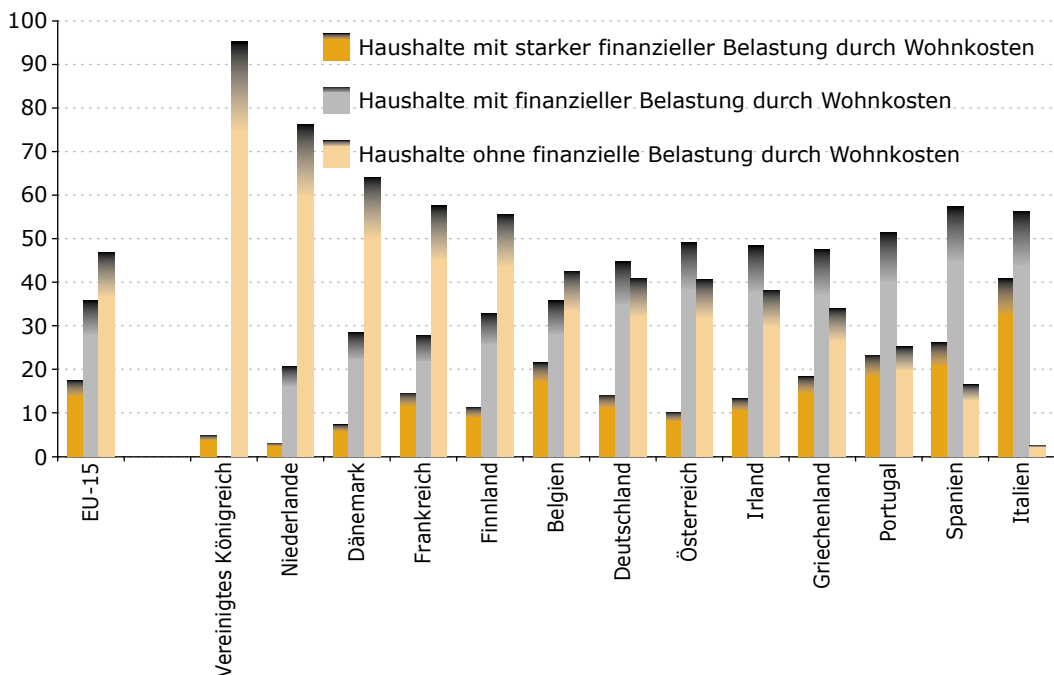


(1) Effektives laufendes Durchschnittseinkommen (Median).

Der Indikator gibt den Anteil der Haushalte an, die Eigentümer ihres Hauses oder ihrer Wohnung sind. Es gibt vier Einkommensgruppen: weniger als 60 % des Medianeinkommens aller Haushalte; 60 % bis 100 %; 100 % bis 140 %; mehr als 140 %.

Anteil der Haushalte, in denen die Wohnkosten eine/keine finanzielle Belastung darstellen, EU-15 im Jahr 2001

In %

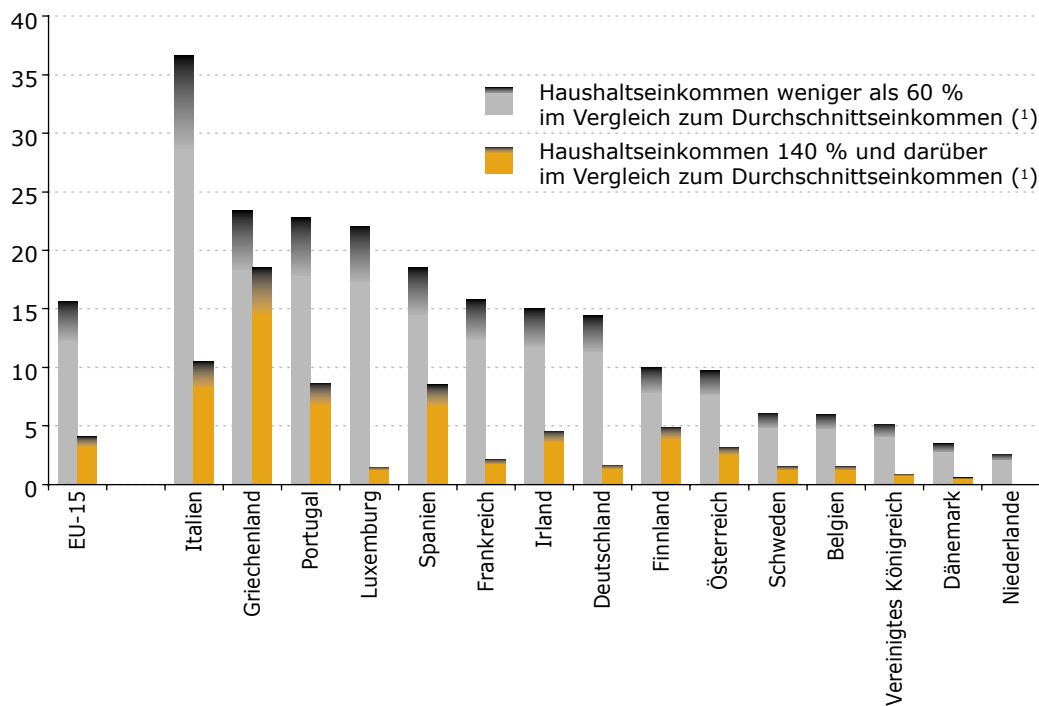


Es liegen keine Daten für Luxemburg und Schweden vor.

Der Indikator gibt den Anteil der Haushalte an, für die die Wohnkosten eine finanzielle Belastung, eine sehr schwere finanzielle Belastung oder keine finanzielle Belastung darstellen.

Prozentualer Anteil der privaten Haushalte, die in überbelegten Wohnungen wohnen, EU-15 im Jahr 2001

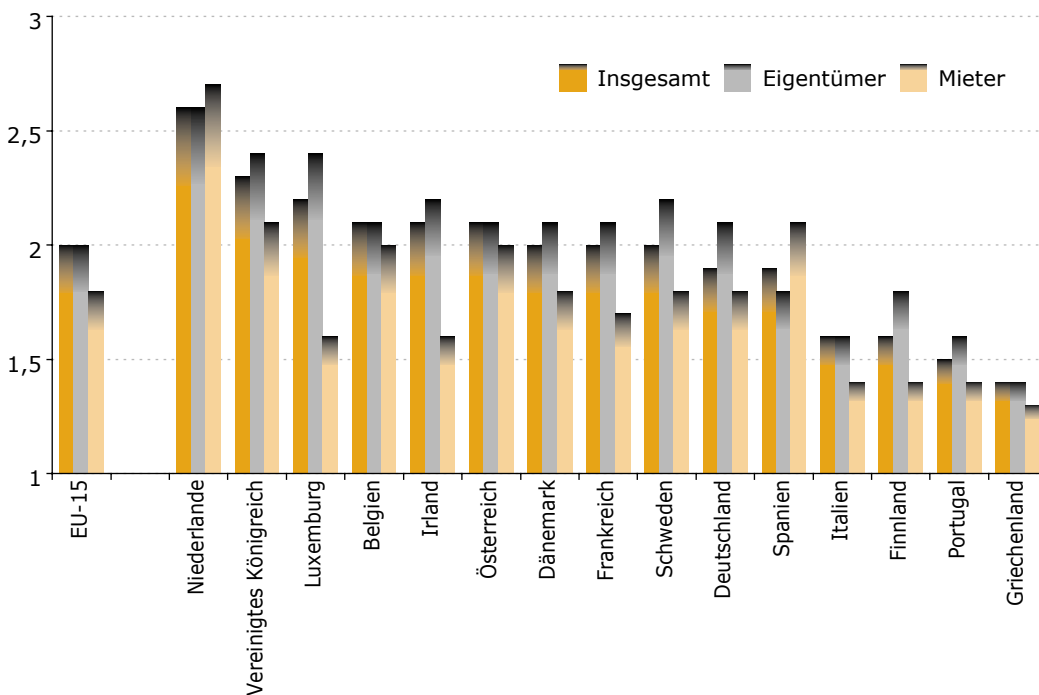
In %



(¹) Effektives laufendes Durchschnittseinkommen (Median).

Indikator gibt den Anteil der Personen an, die in überbelegten Unterkünften (mehr als eine Person pro Zimmer) leben. Es gibt vier Einkommensgruppen: weniger als 60 % des Medianeinkommens aller Haushalte; 60 % bis 100 %; 100 % bis 140 %; mehr als 140 %.

Zimmer pro Person, EU-15 im Jahr 2001
Nach Besitzverhältnis



Der Indikator gibt die Zahl der Räume an, die für jede Person im Haushalt zur Verfügung stehen, aufgeschlüsselt nach den Besitzverhältnissen der Haushalte.

Sozialschutz

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Sozialschutzausgaben
- Sozialschutzeinnahmen nach Art
- Sozialleistungen nach „Funktionen“

Sozialschutz: Verringerung der Lasten

Sozialschutz umfasst alle Eingriffe öffentlicher oder privater Stellen zur Verringerung der Lasten, die privaten Haushalten oder Einzelpersonen durch bestimmte Risiken oder Bedürfnisse im Zusammenhang mit Alter, Krankheit, Mutterschaft und Familie, Invalidität oder Behinderung, Arbeitslosigkeit usw. entstehen.



Die acht „Funktionen“ des Sozialschutzes

Die Ausgaben des Sozialschutzes umfassen Sozialleistungen, Verwaltungskosten und sonstige Ausgaben (z. B. an Banken zu zahlende Zinsen). Der wichtigste Ausgabenbereich des Sozialschutzes ist die Gewährung von Leistungen. Ausgaben für Bildung bleiben unberücksichtigt.

Sozialleistungen sind direkte Geld- oder Sachtransfers von Sozialschutzsystemen an private Haushalte und Einzelpersonen zur Verringerung der Lasten, die durch bestimmte Risiken oder Bedürfnisse entstehen. Ausgenommen sind steuerliche Vergünstigungen.

Die Leistungen werden nach den acht „Funktionen“ des Sozialschutzes untergliedert:

1. Die Leistungen der Funktion **„Krankheit/Gesundheitsversorgung“** betreffen in erster Linie Lohn- und Gehaltsfortzahlungen im Krankheitsfall, medizinische Versorgung und Versorgung mit Arzneimitteln.
2. Die Leistungen der Funktion **„Invalidität/Gebrechen“** umfassen hauptsächlich Invalidenrenten und die Versorgung von Behinderten mit Waren und Dienstleistungen (ohne medizinische Versorgung).
3. Die Leistungen der Funktion **„Alter“** umfassen vorwiegend Altersruhegeld und die Versorgung älterer Menschen mit Waren und Dienstleistungen (außer medizinische Versorgung).
4. Die Leistungen der Funktion **„Hinterbliebene“** beinhalten die finanzielle Unterstützung und Hilfe im Zusammenhang mit einem Todesfall in der Familie, wie z. B. Hinterbliebenenrenten.
5. Die Leistungen der Funktion **„Familie/Kinder“** betreffen (außer medizinische Versorgung) Kosten, die im Zusammenhang mit Schwangerschaft, Geburt, Erziehung und Betreuung von anderen Familienmitgliedern anfallen.
6. Unter die Leistungen der Funktion **„Arbeitslosigkeit“** fallen auch durch öffentli-



che Stellen finanzierte Berufsausbildungsmaßnahmen.

- 7. Die Leistungen der Funktion „**Wohnen**“ umfassen Maßnahmen staatlicher Behörden, die private Haushalte bei der Aufbringung der Wohnkosten unterstützen.
- 8. Die Leistungen der Funktion „**soziale Ausgrenzung**“ umfassen Einkommensbeihilfen, Wiedereingliederung von Alkohol- und Drogenabhängigen und sonstige Leistungen (außer medizinische Versorgung).

stellte Beiträge). Die Sozialbeiträge der Versicherten umfassen die von Arbeitnehmern, Selbständigen, Rentnern und sonstigen Personen gezahlten Beiträge.

Sozialleistungen werden vor Abzug der von den Empfängern auf sie zu entrichtenden Steuern oder sonstigen Pflichtabgaben erfasst. „Steuerliche Leistungen“ (Steuervergünstigungen für Haushalte im Rahmen des Sozialschutzes) sind in der Regel ausgenommen.

2

Die Finanzierung des Sozialschutzes

Die für den Sozialschutz zuständigen Stellen werden auf unterschiedliche Weise finanziert. Die Einnahmen umfassen Sozialbeiträge von Arbeitgebern und Versicherten, Beiträge des Staates und sonstige Einnahmen. Die sonstigen Einnahmen stammen aus einer Vielzahl von Quellen, z. B. Zinsen, Dividenden, Mieten und Forderungen gegenüber Dritten.



Sozialbeiträge werden von den Arbeitgebern und den Versicherten gezahlt.

Sozialbeiträge der Arbeitgeber sind alle Aufwendungen der Arbeitgeber zur Sicherstellung der Ansprüche ihrer Beschäftigten auf Sozialleistungen. Dazu gehören alle Zahlungen der Arbeitgeber an Sozialschutzsysteme (tatsächliche Beiträge) sowie direkt von Arbeitgebern an Arbeitnehmer gezahlte Sozialleistungen (unter-

Essoss: das statistische Instrument zum Vergleich der Sozialpolitik

Die Daten zu den Sozialschutzausgaben und -einnahmen sind nach dem Europäischen System der integrierten Sozialschutzstatistik (Essoss) harmonisiert. Essoss, das auf dem Konzept der Sozialschutzfunktionen und einer gemeinsamen Methodik aufbaut, ist ein einzigartiges Instrument zum Vergleich der Sozialpolitik der verschiedenen europäischen

Länder. Beispielsweise kann verglichen werden, in welcher Weise die sozialen Bedürfnisse oder Risiken gedeckt werden bzw. welche Maßnahmen die Länder ergreifen, um sie zu decken. Darüber hinaus ermöglicht Essoss eine Analyse der Organisation des Sozialschutzes, da ihm die „statistischen Einheiten“ zugrunde liegen, die die privaten Haushalte oder die Einzelpersonen mit den verschiedenen Sozialleistungen versorgen.



Gesamtausgaben für den Sozialschutz

Zu laufenden Preisen; in % des BIP

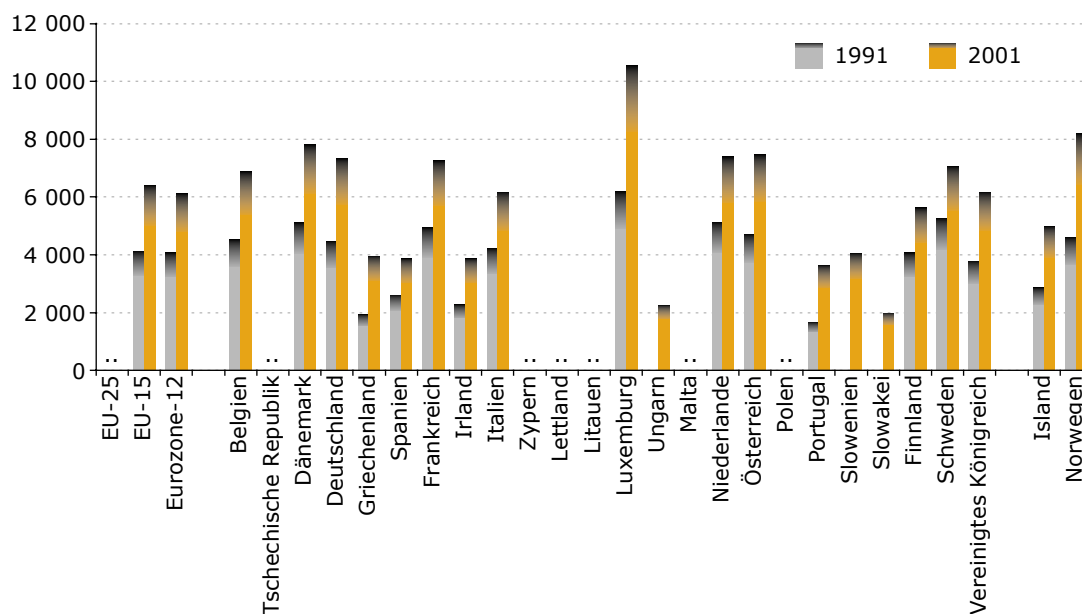
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
EU-25	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
EU-15	25,4	26,4	27,7	28,7	28,4	28,2	28,4	28	27,5	27,4(p)	27,3(e)	27,5(e)
Euro-zone	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Belgien	26,4	27	27,7	29,3	28,7	28,1	28,6	27,9	27,6	27,3(p)	26,8(e)	27,5(e)
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Dänemark	28,7	29,7	30,3	31,9	32,8	32,2	31,4	30,4	30,2	30	29,2	29,5
Deutschland	25,4	26,1	27,6	28,4	28,3	28,9	29,9	29,5	29,3	29,6	29,6	29,8(p)
Estland	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Griechenland	22,9	21,5	21,2	22	22,1	22,3	22,9	23,3	24,2	25,5	26,3	27,2
Spanien	19,9	21,2	22,4	24	22,8	22,1	21,9	21,2	20,6	20,2(p)	20,2(p)	20,0(p)
Frankreich	27,9	28,4	29,3	30,7	30,5	30,7	31	30,8	30,5	30,2	29,8	30,0(p)
Irland	18,4	19,6	20,3	20,2	19,7	18,9	17,8	16,6	15,4	14,7	14,1	14,6(p)
Italien	24,7	25,2	26,2	26,4	26	24,8	24,8	25,5	25	25,2	25,2(p)	25,6(p)
Zypern	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Lettland	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Litauen	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Luxemburg	21,4	22	22,5	23,3	22,9	23,7	24,1	22,8	21,7	21,7	20,3	21,2(p)
Ungarn	:	:	:	:	:	:	:	:	:	20,9(p)	20,3(p)	19,9(p)
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	18,8	18,4	17,9	18,3
Niederlande	31,1	31,2	31,9	32,3	31,7	30,9	30,1	29,4	28,4	28	27,4	27,6(p)
Österreich	27	27,3	27,8	29,1	29,9	29,8	29,8	28,7	28,3	28,9	28,4	28,4
Polen												
Portugal	16,3	17,2	18,4	21	21,3	22,1	21,2	21,4	22,1	22,6	23	23,9(p)
Slowenien	:	:	:	:	:	:	24,7	25,2	25,3	25,2	25,4	25,6(p)
Slowakei	:	:	:	:	:	18,7	19,8	20	20,2	20,2	19,5	19,1(p)
Finnland	25,1	29,8	33,6	34,5	33,8	31,7	31,6	29,2	27,2	26,8	25,5	25,8
Schweden	33,1	34,3	37,1	38,2	36,7	34,6	33,9	33	32,2	31,8	30,7	31,3(p)
Vereinigtes Königreich	22,9	25,7	27,9	29	28,6	28,2	28	27,5	26,9	26,4	27,1	27,2(p)
Island	16,8	17,6	18,2	18,8	18,4	19	18,8	18,9	18,9	19,5	19,8	20,1
Norwegen	26,2	27	28,2	28,2	27,6	26,7	26	25,3	27,1	27,1	24,6	25,6

Die Sozialschutzausgaben umfassen die Sozialleistungen, die aus Geld- oder Sachübertragungen an private Haushalte oder Einzelpersonen bestehen. Sie decken die Lasten, die den Begünstigten durch eine festgelegte Zahl von Risiken oder Bedürfnissen entstehen, sowie die Verwaltungskosten, die den Sozialschutzsystemen durch die Verwaltung und Betriebsführung entstehen, und die sonstigen Ausgaben, die aus verschiedenen Aufwendungen der Sozialschutzsysteme bestehen (z. B. Zahlung von Vermögenssteuern).

2001 wurden in EU-15 27,5 % des BIP für den Sozialschutz ausgegeben, das waren 1,1 Prozentpunkte mehr als 1991. Am höchsten war der Anteil in Schweden mit 31,3 %, am niedrigsten in Irland mit 14,6 %.

Gesamtausgaben für den Sozialschutz pro Kopf der Bevölkerung

In KKS



2001 EU-15, EU-25: geschätzte Werte.

Die Sozialschutzausgaben umfassen die Sozialleistungen, die aus Geld- oder Sachübertragungen an private Haushalte oder Einzelpersonen bestehen. Sie decken die Lasten, die den Begünstigten durch eine festgelegte Zahl von Risiken oder Bedürfnissen entstehen, sowie die Verwaltungskosten, die den Sozialschutzsystemen durch die Verwaltung und Betriebsführung entstehen, und die sonstigen Ausgaben, die aus verschiedenen Aufwendungen der Sozialschutzsysteme bestehen (z. B. Zahlung von Vermögenssteuern).

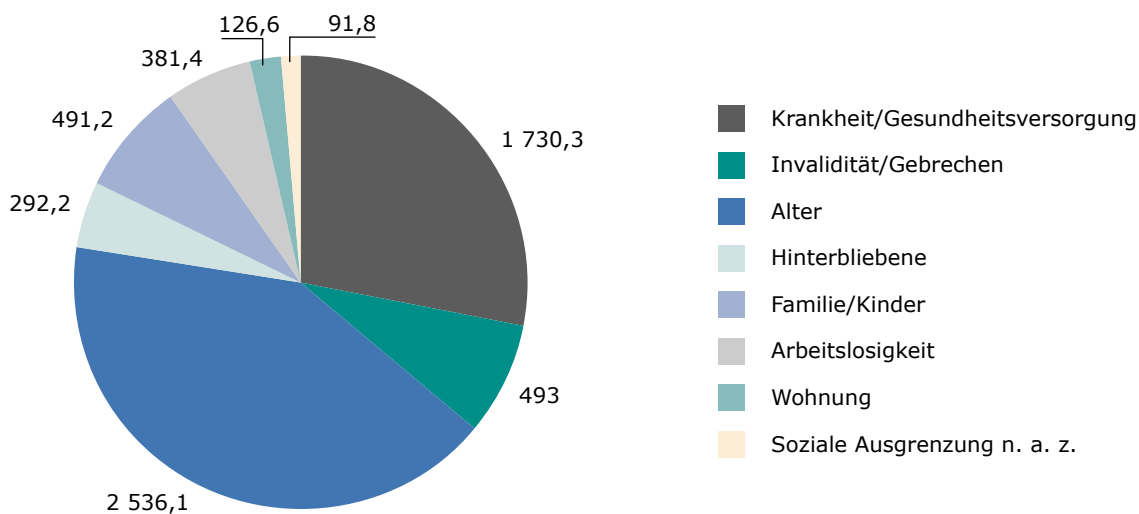
Die Sozialschutzausgaben wurden auch je Einwohner berechnet. Als Einheit wurden dabei Kaufkraftstandards (KKS) verwendet, die einen Ländervergleich ohne Verzerrungen ermöglichen. 2001 beliefen sich die Sozialschutzausgaben pro Kopf in EU-15 auf rund 6 405 KKS.

Am höchsten waren sie mit 10 559 KKS in Luxemburg, am niedrigsten mit 3 644 KKS in Portugal. Zehn Jahre zuvor waren die Pro-Kopf-Ausgaben für den Sozialschutz in EU-15 um rund ein Drittel geringer gewesen als 2001.



Sozialleistungen pro Kopf der Bevölkerung nach Funktionen: EU-15 im Jahr 2001

In KKS



Geschätzte Werte.

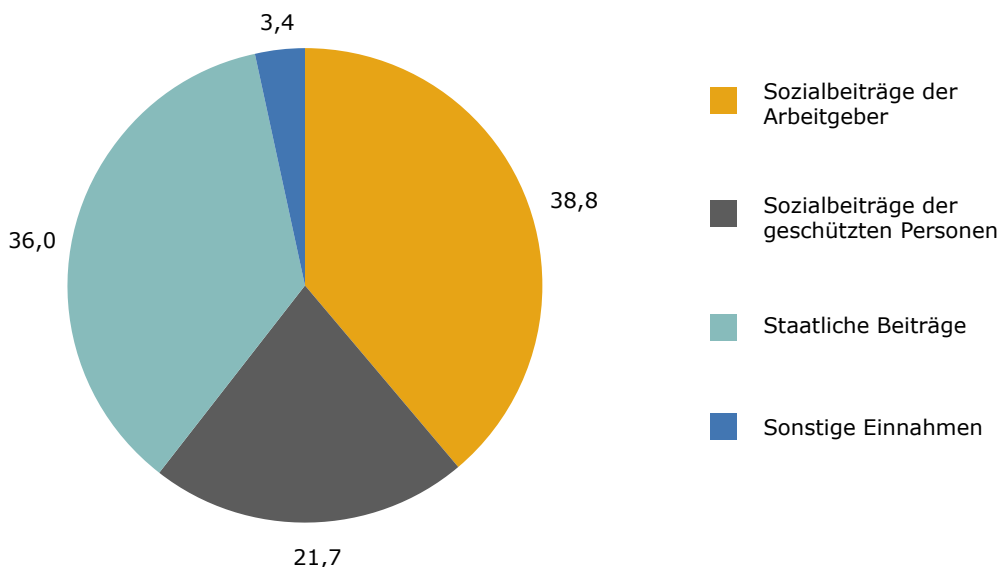
Die Sozialleistungen sind Geld- oder Sachübertragungen, die von den Sozialschutzsystemen an private Haushalte oder Einzelpersonen erbracht werden, um die Lasten zu decken, die ihnen durch eine festgelegte Zahl von Risiken oder Bedürfnissen entstehen.

Die Sozialleistungen pro Kopf werden nach den vorstehend genannten Funktionen dargestellt. Der höchste Ausgabenposten ist der für ältere Menschen (2 536 KKS in EU-15 im Jahr 2001), gefolgt von den Leistungen für Krankheit und

Gesundheitsversorgung (1 730 KKS in EU-15 2001). Rund 38,8 % der Sozialschutzeinnahmen wurden von den Arbeitgebern finanziert, 36,0 % vom Staat und 21,7 % von den Versicherten selbst.

Sozialbezüge nach Arten: EU-15 im Jahr 2001

In % der Gesamtbezüge



Geschätzte Werte.

Die Einnahmen der Sozialschutzsysteme umfassen Sozialbeiträge, staatliche Zuweisungen und sonstige Einnahmen. Die Sozialbeiträge der Arbeitgeber sind die von den Arbeitgebern erbrachten Aufwendungen zur Begründung der Anspruchsberechtigung auf Sozialleistungen für Arbeitnehmer, ehemalige Arbeitnehmer und ihre Unterhaltsberechtigten. Die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer untergliedern sich in tatsächliche und unterstellte Beiträge. Sie können von gebietsansässigen oder gebietsfremden Arbeitgebern gezahlt werden.

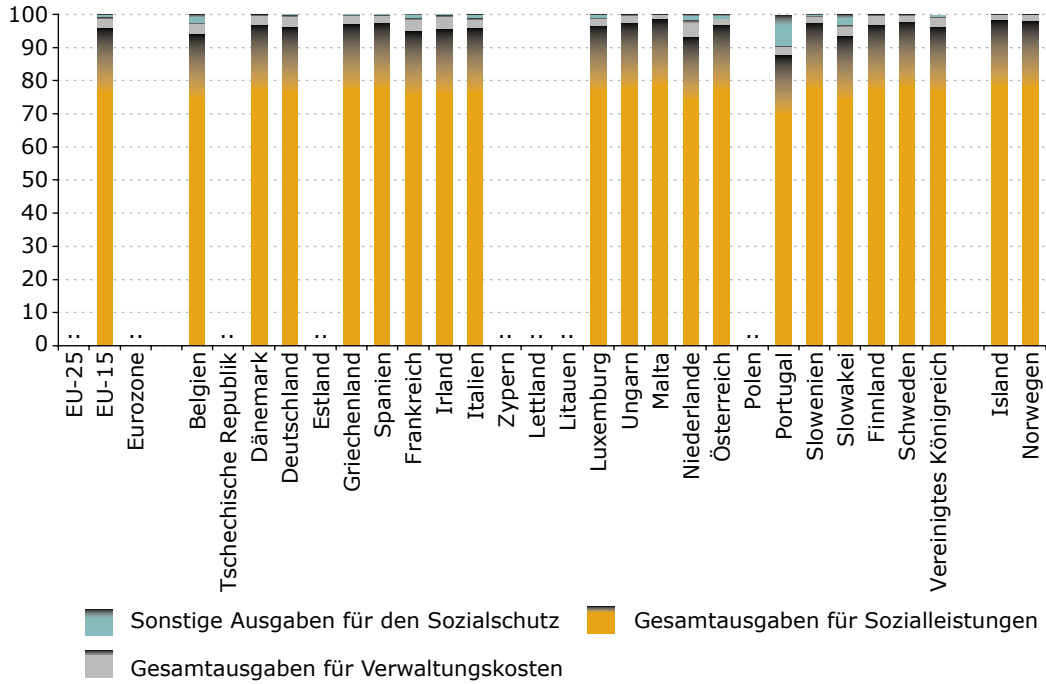


Der größte Teil der Sozialschutzausgaben entfällt dabei auf die Sozialleistungen (2001 in EU-15 95,9 % der Gesamtausgaben).

2

Gesamtausgaben für den Sozialschutz nach Arten im Jahr 2001

In % der Gesamtausgaben für den Sozialschutz



EU-15, Belgien: geschätzte Werte.

Die Sozialleistungen sind Geld- oder Sachübertragungen, die an private Haushalte oder Einzelpersonen erbracht werden, um die Lasten zu decken, die ihnen durch eine festgelegte Zahl von Risiken oder Bedürfnissen entstehen. Die Sozialschutzausgaben umfassen die Sozialleistungen sowie die Verwaltungskosten, die den Sozialschutzsystemen durch die Verwaltung und Betriebsführung entstehen, und die sonstigen Ausgaben, die aus verschiedenen Aufwendungen der Sozialschutzsysteme bestehen (z. B. Zahlung von Vermögenssteuern).